

Bedingungsloses Grundeinkommen

Argumente – Kritik – Fragen

Stand: 25.10.2016

Inhaltsverzeichnis

Bedingungsloses Grundeinkommen.....	5
Bedingungsloses Grundeinkommen.....	5
Was mich am Grundeinkommen fasziniert.....	6
Kritische Fragen und Missverständnisse.....	8
Warum die bedingten Einkommen mit einem Grundeinkommen sinken müssen.....	8
Hätten schon die Römer Grundeinkommen einführen können? Voraussetzungen für ein Grundeinkommen.....	8
Warum ist die Diskussion über die Finanzierung so schwierig?.....	11
Warum Grundeinkommen die Ungleichheit der Einkommen verringert.....	14
Wer denkfaul ist, sucht Beweise.....	16
Und wenn keiner mehr arbeitet?.....	17
Bewirkt das Grundeinkommen eine Umverteilung?.....	17
Namibia - ein Beweis für das Grundeinkommen?.....	19
Weniger Maschineneinsatz durch billigere menschliche Arbeit?.....	20
Mindestlohn.....	21
Wird der Kündigungsschutz überflüssig?.....	22
Die anderen werden nicht mehr arbeiten?.....	23
Wird Schwarzarbeit attraktiver?.....	25
Schäuble beweist unfreiwillig das Grundeinkommen?.....	26
Sollte das BGE nicht von der Haushaltsgröße und vom Wohnort abhängen?.....	27
Schritte zu einem Grundeinkommen.....	28
Wird das BGE vom Gehalt abgezogen?.....	30
Ein bisschen muss man auch Angst haben vor einem Grundeinkommen.....	31
Verdirbt ein Grundeinkommen die Menschen?.....	32
Ökologisches Grundeinkommen.....	32
Paradigmenwechsel.....	34
Demokratie und Grundeinkommen.....	34
Das Grundeinkommen ist kostenlos.....	34
Ehrenmord und bedingungsloses Grundeinkommen.....	36
Schafft Grundeinkommen das Streikrecht ab?.....	37
Einkommen ist keine Ernte.....	38
Arbeitsplatzwahn.....	39
Keiner lebt von seiner Arbeit.....	42
Kosten uns die Hartz-IV-Empfänger etwas?.....	42
Ist Grundeinkommen beweisbar?.....	43
Auch wir schaffen Arbeitsplätze.....	43
Feldversuch für Grundeinkommen - eine gute Idee?.....	44
Jeder Mensch ist ein Sozialfall.....	46

Vollbeschäftigung.....	47
1000 Euro im Monat, bedingungslos. Können Sie das aushalten?.....	47
Höhe und Finanzierung.....	48
Finanzierung - kein Buch mit sieben Siegeln!.....	48
Finanzierung - das Nadelöhr des BGE?.....	51
Wie hoch soll das Grundeinkommen sein?.....	51
Automatische Anpassung des Grundeinkommens.....	53
Programm zur Berechnung der Finanzierung.....	54
Kann man die wirtschaftliche Entwicklung voraussagen?.....	54
Erzeugt das BGE eine Inflation?.....	55
Wie hoch ist die Summe des privaten Gesamtkonsums?.....	57
Grundeinkommen oder negative Einkommensteuer?.....	59
Bücher.....	61
Die Kunst, kein Egoist zu sein.....	61
Wohlstand und Armut.....	64
Deutschland schafft sich ab.....	66
Mehr Kapitalismus wagen.....	67
Katholiken in Politik und Verwaltung zum BGE.....	69
Ehrliche Arbeit.....	71
Bedingungsloses Grundeinkommen oder Reduzierung der Kapitaleinkünfte?.....	73
Hurra, wir dürfen zahlen.....	76
Eine Milliarde für Süderlenau.....	76
Aktuelle Themen - mit Grundeinkommen gelöst.....	78
Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen wäre das nicht passiert	78
Arbeitgeber fordern Ende des 8 Stunden-Tages.....	78
Stress am Arbeitsplatz macht die Menschen krank.....	78
Bundesfreiwilligendienst: Alle Plätze sind voll!.....	79
Altersarmut - ein Beispiel für Realitätsverweigerung.....	79
Selbständige sollen kein Hartz IV erhalten?.....	80
Energieabgabe bringt Grundeinkommen und Energiewende.....	80
Urheberrechtsschutz und ACTA.....	82
Argumente.....	83
Die drei schlechtesten Argumente gegen das Grundeinkommen.....	83
Die drei ernsthaftesten Argumente gegen das Grundeinkommen.....	84
Die drei schlechtesten Argumente für das Grundeinkommen.....	87
Die drei besten Argumente für das Grundeinkommen.....	88
Und weitere schlechte Argumente gegen Grundeinkommen.....	89
Sonstige Wirtschaftsthemen.....	92
Gemeinwohlökonomie.....	92

Kinderlose sollten mehr in die Rentenkasse einzahlen?.....	96
Geld ist nichts wert.....	96
Was ist schlimm an vergeudeten Lebensmitteln?.....	97
Wirtschaftsgeschichten.....	99
Vermischtes.....	101
Quiz zum Grundeinkommen.....	101
Eignungstext.....	101
Programm zur Berechnung der Finanzierung.....	101
Links und Bücher zum weiterlesen.....	102
Links und Bücher zum weiterlesen.....	102
Der Autor dieser Seite.....	104
Autor.....	104
Downloads.....	105
Downloads.....	105
Impressum.....	106
Impressum.....	106

Bedingungsloses Grundeinkommen

Bedingungsloses Grundeinkommen

Das bedingungslose Grundeinkommen - eine faszinierende Idee: Jeder bekommt ein existenzsicherndes Grundeinkommen, völlig unabhängig davon, ob er arbeitet oder nicht.

Leider wird das bedingungslose Grundeinkommen (bge) sowohl von Befürwortern als auch von Gegnern häufig missverstanden als eine Art zusätzlicher Geldsegen für alle. Es wird fälschlicherweise als karitativer Ansatz gesehen, als Gleichmacherei oder Entmündigung.

Mit kritischen Fragen und Artikeln will ich hier zeigen, dass es sich beim bedingungslosen Grundeinkommen um einen viel tiefgehenderen Ansatz handelt, der unser Wirtschafts- und Sozialsystem vom Kopf auf die Füße stellen würde. Dabei geht es weniger um ein anderes System, als darum, endlich zu erkennen, dass unser heutiges Wirtschaftsleben ganz anders funktioniert, als wir gemeinhin denken. In etwa fünfzig Artikeln wird jeweils ein ganz konkreter Aspekt oder eine Frage zum Grundeinkommen besprochen.

Wer sich über Grundlagen und Hintergründe des Grundeinkommens informieren will, der findet im [Archiv Grundeinkommen](#) ein schier unerschöpfliches Reservoir an Links, Ankündigungen und Informationen. Als Einstieg auch sehr zu empfehlen ist das Buch „Einkommen für Alle“ von Götz Werner und die Seite www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de von Sascha Liebermann.

Was mich am Grundeinkommen fasziniert

Warum stecke ich Zeit und Einsatz in das Thema bedingungsloses Grundeinkommen? Drei Dinge sind es, die mich faszinieren.

Erstens: Die persönliche Freiheit

Für mich ist es wichtig, dass ich und andere in Freiheit leben. Dass das, was der Einzelne tut oder nicht tut, von ihm selbst ausgeht. Auf diesem Weg hat es die Gesellschaft, in der ich lebe, zwar schon weit gebracht, aber so richtig ergriffen und begriffen hat man diese Freiheit immer noch nicht. Dabei denke ich nicht nur an den Hartz IV-Empfänger, der sich von der Behörde gängeln lassen muss, um sein tägliches Brot zu erhalten. Dem vorgeschrieben wird, ob und wo er sich bewerben muss, wo er sich aufhält, wie er sich bildet. Ich denke auch an mich selber, der ich ja gar keine richtige Freiheit habe, meine Arbeit nicht zu tun, ohne in Existenznot zu geraten. Ich bin gezwungen viel Zeit aufzuwenden um meinen Arbeitsplatz zu sichern anstatt die Arbeit, wenn sie anfällt, einfach zu erledigen. Ich denke an zahlreiche Einschränkungen, die uns der Staat im Namen der „Vollbeschäftigung“ auferlegt: Einen Mindestlohn, der die Vertragsfreiheit einschränkt und viele Arbeiten schlicht verbietet. An komplizierte Schutzgesetze, die nur deshalb nötig sind, weil die Menschen über ihre Arbeit nicht frei entscheiden können. An Baumaßnahmen, die angeblich keiner will, die aber „Arbeitsplätze“ erhalten.

Ich will freien Menschen begegnen, wenn ich in einem Geschäft bedient werde. Ich will Dinge benutzen, die andere ohne Zwang hergestellt haben. Unerträglich finde ich es, wenn die Verkäuferin, der Arbeiter, der Busfahrer nur deshalb für mich arbeiten, weil wir in einem System gegenseitiger Erpressung leben.

Zweitens: Die geniale Einfachheit

Heute haben wir einen unübersehbaren Wust von Gesetzen und Verordnungen, um dafür zu sorgen, dass niemand auf der Strecke bleibt. Alleine um die individuelle Höhe des Kindergeldes zu ermitteln braucht man Experten, wobei selbst diese ohne Computerprogramme keinen Überblick mehr haben. Es gibt dutzende von Töpfen und Töpfchen, die alle an dem Problem der Mindestsicherung herumbasteln. Es werden Armuten wie die Energiearmut, die Mobilitätsarmut, die Nahrungsarmut, die Bildungsarmut erfunden, um dann die Scheinlösungen Sozialtarife, Sozialticket, Essens-Tafeln, Bildungspaket usw. zu präsentieren. Es scheint auch eine Spielzeugarmut zu herrschen, wozu sonst gibt es staatliche geförderte Spielzeugläden für Arme? Sogar von einer Umweltarmut ist neuerdings die Rede, wenn Menschen krank werden, weil sie sich nur eine laute und dreckige Wohnung leisten können. Und natürlich gibt es auch zur Umweltarmut Experten, Studien und Gegenmaßnahmen. Aber anstatt anzuerkennen, dass es nur eine Armut gibt, nämlich den Mangel an Geld, um am allgemeinen Wohlstand angemessen teilhaben zu dürfen, stattdessen wird eine Unzahl von Programmen aufgestellt, die wiederum die Betroffenen gängeln und den mit der Umsetzung dieser Programme beschäftigten Armutsverwaltern ihre Lebenszeit stehlen. Hinzu kommt eine Steuergesetzgebung, die in weiten Teilen deshalb so hoch kompliziert ist, weil sie Gerechtigkeit für jeden denkbaren Einzelfall herstellen will.

Das bedingungslose Grundeinkommen hingegen ist völlig einfach. Ein Gesetz

dafür ließe sich auf eine DIN-A4-Seite schreiben. Die genannten komplizierten Regeln würden entfallen. Genau so wie die komplizierten mathematischen Beschreibungen der Planetenbewegung entfielen, als Kopernikus nicht die Erde, sondern die Sonne in den Mittelpunkt stellte

Drittens: Die erlebte Umwälzung

Beim Grundeinkommen kann ich hautnah einen Paradigmenwechsel in der Gesellschaft erleben. Andere Generationen mögen erlebt haben, wie die Eisenbahn die Welt veränderte, wie die Leibeigenschaft abgeschafft wurde oder wie neue Religionen das Leben veränderten. Die entscheidende Umwälzung heute ist für mich nicht die immer weitere Perfektionierung von Internet und Handy, sondern dass wir an einer Schwelle stehen, wo die alte Verteilung von Einkommen so nicht mehr weitergeht. Dass unsere gewohnten Begriffe von Arbeit und Einkommen nicht mehr tragen. Dass wir verzweifelt an einem Weltbild festhalten, das zwar für den selbst versorgten Bauernhof taugte, aber in einer Welt mit totaler Arbeitsteilung an sein Ende kommt. Niemand weiß genau, wie es weitergehen wird. Ganz egal ob sich unsere Gesellschaft irgendwann tatsächlich auf ein bedingungsloses Grundeinkommen verständigt oder nicht: Im Umfeld des Themas Grundeinkommens kann ich hautnah die Umwälzung ins Ungewisse spüren.

Warum die bedingten Einkommen mit einem Grundeinkommen sinken müssen

Eine oft genannte Sorge beim bedingungslosen Grundeinkommen ist die, dass es dazu missbraucht werden könnte, die Löhne zu drücken. Fallende Löhne wären aber kein Missbrauch, sondern elementarer Bestandteil eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle.

Man kann den Kuchen nicht zweimal essen. Die klassischen bedingten Einkommen wie Arbeitslohn, Renten, Zinserträge usw. sind es, die uns den Zugang zum „Kuchen“ ermöglichen. So lange der „Kuchen“, nämlich alle käuflich zu erwerbenden Produkte und Dienstleistungen, nicht größer wird, kann die Summe aller Einkommen nicht steigen. Wenn zu den bisherigen Einkommen das Grundeinkommen hinzukommt, müssen andere Einkommen in genau dem gleichen Maße sinken.

Dieser Zusammenhang gilt nur für die Betrachtung der gesamten Volkswirtschaft. Es wäre durchaus möglich, dass ein Einzelner nach der Einführung eines Grundeinkommens einen noch höheren Arbeitslohn als heute aushandeln kann. Dann müssen aber für andere die klassischen Einkommen und Löhne noch weiter sinken.

Überproportional sinken oder gar verschwinden werden auf jeden Fall die Einkommen aus Sozialhilfe und Renten. Das allein kann aber nicht reichen, um für alle ein Grundeinkommen zu bezahlen (Denn diese Einkommen reichen ja schon heute für die Betroffenen kaum, dann können sie erst recht nicht reichen, wenn sie auf alle umverteilt werden). Folglich müssen auf jeden Fall auch die Erwerbseinkommen sinken. Die Frage, ob eher die hohen oder eher die niedrigen Einkommen sinken wird hier erörtert.

Fazit: Mit einem Grundeinkommen müssen wir länger arbeiten als heute, um uns eine zusätzliche Pizza leisten zu können.

Hätten schon die Römer Grundeinkommen einführen können? Voraussetzungen für ein Grundeinkommen

Hätten schon die Römer ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen können? Oder kann so etwas erst funktionieren, wenn uns eines Tages Roboter alle Arbeit abnehmen? Was sind die gesellschaftlichen Voraussetzungen für ein bedingungsloses Grundeinkommen?

Häufig genannt werden eine hohe Arbeitslosenquote, eine hohe Produktivität, ein großer Grad an Maschinenarbeit oder auch der Überfluss von Gütern als „Bedingungen“ für ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Doch Vorsicht: Wer bestimmte Dinge als „Voraussetzung“ für ein Grundeinkommen sieht, müsste umgekehrt ein Grundeinkommen für überflüssig halten, wenn diese Voraussetzungen jetzt oder eines Tages nicht mehr zutreffen.

Hohe Arbeitslosenquote

Eine hohe Arbeitslosenquote ist keine Voraussetzung für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Rechnerisch-finanziell lassen sich ganz unabhängig von der Beschäftigungslage die klassischen Erwerbseinkommen verringern und als Grundeinkommen auszahlen. Ideell hat ein Grundeinkommen auch bei Vollbeschäftigung viele Vorteile: Freiere Berufsentscheidung des einzelnen, weniger Erpressbarkeit durch „Arbeitsplätze“ und vieles andere. Eine hohe Arbeitslosenquote ist also mitnichten eine notwendige Voraussetzung für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Probleme sind allenfalls ein zusätzlicher Faktor neben vielen andern, die ein Grundeinkommen attraktiv machen.

Hohe Produktivität

Wenn mit wenig Arbeitsstunden viel erzeugt wird, müssen bei gleichbleibenden Bedürfnissen immer weniger Menschen arbeiten, um die Bedürfnisse aller zu befriedigen. Damit die nicht mehr an der Produktion beteiligten Menschen ein Einkommen haben, liegt die Idee eines Grundeinkommens nahe.

Doch warum sollte ein Grundeinkommen nicht auch bei niedriger Produktivität funktionieren? Sobald mehr erzeugt wird, als zur Existenzsicherung aller erforderlich ist, kann man ein Grundeinkommen einführen. Und das ist schon bei wesentlich niedrigerer Produktivität als heute der Fall.

Wenn man allerdings befürchtet, dass in einer Gesellschaft mit bedingungslosem Grundeinkommen weniger gearbeitet und somit weniger hergestellt wird, dann ist eine hohe Produktivität hilfreich für ein Grundeinkommen. Denn je höher die Produktivität, desto mehr „Faulpelze“ verträgt eine Gesellschaft. Tendenziell können dann wenige Erwerbstätige genügend viel erzeugen, um alle satt zu machen. Oder anders herum formuliert: Je höher die Produktivität, desto weniger Sinn hat es, die Bürger zum Arbeiten zu zwingen – falls man das überhaupt für sinnvoll erachten kann.

Hohe Produktivität ist also ein gutes Argument für die Einführung eines Grundeinkommens und für dessen Stabilität gegen „Faulheit“. Sie ist aber keine zwingende Voraussetzung, sobald mehr erzeugt wird, als für die Existenzsicherung aller nötig ist.

Hoher Grad der Maschinisierung und Automatisierung

Die Maschinisierung und Automatisierung spielt hier nur eine Rolle, indem sie die Produktivität steigert. Somit ist dies kein zusätzliches Argument. Ob die hohe Produktivität durch Roboter, Arbeitsorganisation oder Fleiß entsteht ist belanglos.

Geldwirtschaft

Rein theoretisch könnte man sich auch ein Grundeinkommen ohne Geldwirtschaft vorstellen. Jeder würde – grob vereinfacht – kostenlos jeden Tag eine Essenskiste erhalten, einen Schlafplatz und etwas Kultur. Allerdings liegt es bei Naturalien viel näher, diese nach Bedürftigkeit zu verteilen (was will der Reiche mit einer gestellten Schlafunterkunft?).

Logistisch wäre es zudem ein riesiger Aufwand, wenn die Gesellschaft erst die Produkte einsammeln und dann wieder an alle verteilen müsste. Kurzum: Ein Grundeinkommen in unserem modernen Sinn ist nur in einer Gesellschaft mit Geld denkbar, in einer Gesellschaft, in der die Grundbedürfnisse überwiegend durch Geldeinsatz gestillt werden. Das ist bei uns heute der Fall, das war aber im römischen Reich sicher überwiegend nicht der Fall, auch wenn es damals schon ein Münzwesen gab.

Hoher Grad der Arbeitsteilung

In einer Subsistenzwirtschaft, in der jeder Haushalt die Produkte selbst erzeugt und selbst verbraucht, hätte ein Grundeinkommen keine Legitimation. Es würde keinen Sinn ergeben, das, was jeder für sich erzeugt „unnatürlich“ an eine Zentralstelle abzugeben, die das Gesammelte dann wieder an alle verteilt. In Geld könnte man das Grundeinkommen ohnehin nicht auszahlen, da eine Selbstversorgungswirtschaft kein Geld braucht und es auch nicht hat. Je höher aber der Grad der Arbeitsteilung ist, desto mehr kann der Einzelne nur noch als Teil eines Wirtschaftssystems existieren. Und desto mehr kann man der Ansicht sein, dass jedes Mitglied der Gesellschaft ein Grundeinkommen benötigt, damit es sich optimal einbringen kann.

Bedingungslose Anerkennung der Würde des Menschen

Nur Gesellschaften, welche die Würde des Menschen als hohes Gut ansehen, werden zu einem bedingungslosen Grundeinkommen finden. Gesellschaften, in denen der Mensch nur Mittel zum Zweck ist, werden kein Problem damit haben, das Existenzrecht an Bedingungen knüpfen. Eine Gesellschaft, die nicht jedem zugesteht, selbst den richtigen Weg für sich und seinen Beitrag zum Gemeinwohl zu finden, wird sich nie für die Idee eines Grundeinkommens erwärmen können, sondern lieber dem Einzelnen ihre Regeln aufzwingen. Udemokratische Gesellschaften, die das Wohl der Gesamtgesellschaft nicht in den Ermessensspielraum jedes Einzelnen stellen, werden schon gar nicht zum Grundeinkommen finden können.

Zwischenfazit: Hohe Produktivität und hohe Arbeitslosigkeit sind für die Einführung eines Grundeinkommens förderlich, aber keineswegs zwingende Voraussetzung. Eher ist es die überwiegende Deckung der Bedürfnisse durch Geld. Das Geldwesen ist aber letztlich nur eine Begleiterscheinung einer ganz wesentlichen Bedingung: Der sehr hohe Grad der Arbeitsteilung. Zusätzlich muss noch eine Stimmung in der Gesellschaft herrschen, die dem Bürger Verantwortlichkeit und Freiheit zugesteht.

Somit hätte ein Grundeinkommen bis hin ins 19. Jahrhundert keinen Platz gehabt, alleine schon wegen des noch hohen Grades der Selbstversorgung, aber auch mangels der Bereitschaft, dem einzelnen Bürger das Schicksal der Gesellschaft in die Hand zu legen.

Ab den 1950er Jahren waren diese Voraussetzungen in Deutschland erfüllt: Eine arbeitsteilige Gesellschaft und der Abschied von autoritären Strukturen. Nichts hätte damals dagegen gesprochen, ein bedingungsloses

Grundeinkommen einzuführen. Außer einem letzten wichtigen Faktor: Es muss ein gewisser Leidensdruck herrschen, dass man es ohne ein Grundeinkommen nicht mehr aushält. In den Zeiten des Wirtschaftswunders hat aber kein Mensch das Grundeinkommen vermisst. Doch mit zunehmender Arbeitsteilung, flankiert von hoher Arbeitslosigkeit und mit einer steigenden Sensibilität für die Freiheit des Menschen wird der Leidensdruck steigen. Spätestens wenn es die Bürger nicht mehr anders aushalten, ist die Gesellschaft reif für ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Warum ist die Diskussion über die Finanzierung so schwierig?

Wer die Konsequenzen aus dem Prinzip der teilweisen Entkopplung von Arbeit und Einkommen nicht durchschaut, der geht leicht den folgenden sechs Argumentationsmustern zur Finanzierung eines Grundeinkommens auf den Leim. Alle nehmen für sich in Anspruch, einen großen Beitrag zu einem wichtigen Problem zu leisten. Alle drücken sich aber vor der Grundsatzfrage: „Wie wollen wir miteinander leben? Wie wollen wir den Zugang zu dem gemeinsam Erzeugten gestalten?“

Dabei ist die Finanzierung des Grundeinkommens eigentlich eine triviale Angelegenheit. Weil jeder bedingungslos ein Grundeinkommen erhält, werden im Gegenzug auf irgendeine Art die klassischen Einkommen sinken. Wie das geht, ist aus Sicht des Grundeinkommens relativ egal. Denn alle Argumente für oder gegen die eine oder andere Methode kann man genauso gut auch ohne Grundeinkommen kontrovers diskutieren.

Hier die Methoden, wie man um die Sache herumgeredet wird:

Typ 1 „Professor“

Die Finanzierung ist wahnsinnig kompliziert. Ausführlichste Studien sind notwendig, um die Bezahlbarkeit eines Grundeinkommens zu beweisen oder zu widerlegen. Wer sowieso gegen ein Grundeinkommen ist, sucht sich eine Expertise heraus, die beweist, dass es nicht finanzierbar ist. Wer eher dafür ist, sich aber das Prinzip nicht klar gemacht hat, klammert sich an Fachleute, welche die Finanzierbarkeit „wissenschaftlich“ bewiesen haben.

Typ 2 „Große Zahlen“

Viele blicken wie gebannt auf die großen Zahlen, die jedes aus der Sozialpolitik bekannte Budget um Größenordnungen übersteigen. Dass es beim Grundeinkommen aber gar nicht um Sozialpolitik geht, sondern um eine andere Zuteilung der Einkommen, das scheint auch die Auffassungsgabe vieler „Fachleute“ zu übersteigen.

Typ 3: „Stein der Weisen“

Vertreter dieser Gruppe haben DAS Finanzierungsmodell gefunden. Selbst unfassbar vor Staunen, endlich eine Lösung gefunden zu haben, halten sie es in den Händen. Und meinen, dass ihr Modell todsicher funktionieren muss, und dass nur ihres und kein anderes Modell klappen wird.

Typ 4: „Was ich schon immer mal sagen wollte“

Beliebt ist der Trick, in ein Paket zur Finanzierung des Grundeinkommens Dinge hineinzuschnüren, die mit den Anliegen des bedingungslosen Grundeinkommens reichlich wenig zu tun haben. Wenn man mit diesen Dingen aber die rätselhafte Finanzierungsfrage zu lösen verspricht, dann lassen sie sich vielleicht gut an den Mann bringen. Manche leben seine Aversion gegen das Rauchen mit der Forderung nach einer höheren Tabaksteuer aus, wer um den Schutz der Umwelt besorgt ist, ist schnell mit Umweltsteuern dabei. Mal sieht man Grundeinkommen als Chance, den Tauschhandel zu beleben, mal als Gelegenheit, die Erben heranziehen, und manche möchten bei dieser Gelegenheit endlich das ganz Geldsystem über Bord werfen.

Wo andere Dinge wirklich eng mit dem Grundeinkommen zusammenhängen, muss man nicht „Forderungen stellen“, sondern aufzeigen, warum und wie sie das tun. Keine ideologischen Pakete schnüren, sondern inhaltlich erarbeiten, wie sich verschiedene Ideen gegenseitig befruchten.

Typ 5: „Der Perfektionist“

Besonders Gründliche erwarten von einer Finanzierung des Grundeinkommens, dass es auch wirklich alle möglichen Probleme und Risiken unserer Finanz- und Wirtschaftsordnung abdeckt. Es soll die Inflation eindämmen, die Staatsverschuldung mindern, der Kapitalakkumulation einen Riegel vorschieben, die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern und auch noch die Altlasten aus unserem Rentensystem beheben. Es soll zu gerade zufällig bestehenden Handelsabkommen passen und die Rolle der Frau stärken. Dies sind berechtigte Anliegen. Erfreulich, wenn das Grundeinkommen zu dem einen oder anderen Aspekt etwas Positives beitragen kann. In vielen Fällen gibt es aber bessere Instrumentarien, als das Finanzierungsmodell für ein Grundeinkommen. Solche Universalansätze verstopfen die im Kern ganz einfache Idee des Grundeinkommens.

Typ 6: „Bezahlen sollen die anderen“

Weil man für sich oder sein Klientel will, dass das Grundeinkommen ohne Abstriche auf die bisherigen Einkommen zusätzlich herabregnet, müssen eben andere die Kosten übernehmen. Einmal sollen „die Reichen“ mit allerhand Steuern geschöpft werden, mal soll der untere Mittelstand überproportional die Kasse für das Grundeinkommen auffüllen (wie z.B. beim Ulmer Modell). Mal sollen die Beamten verzichten, mal die Selbständigen mehr zahlen, mal ist die Sozialhilfe zu hoch. Hauptsache, es sind die ändern. Diese Haltung ist zwar menschlich verständlich, sie verstellt aber ärgerlicherweise den Blick auf das Wesen des Grundeinkommens, indem sie es nur zu einem weiteren Schauplatz für Klassenkampf ausgestaltet.

Manchmal kommt mir die Diskussion um all die im Raum stehenden Modelle vor, wie die Entdeckung der Kugelform der Erde. Weil man sich das Grundprinzip nicht klar macht, entstehen die abenteuerlichsten Ideen, wie man auf der anderen Seite der Erde kopfüber leben kann, ohne nach unten wegzufallen: Sicherheitsfanatiker empfehlen Netze aufzuspannen, Bergsteiger

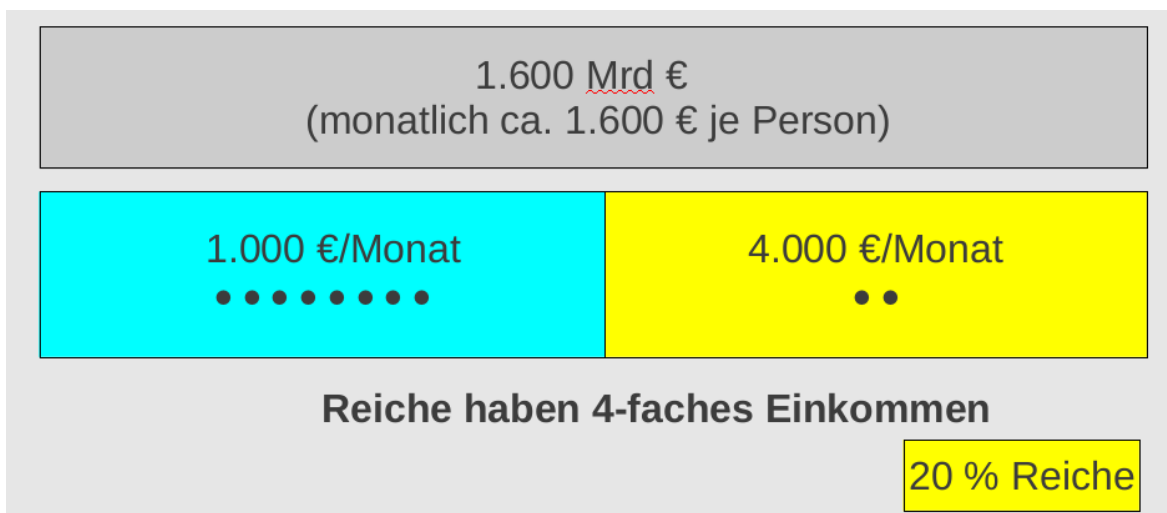
schlagen Karabinerhaken vor, Erfindernaturen schwören auf Magnetschuhe, Ängstliche wollen das Betreten verbieten, die chemische Industrie entwickelt einen speziellen Klebstoff, Praktiker gehen schon mal übungsweise im Handstand. Und alle streiten sich leidenschaftlich über die richtige Methode.

Warum Grundeinkommen die Ungleichheit der Einkommen verringert

Viele beklagen die hohe Ungleichheit der heutigen Einkommen. Verschiedene Instrumente zur „Bekämpfung“ dieser Ungleichheit werden immer wieder vorgeschlagen: Reichensteuer, Mindestlöhne, Erbschaftssteuer, progressive Steuern, Zuschüsse für Arme. In der Praxis erweisen sich aber alle diese Instrumente als stumpf. Hingegen hätte das Grundeinkommen die Kraft, die Schere zwischen Arm und Reich zu verringern, und zwar vollautomatisch ohne irgendwelche zusätzliche Instrumente.

Warum das so ist, soll in diesem Artikel hergeleitet werden. Damit man das ganze im Kopf nachrechnen kann, wird mit stark vereinfachten Zahlen gerechnet. Es geht nicht um die Zahlen, sondern um das dahinter stehende Prinzip.

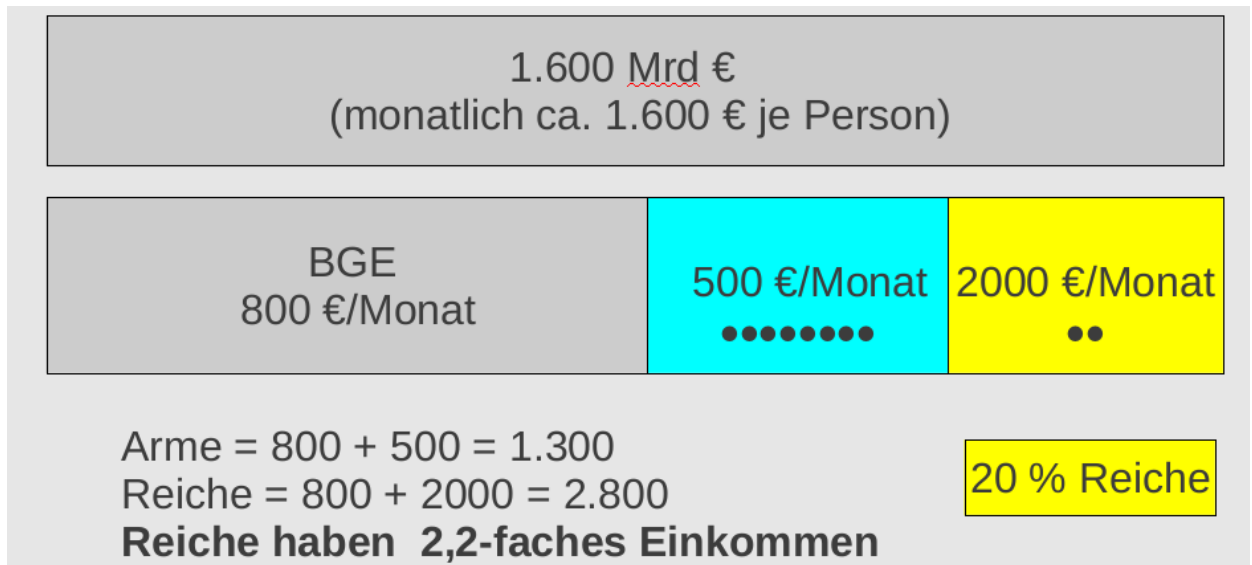
Angenommen, die Summe aller Einkommen aller Bürger betrage 1.600 Milliarden Euro im Jahr. Im Durchschnitt entspricht das 1.600 Euro im Monat für jeden Bürger. Aber nur im Durchschnitt. In Wirklichkeit sind die Einkommen ungleich. So dass die eine Hälfte des Gesamteinkommens sich z. B. 80 % der Bürger teilen müssen, während die andere Hälfte unter 20% der Bürger verteilt wird. Folglich bekommen „die Armen« 1.000 Euro je Person und Monat „die Reichen“ hingegen 4.000 Euro je Person und Monat. (In diesem Artikel geht es immer um Nettoeinkommen, also das, was tatsächlich bei den Bürgern ankommt. Und es sind immer alle Bürger gemeint nicht nur die, die arbeiten, also auch Kinder, Rentner, Hausfrauen und -männer). Die Reichen haben also ein viermal so großes persönliches Einkommen wie die Armen.



Nun wird ein Grundeinkommen eingeführt. Damit es einfach zu rechnen ist, soll genau die Hälfte des Gesamteinkommens bedingungslos an alle ausbezahlt werden, so dass JEDER 800 Euro Grundeinkommen erhält. Die andere Hälfte des Gesamteinkommens sind weiterhin klassische Einkommen, also bedingte Einkommen für zum Beispiel Arbeit oder Kapitalerträge

Diese klassischen Einkommen werden natürlich wieder ungleich verteilt. Nehmen wir an, dass sich von diesen Einkommen wieder die Hälfte unter 80 % Armen und die andere Hälfte unter 20 % Reichen aufteilt. Das sind dann die halben Beträge aus der vorigen Rechnung also 500 bzw. 2.000 Euro.

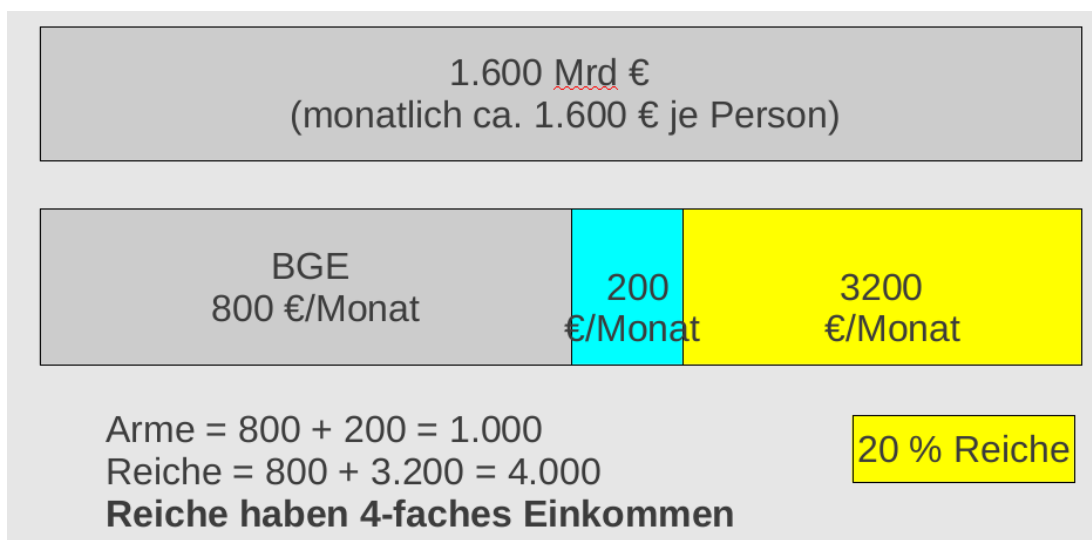
Das



Gesamteinkommen beträgt somit für die Armen 1.300 Euro (800 + 500), und für die Reichen mit 2.800 Euro (800 + 2000). Die Reichen haben ein nur noch doppelt so hohes Einkommen wie die Armen. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich durch das Grundeinkommen verkleinert.

Könnte es aber nicht sein, dass die Reichen sich das nicht gefallen lassen und irgendwie eine Aufteilung der Einkommen so hindrehen, dass sie wieder vier mal so viel wie die Armen erhalten?

Theoretisch ginge das, dazu müsste sich das reiche Fünftel der Bürger 80% der klassischen Einkommen „unter den Nagel reißen“ und hätten damit je Person 16 mal höhere klassische Einkommen als die Armen!



Aber warum sollten die Armen sich das gefallen lassen? Warum sollten sie für 200 Euro im Monat einer Arbeit nachgehen, die die Reichen so reich macht? Dann arbeitet der Arme doch lieber gleich gar nicht. Oder ehrenamtlich für eine Sache, die er für sinnvoll hält. Oder dort, wo die Einkommen angemessen sind, also dort, wo sich die Reichen nicht so viel unter den Nagel reißen.

Das Faszinierende ist, dass dieser Mechanismus allein aufgrund des

Grundeinkommens funktioniert. Es bedarf gar keines gesetzlichen Ausgleichs mehr. Wer ein Grundeinkommen UND Mindestlohn, Steuerprogression, Schutz der Armen und Bestrafung der Reichen usw. fordert der hat die Sprengkraft eines Grundeinkommens einfach noch nicht verstanden.

Die Ungleichheit der Einkommen wird durch ein Grundeinkommen abgebaut, übrigens ganz egal wie das Finanzierungsmodell aussieht!

Da der Abbau der Ungleichheit gar kein Ziel in der Definition des Grundeinkommens ist (jeder bekommt ein existenzsicherndes Einkommen) kann der hier erläuterte Effekt als eine sicher sehr interessanter Nebenwirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens betrachtet werden.

Wer denkfaul ist, sucht Beweise

Sowohl Gegner als auch Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens verlangen gerne Beweise dafür, dass das „in Echt“ auch klappt. Mal wird ein winziges afrikanisches Dorf als Paradebeispiel für die Machbarkeit auserkoren, mal findet man eine Gruppe, wo so eine Ausschüttung nicht geklappt hat. Manche wünschen sich, Grundeinkommen in einer deutschen Stadt auszuprobieren, andere schrecken nicht davor zurück, armen Menschen Geld zu geben, wenn sie im Gegenzug ihr Verhalten wissenschaftlich sezieren lassen.

Grundeinkommen ist aber eine Entscheidung zu der Frage „wie wollen wir zusammen leben?“. Das ist letztlich eine moralische Entscheidung, eine Entscheidung, die einem kein Wissenschaftler abnehmen kann. Das Fordern von Beweisen ist eine Denkfaulheit. Nämlich die Weigerung, sich vorher vorzustellen, was sich mit einem bge verändern würde. Sich mit den Begriffen „Arbeit“, „Einkommen“, „Gerechtigkeit“, „Freiheit“ wirklich zu beschäftigen. Sich im Herzen vorzustellen, wie sich die Beziehung der Menschen untereinander ändern würde. Das ist nicht einfach, das ist harte Arbeit, weil wir so sehr an den alten Begriffen kleben. Viele Befürworter machen es sich hier ausgesprochen bequem. Mit der Folge, dass sie ganz unsinnige Vorstellungen haben und propagieren, z. B. noch einen Mindestlohn obendrein fordern, meinen, dass die Finanzierung irgendwie von „den Reichen“ kommen muss und dass ansonsten möglichst alles so bleiben soll wie es ist.

Würde man sich wirklich bemühen, ein Grundeinkommen zu verstehen, dann würde man auch einsehen, dass so ein Beweis technisch unmöglich ist, da man allenfalls einzelne Teilaspekte untersuchen könnte, niemals aber eine geschlossene Gesellschaft. Um die geht es aber beim Grundeinkommen.

Als Gegenthese behaute ich, dass die Diskussion über das Grundeinkommen die Gesellschaft mehr verändern wird, als das Grundeinkommen selber. So gesehen könnte ich mich sogar mit Versuchen anfreunden: Nicht um etwas zu beweisen, sondern um sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, um auf neue Fragestellungen zu kommen, die erst im Handeln entstehen.

Jeder einzelne muss für sich entscheiden, ob er den Weg zu einem Grundeinkommen als gesellschaftlich richtig sieht. Wenn das viele tun, dann wird die Gesellschaft diesen Weg gehen. Das ist Demokratie. Ginge es darum, eine objektiv gute oder gar „richtige“ Gesellschaft zu schaffen, dann bräuchten wir keine Demokratie, dann würde eine Verwaltung mit kompetenten Experten reichen, sogar viel besser sein.

Zu unterscheiden von dem Versuch, gesellschaftliche Weichenstellungen „zu beweisen“ ist der Wunsch, solides Handwerkzeug zu entwickeln. Natürlich muss man vorher rechnen. Natürlich muss man den Übergang so gestalten, dass kein großer Schock entsteht. Natürlich braucht es Experten, die so etwas handwerklich solide umsetzen. Vielleicht kann man hierzu sogar Versuche machen. Beweisen werden diese aber nichts.

Und wenn keiner mehr arbeitet?

Es ist doch gar nicht wichtig, ob andere arbeiten. Wichtig ist, dass etwas dabei herauskommt. Ich will Brötchen essen und ein Fahrrad haben. Ob dafür zwei, hundert oder gar keine Menschen arbeiten, ist mir egal. Hauptsache es entstehen die Produkte und Leistungen. Alleine damit, dass jemand arbeitet, ist es nicht getan. Uns ist es aber oft wichtiger, dass andere arbeiten müssen. Egal was dabei rumkommt. Und wenn dabei die Umwelt kaputt geht, wir mit unnötiger aggressiver Werbung belästigt werden, Hauptsache andere arbeiten. Hauptsache, keiner kriegt etwas ab, der nicht arbeitet. Und wenn wir dabei angebettelt oder zusammengeschlagen werden wegen eines Handys, und wenn andere hungern und Kinder keine Bildung bekommen: Wer nicht arbeitet, der bekommt kein Geld.

Es ist wie im Urteil des Salomons: Die falsche Mutter will das Kind teilen lassen, Hauptsache es ist gerecht.

Bewirkt das Grundeinkommen eine Umverteilung?

Die Grundidee vieler sozialer Systeme ist eine Umverteilung. Die viel haben, sollen denen geben, die wenig haben. Auf den ersten Blick sieht das BGE wie eine riesige Umverteilungsmaschine aus. Selbst bei einem bescheidenen Satz von 700 Euro je Person würden jährlich etwa 700 Milliarden „umverteilt“, das entspricht etwa der Hälfte des Geldes, das die Bürger jedes Jahr ausgeben. Schießt das BGE also weit über ein sinnvolles Ziel hinaus?

Nein, denn das BGE ist keine Umverteilung im klassischen Sinn. Die Umverteilung erfolgt im wesentlichen „innerhalb“ jedes einzelnen Bürgers. Der Durchschnittsbürger bekommt so viel wie vorher, nur eben erhält er das, was er bisher als Gehalt bezogen hat, nun nur noch zum Teil als Gehalt und zum andern Teil als Grundeinkommen.

Zusätzlich neben dieser Umverteilung „innerhalb“ des einzelnen Bürgers hat das Grundeinkommen auch noch den Nebeneffekt, dass es Unterschiede zwischen den Einkommen dämpft. Denn wenn ein Teil des Gesamteinkommens bedingungslos verteilt wird, haben die verbleibenden geringeren Erwerbseinkommen weniger Kraft, Unterschiede im Gesamteinkommen zu erzeugen. Ausführlich hergeleitet ist dies im Artikel „Warum Grundeinkommen die Ungleichheit der Einkommen verringert.“

Wichtig ist, dass das Grundeinkommen vor allem eine Umverteilung der Einkommensquellen ist, also der Gründe, warum man Einkommen erhält. Man wird es weniger deshalb erhalten, weil man arbeitet, mehr deshalb, weil man Bürger ist.

Umverteilung der Einkommensquellen



Ohne BGE



Mit BGE

Namibia - ein Beweis für das Grundeinkommen?

Es wäre doch schön, wenn man ein Beispiel hätte, wo ein Grundeinkommen schon erfolgreich eingeführt ist. „Namibia“ wird gern als solch ein Beweis für die Richtigkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens genannt. Bei näherem Hinsehen ist es allerdings alles andere als das.

Warum eigentlich überhaupt ein Experiment in Afrika? Steckt dahinter vielleicht die Überlegung „Wir probieren das erst mal in einem afrikanischen Dorf aus, wenn es nicht klappt, dann haben den Schaden dieses Versuches nur ein paar weit entfernte schwarze Bauern, und wir haben unser Land vor dem Risiko geschützt.“

Diese kolonialistische Haltung höre ich auch aus einer Aussage von Nikolaus Schneider, der als Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland diesen armen Bauern erklärte: „Das Grundeinkommen hat euch eure Würde gegeben“ (b). Er hat damit aber vor allem die europäische Arroganz auf den Punkt gebracht. Man stelle sich nur vor, in hundert Jahren käme ein chinesischer Politiker in ein deutsches Dorf, wirft jedem Dorfbewohner 10 Euro vor die Füße und verkündet vor laufenden Kameras: „Nun habt ihr eure Würde wieder“?

Tatsächlich geht es beim Namibia-Projekt nur um ein Dorf, um nur etwa tausend Menschen in dem Örtchen Otjivero-Omitara. Und dort ist das Grundeinkommen auch nicht eingeführt, sondern es gab einen Versuch über einige Jahre. Jeder erhielt 10 Euro im Monat, macht sagenhafte 10.000 Euro im Monat. Es gibt bei uns nicht wenige Menschen, die für sich alleine ein so hohes Einkommen haben.

Dieser Versuch schien insofern erfolgreich gelaufen zu sein, als die Menschen in diesem Dorf nun glücklicher, wohlhabender und gebildeter sind, auch die Zahl der Arbeitsplätze habe zugenommen (a). Glauben tue ich dies gerne, aber was beweist das? Der gleiche Effekt wäre sicher eingetreten, wenn man dort Hartz IV eingeführt hätte. Würden das die BGE-Anhänger dann als Beweis für die Richtigkeit von Hartz IV anerkennen?

Im Namibia-Projekt wurde kein Grundeinkommen untersucht, sondern eine bessere Alternative zur klassischen Entwicklungshilfe gezeigt. Denn das Grundeinkommen wurde nicht aus der Gesellschaft heraus entnommen, an die es gezahlt wird, sondern es ist eine Spende aus reicheren Ländern. Die dortige Gesellschaft hat nicht eine neue Stufe ihrer Entwicklung in die Hand genommen, sondern wurde zum Almosenempfänger gemacht.

Zudem kann man alleine wegen der Winzigkeit des Projektes seine wissenschaftliche Aussagekraft bezweifeln. Weil nur ganz wenige das Grundeinkommen erhielten, gab es z. B. während des Versuches auch einen signifikanten Zuzug von Menschen aus anderen Gegenden, die zwar kein Grundeinkommen erhielten, aber den Aufschwung in diesem Dorf sicher mit getragen haben. Die Autoren der Studie (a) sehen das aber nicht als Einschränkung der Aussagekraft, sondern erkennen darin einen Beweis für die Attraktivität des BGEs. Diese Sichtweise halte ich für naiv, denn egal auf welche Weise man Geld in das Dorf gepumpt hätte, es hätte immer Menschen aus der Umgebung angezogen.

Insofern bleibt also ziemlich wenig übrig von einer Beweiskraft dieses Projektes für das Grundeinkommen. Wir sehen, dass Menschen, die ein bedingungsloses

Einkommen erhalten nicht in Lethargie verfallen, sondern dass dieses Grundeinkommen aktiviert. Wobei selbst dies nicht wissenschaftlich überzeugend dokumentiert ist. Es gibt übrigens auch ganz andere Beispiele: In einem Vortrag bei YouTube berichtet Prof. Frithjof Bergmann von indianischen Reservaten, wo genau das Gegenteil geschehen sein soll. Ob das so stimmt und ob es trotz oder wegen des Grundeinkommens so geschieht, wäre mal interessant zu prüfen.

Ich habe gar den Verdacht, dass gar nicht das Wohlergehen der Namibier im Vordergrund steht, sondern dass die Namibier als Objekt für einige Gutmenschen hier gebraucht werden. Und wenn der eine Mensch den anderen gebraucht, dann ist das genau das Gegenteil von einem bedingungslosen Grundeinkommen.

Fazit: Aus einer Machtposition heraus (wirtschaftliche Stärke) finanzieren wir in einem Drittweltland einen Versuch. Vielleicht die beste Form der Entwicklungshilfe. Besser als deutsche Ingenieure zu bezahlen, die vor den Augen der staunenden Dörfler Brunnen graben. Mehr aber auch nicht. Unsere Hausaufgaben müssen wir hier bei uns machen. Das ist anstrengend. Zu anstrengend für Nikolaus Schneider, dem für Deutschland nichts anderes einfällt als die Forderung nach mehr Arbeitsplätzen! (c)

(a) Hierzu gibt es eine kleine Studie: „Der entscheidende Unterschied - das Grundeinkommen in Namibia“.

(b) Aus www2.evangelisch.de vom 24. Januar 2012

(c) Dass Schneider sich mit dem Grundeinkommen gar nicht beschäftigt hat zeigt auch seine merkwürdige Forderung nach einem „Grundeinkommen, das Arbeit honoriert“ http://www.ekd.de/aktuell_presse/82239.html

Weniger Maschineneinsatz durch billigere menschliche Arbeit?

Oft wird behauptet, Menschenarbeit würde durch ein BGE attraktiver, weil sie wieder billiger wird und dadurch im Vergleich zu Maschinenarbeit weniger kostet. Aber: Maschinen fallen nicht vom Himmel, sondern entstehen durch menschliche Arbeit, werden also auch billiger! Und zwar in gleichem Maße. Wenn also heute Maschinenarbeit an einer Stelle günstiger ist als Handarbeit, dann wird es auch nach Einführung eines BGE so sein. BGE wird also nicht dazu führen, dass wieder mehr Menschen eingestellt werden zu lasten von maschineller Arbeit.

Warum auch? Gerade von BGE-Befürwortern wird doch gerne damit argumentiert, dass das BGE gerade deshalb zeitgemäß sei, weil wir nur noch wenig mit den eigenen Händen schaffen und in einem Überangebot von effizient und maschinell erzeugten Produkten leben. Warum sollte man ein Konzept vorschlagen, das seine eigene Grundlage abschafft?

Wenn man etwas mehr ins Detail geht, könnte man noch mit den Kapitalkosten und den Rohstoffen argumentieren. Allerdings bestehen Maschinen im Zuge der Effizienzsteigerung aus immer weniger Rohstoffen (z. B. Eisen) und

verbrauchen auch immer weniger Energie. Zum andern dürften die reinen Rohstoffkosten, die wirklich nicht auf Arbeitskosten bei der Förderung und Verarbeitung entstehen, verschwindend gering sein.

Ernst zu nehmen wäre auch die Argumentation mit den Kapitalkosten, also den Zinsen. Wenn die Arbeitskosten sinken, nicht aber die Zinsen (warum eigentlich?), dann wäre in der Tat Arbeit wieder attraktiver. Um das zu erreichen, bräuchte man aber kein BGE. Eine höhere Abgabe auf Zinserträge hätte die gleiche Wirkung. Schlimmer noch: Wenn nach Einführung eines BGE die Arbeitskosten sinken aber nicht die Zinserträge, dann entspräche dies einer Umverteilung hin zum Kapital was sicher nicht gewollt ist.

Noch ein Argument: Die Arbeitskosten werden für den Unternehmer nur dann niedriger, wenn die Finanzierung des BGE nicht über die Lohnsteuer sondern über die Umsatzsteuer erfolgt. Würde sie über die Lohnsteuer erfolgen, so würden die Bruttolöhne gleich hoch bleiben wie bisher.

Mindestlohn

Wenn das BGE gut ist, dann ist BGE mit Mindestlohn noch besser, noch sozialer und noch gerechter. Wer so spricht, hat das Grundeinkommen nicht verstanden. Grundeinkommen und Mindestlohn das ist nicht wie Gürtel und Hosenträger, das ist wie Feuer und Wasser.

Für den Mindestlohn werden zwei Argumente genannt. Zum einen brauchen Menschen ein Einkommen zum Leben. Ohne Einkommen können sie auch nicht arbeiten. Auch der hartherzigste Arbeitgeber hat ein Interesse daran, dass seine Beschäftigten ein Einkommen haben. Besser natürlich nicht er zahlt dieses Einkommen, sondern der Staat. Der Staat will das nicht, und fordert ein Mindesteinkommen, das der Arbeitgeber zahlen soll.

Das zweite Argument geht in die Richtung „ehrliche Arbeit für ehrliches Geld“. Wer eine bestimmte Arbeit leistet, erwartet dafür einen bestimmten Gegenwert.

Beide Argumente verlieren mit einem Grundeinkommen ihren Sinn. Per Definition deckt das Grundeinkommen die Existenz ab, dazu braucht es keines Arbeitseinkommens mehr. Und ob der Lohn angemessen ist, das kann jeder frei entscheiden, wenn es ein Grundeinkommen gibt. Ist mir der angebotene Lohn zu gering, dann arbeite ich eben nicht. Oder woanders.

Es ergäbe sich eine starke Befreiung. Arbeitgeber und Arbeitnehmer können den Lohn frei aushandeln. Sicher würde es bald auch freiwillige Rahmen- und Musterverträge und Gehaltsklassen geben, die sich aber völlig frei von staatlicher Kontrolle entwickeln können.

Warum soll nicht jemand freiwillig für einen Euro in der Stunde arbeiten? Wenn er es will, weil vielleicht die Arbeit Spaß macht, warum nicht? Und es muss auch kein böser Arbeitgeber sein, der nur einen Euro anbietet, vielleicht kommt ja wirklich nur wenig bei der Arbeit oder bei dem Geschäft herum. Warum sollte man Arbeiten verbieten, bei denen ökonomisch nicht viel herauspringt? Vielleicht hat die Sache ja trotzdem Zukunft und kann sich weiter entwickeln. Grundeinkommen ohne Mindestlohn fördert das Experimentieren mit neuen Ideen. Ein Mindestlohn fixiert nur alte Modelle, weil es schwer ist, etwas völlig neues zu beginnen und von Anfang an hohe Gehälter zu zahlen.

Ein fiktives Beispiel: Herr Brödel stellt fest, dass viele Hauseigentümer unnötigerweise Heizenergie verschwenden, weil sie ihre Heizkessel falsch eingestellt haben. Er bietet einen Service an, die Heizung mit zeitintensiven Messreihen zu überprüfen und zu optimieren. Die Hauseigentümer sparen zwar Energie ein, aber nur 30 Euro im Jahr. Sie sind bereit, Herrn Brödel 100 Euro zu zahlen, wovon er aber auch noch Geräte, Raummiete usw. finanzieren muss, so dass kaum etwas übrig bleibt. Herr Brödel stellt nun Herrn Kluge ein, der sich auch für das Thema interessiert und eine Software dazu schreiben will. Er kann ihm aber wegen der knappen Mittel nur zwei Euro die Stunde geben. Beide sind aber sehr zufrieden, arbeiten an einem sinnvollen Thema und haben die Vision, durch weitere Entwicklung und mehr Werbung bald auch höhere Einkommen zu erzielen.

Bei einem Mindestlohn hätte Herr Brödel niemanden einstellen können, seine Idee nicht weiter entwickelt, und Herr Kluge hätte vielleicht gar nichts gemacht.

In einer Werkstatt haben die Mitarbeiter bisher mehr schlecht als recht für Sauberkeit und Ordnung gesorgt. Der Werkstattinhaber hört von dem etwas zurückgebliebenen Sohn der Nachbarn, der bisher den ganzen Tag zu Hause sitzt. Er bietet ihm einen Ganztagsjob an für 3 Euro die Stunde. Er kann nun fegen und die Maschinen polieren, manchmal steht er auch im Weg aber für den Werkstattinhaber lohnt sich das gerade so und auch der Nachbarsohn ist glücklich, gebraucht zu werden.

In dem derzeitigen System ginge das nur mit staatlich kontrollierten Nachweisen der Minderbegabtheit, Zuschüssen für den Arbeitgeber und Abzügen an anderer Stelle. Und ein Mindestlohn passt da schon gar nicht.

Oder anders herum: Eine Tätigkeit ist so unattraktiv, dass sie trotz Mindestlohns keiner macht, wenn nicht der Lohn steigt. Diese Flexibilität des Marktes hätten wir bei Mindestlöhnen nicht. Sie zwängen entgegen der Marktlogik in ungewünschte Arbeitsplätze.

Gerade weil das Grundeinkommen auf die Freiheit der Menschen setzt, auf ihren kreativen Beitrag zum Gemeinwohl, auf weniger Bürokratie, gerade deshalb passt ein Mindestlohn so gar nicht zum Grundeinkommen.

Wird der Kündigungsschutz überflüssig?

Entsetzte Gesichter sehe ich oft, wenn gefragt wird, ob der Kündigungsschutz mit einem BGE überflüssig würde.

In der gegenwärtigen Situation ist der gesetzliche Kündigungsschutz in der Tat eine Errungenschaft. Gäbe es keinen Kündigungsschutz, dann könnten Arbeitgeber von heute auf morgen und ohne Gründe Mitarbeiter kündigen, die dann auf der Straße säßen. Wegen der großen Abhängigkeit der eigenen Existenz vom Arbeitsplatz hätten die Arbeitgeber ein großes Druckmittel in der Hand. Andererseits hat der Kündigungsschutz durchaus auch seine Schattenseiten.

Zum einen betrifft er nur Menschen, die eine Arbeitsstelle haben. Die Existenz derer, die keine Arbeitsstelle haben wird in keiner Weise gesichert. Im Gegenteil: Die Hemmschwelle, sie anzustellen wird erhöht, weil der Arbeitgeber sie ja dann „am Bein“ hat.

Aber noch einen faden Beigeschmack hat der Kündigungsschutz: Angenommen, eine Firma stellt bestimmte Produkte her und ein Arbeiter ist dafür nicht mehr nötig bzw. kostet er der Firma mehr als er nutzt. Vielleicht, weil rationalisiert wurde, vielleicht weil der Arbeiter langsamer und unzuverlässiger geworden ist, vielleicht weil das Produkt weniger nachgefragt wird, weil der Arbeiter sozial nicht in den Betrieb passt und eher stört als wirklich hilft, oder weil dem Arbeitgeber einfach die Nase nicht mehr passt.

Beruft sich der Arbeiter nun auf seinen Kündigungsschutz, so besteht er im Grunde darauf, dort weiterhin arbeiten zu dürfen und bezahlt zu werden, wo er eigentlich nicht gebraucht wird. Wenn bei der Arbeit aber das entscheidend ist, was hinten herauskommt, dann muss es für diesen Arbeiter auch ein schales Gefühl sein, dort arbeiten zu „dürfen“ wo er eigentlich nicht gebraucht wird, wo man in seiner Tätigkeit keinen sinnvollen Beitrag zum Ganzen sieht.

Wenn eine Kunde nichts mehr von seinem Frisör hält, dann kann er diesem ja auch den Rücken kehren. Man stelle sich vor, es wäre verboten, jederzeit seinen Frisör zu wechseln, weil dann der Arbeitsplatz des Frisörs nicht gesichert ist.

Mit einem Grundeinkommen verlöre niemand durch eine Kündigung seine materielle Existenz! Arbeitgeber hätten einerseits weniger Druckmittel, andererseits könnten sie freier agieren. Sie wären zumindest von den gesetzlichen Kontrollen und komplizierten Regeln befreit. Ich könnte mir aber vorstellen, dass Betriebe, die freiwillig einen verbindlichen Kündigungsschutz etablieren, wesentlich zufriedener Mitarbeiter und bessere Ergebnisse haben, dies könnte sich ganz frei entwickeln.

Was ist aber, wenn sich ein Mitarbeiter an den guten Verdienst „gewöhnt“ hat, vielleicht Kredite aufgenommen hat und nicht von heute auf morgen auf Grundeinkommensniveau leben will? Er hätte drei Möglichkeiten: Erstens: Vorher eine private Arbeitslosigkeitsversicherung abschließen - denn warum sollte die Gesellschaft für seine Gewohnheiten aufkommen? Zweitens: Einen Arbeitgeber suchen, der akzeptablen Kündigungsschutz hat oder drittens: Hoffen, dass er schnell wieder einen anderen Job findet.

Ohne Kündigungsschutz würden sich auch Arbeitgeber leichter tun, Menschen einzustellen. Man würde ergebnisorientiert zusammen arbeiten, und nicht auf „Arbeitsplätzen“ beharren.

Die anderen werden nicht mehr arbeiten?

Der Vorwurf, dass keiner mehr arbeitet, wenn es ein Grundeinkommen gibt wird gerne wie folgt widerlegt: Fragt man den Gesprächspartner, ob er noch arbeiten würde, dann antwortet dieser fast immer mit ja, nur die anderen, die würden nicht mehr arbeiten. Da aber fast alle so antworten sei der Beweis erbracht, dass der einzelne nur misstrauisch ist, aber faktisch fast alle auch mit einem BGE arbeiten würden.

Nun, ein wasserdichter Beweis ist dies nicht. Es gibt genügend Umfragen die zeigen, dass oft das Fremdbild realitätsnäher ist als das Selbstbild. Schon die Umfrageergebnisse, ob man regelmäßig die Zahnbürste wechselt weichen stark von den Absatzzahlen der Hersteller ab. Man könnte das Ergebnis der Würden-Sie-noch-arbeiten-Frage etwas schelmisch sogar so auslegen: Alle

Befragten sind sich darin einig, dass mit einem BGE nur noch einer von Millionen arbeitet!

Bleibt also weiter die Frage im Raum stehen, ob bei einem Grundeinkommen noch alle arbeiten.

Die Frage ist falsch gestellt. Es kommt doch gar nicht darauf an, dass alle arbeiten. Wenn ich heute eine gewisse Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen habe, und diese auch in Zukunft habe, dann ist es belanglos, ob dafür alle arbeiten, oder ob jeder zehnte, jeder dritte oder gar jeder zweite nicht mehr arbeitet. Die richtige Frage wäre doch allenfalls die: Wird noch genug produziert?

Dafür, dass mit einem Grundeinkommen gleich viel oder sogar mehr produziert würde spricht, dass nach Einführung eines BGE die Wirtschaft wesentlich effizienter arbeiten könnte: Keine falschen Rücksichten bei der Rationalisierung, Entlastung von sozialen Pflichten, Kreative haben mehr Freiraum. Es müssten keine Beschäftigten in den Betrieben mitgeschleppt werden, die eigentlich gar nicht arbeiten wollen. Das sind natürlich nicht mehr als plausible Annahmen, die zutreffen können, oder auch nicht.

Aber selbst wenn es anders käme, wäre es denn so schlimm, wenn die Produktion etwas sinkt? Seit 1970 hat sich unser Wohlstand etwa verdoppelt, und so schlecht ging es uns damals doch auch nicht. Wenn also nur noch halb so viele Menschen arbeiten, könnten wir immerhin den Wohlstand von 1970 erreichen. Aber unter viel freieren Rahmenbedingungen! Grenzt es nicht schon fast an Sklaverei, wenn wir uns gegenseitig zwingen müssen, zu arbeiten? Und ich bin mir sicher: Es arbeitet auch bei einem BGE mehr als die Hälfte! (Übrigens muss auch das Grundeinkommen sinken, falls insgesamt weniger produziert würde, denn es muss logischerweise immer unter dem Durchschnitt der Pro-Kopf Produktion liegen)

Die Frage, ob alle noch arbeiten geht aber tiefer als die, ob das Sozialprodukt steigt oder fällt oder gleich bleibt. Dahinter steckt der Neid, dass ich, der ich arbeite, andere „mitfüttere“, die nicht arbeiten. Und das ist es auch, was das oben genannte Befragungsergebnis wirklich empirisch belastbar zeigt: Die Angst der Menschen, dass sie arbeiten und andere nicht. Ganz egal, ob es ihnen unter dem Strich materiell gut geht oder nicht, sie gönnen es den anderen einfach nicht. Und selbst ich kann diesen Neid ein Stück weit nachvollziehen.

Sich genau anzuschauen, woher dieser Neid kommt und wie er überwunden werden kann, ist sicher eine wichtige Aufgabe bei der Umsetzung des BGEs. Vielleicht eine wichtigere, als Theorien über die wirtschaftlichen Effekte eines BGEs zu erstellen.

Wird Schwarzarbeit attraktiver?

Würden sich mit einem bedingungslosen Grundeinkommen die Steuern so sehr erhöhen, dass viele in die Schwarzarbeit abwandern und damit die Finanzierung des Grundeinkommens zusammenbricht?

Zunächst ein Beispiel, das die Zahlenverhältnisse darstellt. Angenommen, ein Auftraggeber ist bereit, 20 Euro für eine Arbeitsstunde zu zahlen, zum Beispiel für eine einfache handwerkliche Leistung. Wenn der Auftragnehmer alles sauber versteuert, dann bleiben letztlich nur acht Euro Nettogehalt für den Auftragnehmer übrig. Denn Mehrwertsteuer, die kompletten Sozialversicherungsbeiträge und die Lohnsteuer müssen abgeführt werden. Berücksichtigt man auch noch weitere Abgaben wie Lohnsummensteuer, Beiträge und umsatzabhängige Gewerbesteuer so würde das Nettogehalt noch weiter schrumpfen. Dieses typische Beispiel dient der Orientierung, je nach Steuersituation des „Arbeiters“ können sich auch etwas andere Werte ergeben.

Arbeitet der Auftragnehmer schwarz, so bekommt der „Arbeiter“ den zweieinhalbfachen Stundenlohn auf die Hand. Also auch schon ohne ein Grundeinkommen ist Schwarzarbeit äußerst attraktiv! In der Praxis werden Auftraggeber und Auftragnehmer den Vorteil der Schwarzarbeit untereinander aufteilen, was aber nichts an der Höhe der Steuerhinterziehung oder deren Attraktivität ändert.

Wie verändern sich die Verhältnisse mit Einführung eines Grundeinkommens? Per Definition sei festgelegt, dass sich alle Endpreise, also auch der Preis der korrekt versteuerten Arbeitsstunde nicht verändere, und somit weiterhin 20 Euro betrage. Der Nettostundenlohn wird sinken, da die Einkünfte aus Grundeinkommen und Nettolohn ja nicht höher als der bisherige Nettolohn sein können. (Dies gilt natürlich nur für jemanden, dessen Verdienst genau dem Durchschnittseinkommen entspricht, individuell kann das auch anders aussehen!). Ein realistischer Ansatz wäre, dass sich das Nettogehalt halbiert. Die andere Hälfte ist dann das Grundeinkommen. Über welche Steuer das Grundeinkommen abgegriffen wird ist hier völlig belanglos. Es kann eine erhöhte Umsatzsteuer, eine erhöhte Lohnsteuer oder eine Kombination sein.

Ist die Schwarzarbeit attraktiver geworden? Im alten System hat man je Arbeitsstunde um 12 Euro betrogen, im neuen um 16 Euro, das ist kein so wahnsinnig großer Unterschied. Man könnte natürlich auch sagen, bisher hat Schwarzarbeit den 2,5-fachen Lohn gebracht, nun den 5-fachen, das ist schon ein ernsthafter Unterschied.

Wie gesagt, es spielt dabei gar keine Rolle, ob das Grundeinkommen über die Einkommensteuer, die Umsatzsteuer oder die Sozialbeiträge umgelegt wird, alles wird ja bei der Schwarzarbeit hinterzogen. Nur insofern die Einkommensteuer auch und verstärkt Kapitalerträge heranzieht wird Schwarzarbeit weniger lukrativ, wohl aber „Schwarzverzinsung“. Auch eine erhöhte Energie- und Rohstoffsteuer ließe sich einfach kontrollieren und würde damit die Attraktivität der Schwarzarbeit etwas verringern

Das bisherige kann man so zusammenfassen. Schon heute ist Schwarzarbeit äußerst attraktiv. Mit einem Grundeinkommen wird Schwarzarbeit noch attraktiver, aber im noch überschaubaren Rahmen,

Ich denke nicht, dass die Schwarzarbeit ein grundsätzliches Argument gegen das Grundeinkommen ist. Ja, sie wird attraktiver und ja, man wird sie verstärkt

unterbinden müssen. Dabei wäre zu berücksichtigen:

- In einem System mit Grundeinkommen wäre die Grundzufriedenheit höher, es würde sich nicht jeder als „Steueropfer“ sehen.
- In Verbindung mit einer radikalen Vereinfachung des Steuersystems, würde die Akzeptanz zu zahlen steigen (allein wegen des Wegfalls des sozialen Ausgleichs wird das Steuersystem viel einfacher sein). Keiner könnte sich hinter einem als kompliziert oder ungerecht empfundenen Steuersystem verstecken.
- Ein einfaches Steuersystem wäre auch einfacher zu überwachen.
- Heute gilt Steuerhinterziehung als „cool“. Keiner wird sich auf einer Party damit brüsten, dass er einer alten Frau die Handtasche geklaut hat, wohl aber damit, wie er dem Finanzamt ein Schnäppchen geschlagen hat. Grundeinkommen und ein vereinfachtes Steuersystem könnten dazu führen, dass das eine so wenig akzeptiert wird wie das andere.
- Durch die Vereinfachung im Steuersystem stünde viel Personal zur Verfügung, das Schwarzarbeit verfolgen könnte.
- Manchmal kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Schwarzarbeit heute stillschweigend geduldet wird. Vielleicht aus sozialen Gründen? Würden diese nicht mit einem Grundeinkommen wegfallen?

Etwas schwierig sehe ich die Abgrenzung von Nachbarschaftshilfe und Steuerhinterziehung. Passe ich heute auf die Kinder meiner Nachbarin auf, und diese morgen auf meine: Ist das schon steuerpflichtig? Was ist, wenn sich Wohn-Kommunen zusammentun, die Grundeinkommen „kassieren“, aber vieles in gegenseitiger Hilfe tun, vom Haare schneiden über das Gärtnern bis zum Sanieren der Wohnungen und Reparatur der Fahrzeuge - ohne über Steuerzahlungen die Gemeinschaft daran partizipieren zu lassen?

Übrigens halte ich Schwarzarbeit für ein unglückliches Wort. Es ist doch wunderbar wenn gearbeitet wird, da kann doch nichts Schlechtes dabei sein. Schädlich ist nur, wenn die Gesellschaft nicht beteiligt wird. Man sollte also besser von Schwarzkonsum oder von Steuerhinterziehung sprechen.

Schäuble beweist unfreiwillig das Grundeinkommen?

Finanzminister Wolfgang Schäuble wird gerne mit einer Aussage zitiert, mit der er unfreiwillig die Finanzierung des Grundeinkommens bewiesen haben soll. Jährlich würden wir eine Billion Euro für Sozialleistungen ausgeben. Jährlich würden wir eine Billion Euro für Sozialleistungen ausgeben. Umgerechnet entspräche das dann 1000 Euro je Kopf und Monat, also sollte man das doch gleich als Grundeinkommen verteilen. So auch die Argumentation am Ende des zweiten Kapitels von „Tausend Euro für jeden“.

Leider aber ist diese Zahl falsch. Eine Billion Euro, das ist die Summe aller staatlichen Ausgaben inklusive Hochschulwesen, Forschung, öffentliche Sicherheit, Verkehr und so weiter. Das ist zwar auch irgendwie „sozial“, weil für die Gemeinschaft, enthält aber nur etwa zur Hälfte Transfers wie Rente, Krankenversicherung und Sozialhilfe. Und selbst wenn man diesen halben

Betrag nimmt, sind darin ja auch Anwartschaften auf Renten enthalten, die man nicht so ohne weiteres umverteilen kann.

Was mich bei dieser Sache aber besonders wundert: Es gibt genug verfügbare und belastbare Zahlen aus z. B. dem statistischen Jahrbuch. Warum hängen manche BGE-Befürworter ihre Argumentation an einer Zahl auf, die einem Minister in einer Talkshow herausgerutscht ist?

Sollte das BGE nicht von der Haushaltsgröße und vom Wohnort abhängen?

Die meisten Verfechter sprechen sich für ein einheitliches Grundeinkommen aus. Egal ob jemand alleine oder zu zweit wohnt, ob er in München oder in Lüdenscheid lebt, das Grundeinkommen soll gleich sein.

Für diesen Ansatz spricht, dass der einzelne sich seine Wohnform frei aussuchen kann und dass es keine Rolle spielen darf, mit wem man Tisch und Bett teilt, ob man in einem Villenviertel oder auf dem Dorf lebt.

Allerdings sind die Lebenshaltungskosten für einzeln lebende und als Paar lebende schon sehr unterschiedlich. Setzt man das BGE so hoch an, dass eine Alleinstehender damit auskommt, dann kommt ein Paar damit ziemlich gut aus.

Oder man setzt das BGE so niedrig an, dass man quasi gezwungen ist, gemeinsame Haushalte zu gründen.

Unterm Strich spricht viel dafür, das BGE an der Person auszurichten. Damit wird auch die Vielfalt der Lebensformen unterstützt: Warum sich nicht wenigstens eine Tiefkühltruhe, eine Waschmaschine, ein Monatsticket oder ein Auto teilen? Und warum soll der bestraft werden, der sich mit anderen zusammentut?

Und auch beim Wohnort könnte man so argumentieren, dass ja nicht jeder im Villenviertel von Düsseldorf wohnen muss. Aber ein BGE, das für viele Wohnlagen reicht, wäre angebracht.

Andererseits ist diese Diskussion auch etwas theoretisch. Das BGE wird nicht von heute auf morgen voll eingeführt werden. In der Übergangsphase wird es so etwas wie ein Wohngeld geben. Und das Wohngeld wird nach Bedürftigkeit ausgezahlt. Durchaus auch verbunden mit der Frage, ob man das Geld nicht auch selber verdienen könnte. Das Volumen dieses Wohngeldes wird klein sein, weil ein „Sockel-Wohngeld“ ja jeder schon in seinem Grundeinkommen hat, nur ein eventueller Mehrbedarf wäre über ein Wohngeld hinzuzuschießen.

Das BGE wäre dann ein „echtes“ bedingungsloses BGE, in Einzelfällen (alleinstehend in guter Wohnlage) müsste dann doch noch aufgestockt werden. Das entspricht nicht der reinen Lehre des Grundeinkommens, aber ich denke, man kann ganz gut damit leben. Und ob das Wohngeld dann eines Tages ganz abgeschafft werden kann, wird sich zeigen.

Schritte zu einem Grundeinkommen

Ist man einmal davon überzeugt, dass Grundeinkommen genau das ist, was unsere Gesellschaft braucht, dann stellt sich die Frage: Wie kommt man der Einführung eines Grundeinkommens näher?

Jeder einzelne kann die Idee des Grundeinkommens weitertragen. Er kann mit anderen Menschen darüber sprechen. Er kann sich selber weiterbilden. Er kann in Diskussionen, in Leserbriefen usw. darauf aufmerksam machen. Wer sich noch mehr engagiert macht in Initiativgruppen mit, gestaltet Infostände, verteilt Faltblätter usw.

Die andere Frage wäre, wie sich die Gesellschaft hin zu einem Grundeinkommen entwickeln kann.

Eine Überlegung ist es, durch Feldversuche das Grundeinkommen zu testen oder zu beweisen. Das ist aber schier undurchführbar. Selbst wenn man nur in einer Stadt, z. B. in Wuppertal, jedem 1.000 Euro Grundeinkommen gewährt, so kostet dies vier Milliarden Euro im Jahr. Wer soll das bezahlen? Sponsoren wird man keine finden: Vier Milliarden, das entspricht dem gesamten deutschen Spendenaufkommen. Und vor allem: Was sollte mit solch einem Feldversuch bewiesen werden? Dass es sich mit tausend Euro mehr im Monat besser lebt? Entscheidend wäre doch gerade zu zeigen, dass so etwas ohne externe Zuschüsse funktionieren kann. Dann müsste man aber Steuern oder Abgaben einführen, wie soll das aber in einer einzigen Teststadt erfolgen? Und: Wenn man davon überzeugt ist, dass das Grundeinkommen ein Menschenrecht ist, was gäbe es da zu testen? Die Abschaffung der Sklaverei wurde ja auch nicht nach einem Testjahr umgesetzt.

Viel naheliegender wären aber

- Ein bedingungsloses Grundeinkommen für Kinder. Das Kinder-Grundeinkommen gäbe es bis zum erwerbsfähigen Alter, weil sonst auf dem Arbeitsmarkt eine Konkurrenz zu Erwachsenen ohne BGE einträte. Finanziert würde das Kinder-BGE durch eine Abschaffung des Ehegattensplittings, des Kindergeldes und ggf. eine Steuererhöhung, die auch auf Kapitalerträge erhoben werden soll. Das Kinder-BGE stieße auf breite Akzeptanz, weil wir morgen alle von der Arbeit der heutigen Kinder leben und es keine Diskussion um eine Arbeitspflicht geben kann. Das individuelle Grundeinkommen für Kinder könnte geringer ausfallen, wenn es kostengünstige Kindergärten, Schulen, ggf. Schulmittagessen, Nahverkehr usw. gäbe. Aber eben sowohl das Grundeinkommen als auch die Vergünstigungen ohne Nachweis der Bedürftigkeit.
- Eine Krankenkassenversicherung für alle, die über die Umsatzsteuer finanziert wird. Dies entspräche bereits einem Grundeinkommen von ca. 200 Euro je Monat. Eine Krankenversicherung braucht jeder. Und gerade hier verspreche ich mir eine hohe Akzeptanz bei der Entlastung der Einkommen
- Ein einfacheres Steuersystem könnte indirekt den Weg zum Grundeinkommen öffnen. Durch mehr Transparenz und durch die flankierende Diskussion um die hochkomplizierten Vergünstigungen. Also: Ehegattensplitting abschaffen, Kinderfreibeträge abschaffen, vielleicht sogar ein einheitlicher Einkommenssteuersatz ohne Abschreibungsmöglichkeiten.

Andererseits Sozialbeiträge auf Kapitalerträge erheben.

- Erhöhung der Mehrwertsteuersätze bei gleichzeitiger Ausschüttung der Mehreinnahmen an alle Bürger. Dieses Einkommen wäre schon ein bedingungsloses, wenn auch anfangs noch lange kein existenzsicherndes. Aber der Zug wäre schon mal aufs richtige Gleis gesetzt. Würde man z. B. die MwSt von 19 % auf 25 % erhöhen, so ergäbe das immerhin monatlich 36 Euro je Person! Würde man dies z.B. zur Hälfte auf Hartz IV u.ä. anrechnen (die Preise steigen ja durch die MwSt-Erhöhung), so ergäbe sich schon eine gewisse Entlastung der Sozial„kosten“. Sogar der Steuerfreibetrag bei der Einkommensteuer könnte etwas sinken, wodurch wiederum der Einkommenssteuersatz sinken könnte.

Der entscheidende Punkt ist aber, das Grundeinkommen zu denken. Durchaus auch kritisch. Arbeite ich vor allem wegen meines Gehaltes, oder um für andere etwas zu tun? Die Antwort ist gar nicht so einfach. Bedient mich die Verkäuferin wegen ihres Lohns oder weil sie etwas für mich tun will? Wie würde ich meinen Alltag strukturieren, wenn ich nicht mehr arbeiten müsste? Die Erwerbseinkünfte müssen logischerweise sinken, welche Auswirkungen hat dies? Grundeinkommen ist keine Forderung, die gestellt und eingelöst wird, Grundeinkommen wird unsere Kultur verändern.

Wird das BGE vom Gehalt abgezogen?

Dass es nicht funktionieren kann, wenn jeder sein bisheriges Gehalt in voller Höhe erhält **und** ein zusätzliches BGE obendrauf ausgezahlt bekommt, ist einleuchtend. Daher kursiert die Vorstellung, dass das BGE vom Gehalt abgezogen würde. Aber auch das kann nicht gehen.

Doch ausgerechnet Götz Werner schreibt: „Nehmen wir an, eine Krankenschwester verdient 2.500 Euro. Nach Abzug des Bürgergeldes von 1.300 Euro müsste das Krankenhaus ihr noch 1200 Euro bezahlen.“ (Stuttgarter Zeitung, 2. Juli 2005, gefunden auf der Seite www.unterschied-und-zukunft.de)

Was hieße das dann aber, wenn die Krankenschwester nur 1.400 Euro verdienen würde? Dann blieben ihr nur hundert Euro. Kaum vorstellbar. Wenn sie 1.300 Euro verdient, dann müsste sie den gesamten Verdienst abgeben? Paradox! Und es müsste Krankenschwestern, die zwischen Null und 1.300 Euro verdienen die Höhe ihres Gehaltes völlig egal sein, weil ihnen ohnehin alles abgezogen wird? Grotesk Dann könnten sie auch ganz auf ihr Gehalt verzichten. Und falls sie dann doch einen einzigen Euro im Monat verdienen wollten, würde dieser eine Euro den Arbeitgeber 1.301 Euro kosten!? Absurd! So kann es nicht gehen.

Natürlich muss sich das durchschnittliche Nettogehalt ändern, sinnvoll geht das aber nur über

- a) eine höhere Einkommensteuer, wegfallende Freibeträge usw.
- b) eine höhere Konsumsteuer (das Nettoarbeitseinkommen bleibt dann zwar nominal gleich hoch, die reale Kaufkraft sinkt aber wegen der höheren Ladenpreise.
- c) Niedrigere Bruttolöhne der Arbeitgeber (das geht aber nur langfristig, will man bestehende Arbeitsverträge nicht unterlaufen)

Insofern ist auch die bekannte animierte Grafik, wo das Grundeinkommen als Säule dargestellt ist, die in das bestehende Einkommen hineinfließt und es ersetzt, völlig korrekt. Man darf sich das aber nicht so vorstellen, dass dies exakt bei jedem einzelnen verrechnet wird, sondern dass sich das im Durchschnitt so ergibt, durch Steuern oder durch andere Gehaltsvereinbarungen. Im Einzelfall kann sich das Gesamteinkommen dabei selbstverständlich auch nach oben oder unten ändern!

Noch ein Punkt, der gegen einen unmittelbaren Abzug vom Gehalt spricht: Wenn dann der eine faktisch gar nichts von seinem Grundeinkommen sieht, der andere aber den vollen Satz erhält, dann ist es auch nicht mehr bedingungslos!

Kann Herr Werner sich so vertun? Ich vermute, er hat das mit dem Abzug nicht wörtlich gemeint, denn an anderer Stelle schreibt er zum Grundeinkommen „Es würde auf Löhne und Gehälter zwar nicht bürokratisch angerechnet, aber sozusagen in die Lohnsumme und in alle Lohn- und Gehaltsverhandlungen zwischen Unternehmern und Mitarbeitern einfließen“. (Aus dem Buch „Einkommen für alle“, Seite 101). Dass Werner hier nicht auf die Möglichkeit einer Besteuerung eingeht, ergibt sich aus dem Kontext des Zitats, wichtig ist aber, dass er hier ganz klar sagt, dass das Grundeinkommen nicht „bürokratisch angerechnet“ wird.

Ein bisschen muss man auch Angst haben vor einem Grundeinkommen

Für viele Befürworter eines Grundeinkommens ist es eine glasklare Sache: Ist das Grundeinkommen erst einmal eingeführt, dann sind wir alle glücklicher. Die Bürger werden in sozialem Frieden miteinander leben. Jeder wird nach besten Kräften zum Gemeinwohl beitragen und sich dabei selbst verwirklichen. Keiner muss mehr Angst haben. Endlich ist Platz für das Gute, das nun nicht mehr durch den Zwang zur Erwerbsarbeit unterdrückt wird. Könnte aber alles nicht auch ganz anders kommen?

Könnte es nicht sein, dass meine Mitbürger ihre neu gewonnene Freiheit für ganz andere Dinge nutzen, als ich mir das gedacht habe? Dass der Alkohol- und Drogenkonsum steigt? Dass der Schwarzhandel steigt? Dass es zum Dauerstreik kommt, weil das Grundeinkommen eine nie versiegende Streikkasse ist? Dass die sich frei entfaltende Persönlichkeit meiner Mitmenschen eine ganz andere ist, als ich mir es immer gewünscht habe? Dass die Wertschöpfung so weit zusammenbricht, dass ich Not leiden muss? Dass auf der Basis des Grundeinkommens politische Strömungen entstehen, die mir überhaupt nicht passen? Dass gerade ich selber meine Arbeit verliere, weil meine Tätigkeit keiner mehr braucht? Abgesichert wäre ich zwar - aber will ich versorgt zu Hause sitzen und ohnmächtig zuschauen, wie alles ganz anders kommt als ich mir das erträumt habe?

Eingefleischte Grundeinkommensbefürworter kennen da keinerlei Zweifel. Sie wissen, dass alles wissenschaftlich durchgerechnet ist. Sie sind sich ganz sicher, dass alles zwingend sich zum Gutem wenden muss. Kritik ist für sie nur ein Anlass, ihre Kataloge mit Argumenten aufzublättern.

Solche Befürworter langweilen mich. Für sie ist das Grundeinkommen keine kulturelle Revolution, sondern eine kalkulierbare Optimierung unseres Systems. Sie spüren nicht das Bauchkribbeln, dass sich hier Großes tut. Sie spüren nicht, dass in jeder neuen Tat auch das Risiko des Misslingens liegt. Sie spüren nicht, wie aufregend es ist, wenn der Mensch von Fesseln des Erwerbseinkommens befreit wird.

Dabei kennt jeder diese Atmosphäre des Wagnisses bei großen Entscheidungen. Wer hat je eine Arbeitsstelle gewechselt, ohne dem Neuen erwartungsvoll-zweifelnd entgegen zu sehen? Wer hat seine Ehe vorher durchgerechnet? Kein guter Musiker, kein guter Vortragender, der nicht Lampenfieber hätte, der nicht auch an sich zweifeln kann. Nur Bürokraten, die nur noch das Alte verwalten, kennen das Wagnis des Neubeginns nicht.

Grundeinkommen ist wie ein Sprung ins kalte Wasser. Man muss es wagen. Wer es sich wie ein Wohlfühlbad vorstellt, der macht drei entscheidende Fehler:

- Er/Sie versteht die Gegner eines Grundeinkommens nicht. Ihre Befürchtungen kann er/sie weder ernst nehmen noch aufgreifen.
- Er/Sie strahlt keine Begeisterung mehr aus. Er/Sie hat selber keine Fragen mehr. Denn wenn alles schon klar ist, dann ist Grundeinkommen eine stinklangweilige Sache. Ein Verwaltungsakt.
- Er/Sie hat das Grundeinkommen selber nicht richtig verstanden und wird irgendwann erschreckt im kalten Wasser lernen müssen.

Die Zweifel sollen nicht lähmen. Die Zweifel sollen nicht abschrecken. Im Gegenteil. Zweifel und der Ruf aus der ungewissen Zukunft geben erst die

Kraft, einen so großen neuen Schritt der Entwicklung zu tun. Ein bisschen Angst muss man vor dem Grundeinkommen also schon haben, wenn man glaubwürdig dafür kämpfen will.

Verdirbt ein Grundeinkommen die Menschen?

Wer heute nicht fleißig, pünktlich, zuverlässig, strebsam und gebildet ist, der hat kein oder nur ein sehr schlechtes Einkommen. Beim Grundeinkommen muss man sich nicht mehr bemühen.

Bisher hatte jeder einen guten Grund an seiner Bildung, seinem Fleiß u.s.w. zu arbeiten um es zumindest so weit zu bringen, dass er ein gewisses Auskommen hat. Wenn dies dank Grundeinkommen gar kein Zwang mehr ist, so stehen die Menschen auch nicht unter dem Druck, an ihren Tugenden und Fähigkeiten zu arbeiten. Es wird befürchtet, dass eher willensschwache Menschen dann überhaupt keinen Antrieb mehr verspüren würden, an sich zu arbeiten.

Der Trend geht aber mit oder ohne Grundeinkommen in diese Richtung. Wir müssen heute nicht mehr im Schweiße unseres Angesichtes arbeiten, um eine gewisse Grundversorgung haben. Zumindest statistisch gilt dies: Wir erzeugen ein Vielfaches dessen, was wir zum guten Leben brauchen. Durch künstliche Arbeitsmoral, durch immer mehr und immer sinnlose Produkte kann man zwar noch so tun, als müsse jeder aus ökonomischen Zwängen handeln, das geht aber immer mehr an der Realität vorbei.

Insofern erkennen Kritiker des bedingungslosen Grundeinkommens schon ganz richtig, dass der ökonomische Zwang, sich anzustrengen, entfallen wird. Man muss aber nicht das Wegfallen dieses Zwanges bekämpfen, sondern schauen, wie man damit umgeht.

Hinter der Kritik, ein „anstrengungsloses“ Grundeinkommen verderbe den Menschen, stehen berechnete Fragen: Was motiviert den Menschen? Wer bestimmt, ob und in welche Richtung sich Menschen entwickeln? Wie halten wir es mit der Freiheit?

Nebenbei stellt sich noch eine weitere Frage: Wenn wir uns bisher durch den Druck des Ökonomischen gezwungenermaßen entwickelt haben, haben wir anderes, wozu äußere Umstände uns nicht zwingen, wahrscheinlich nicht entwickelt. Was könnte das sein?

Ökologisches Grundeinkommen

Ulrich Schachtschneider schlägt ein ökologisches Grundeinkommen vor. Er möchte Abgaben auf Ressourcenverbrauch mit dem Grundeinkommen kombinieren. Zwei gute Dinge in einem Sack – da muss nicht immer etwas Gutes dabei herauskommen.

Beim „ökologischen Grundeinkommen“ sollen Abgaben auf Energie, Müll, usw. erhoben werden, mit diesen Abgaben soll dann ein Grundeinkommen finanziert werden.

Das Grundeinkommen ist schwierig genug zu vermitteln, insbesondere seine Bedingungslosigkeit. Man kann es den Bürger nicht „schmackhafter“ machen,

wenn man es mit Dingen schmückt, die mit dem Grundanliegen des bedingungslosen Grundeinkommens nichts zu tun haben. Ganz abgesehen davon, dass die Kopplung an ökologische Themen womöglich gar nicht allen gefällt, die sich für ein bge interessieren. Genauso gut könnte man ein „Nichttaucher-Grundeinkommen“ (bge mit Tabaksteuern mitfinanzieren), ein „Eltern-Grundeinkommen“ (Kinderlose müssen mehr in die bge-Kasse einzahlen) oder gar ein „Sport-Grundeinkommen“ vorschlagen.

Man muss das Grundeinkommen überhaupt niemandem schmackhaft machen. Man muss die Idee verbreiten, so wie sie ist und dann abwarten, ob sich ein Konsens darüber findet. Wenn es nur wenige haben wollen, dann wird es eben nicht eingeführt.

Es ist richtig, Umweltbelastung verstärkt mit Steuern und Gebühren zu belegen. Das Totschlagargument gegen solche Abgaben, wie z. B. höhere Energiesteuern, lautet: Das trifft dann doch nur die Armen. Die können es sich gar nicht leisten, solche Beiträge zu bezahlen. Weil man dem Armen nicht zumuten will, 100 € Umweltabgabe zu zahlen, muss der Reiche keine 1.000 € Umweltabgabe zahlen. Das „Mitleid“ mit den Armen führt dazu, dass immer mehr SUVs auf unseren Straßen kreuzen.

Es wäre durchaus sinnvoll, das eingesammelte Umweltgeld an alle gleichmäßig auszubezahlen. Wobei diese Auszahlungen wieder verschwinden werden, wenn wir zu einer nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft gefunden haben. Doch solange diese Einnahmen bestehen und an alle gleichmäßig ausbezahlt werden, muss niemand verarmen, dessen Umweltbelastung im Durchschnitt liegt. Denn er bekommt dann genau so viel ausgeschüttet, wie er einzahlt. Mit einer Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens hat das wenig zu tun.

Allenfalls andersherum wird ein Schuh daraus: Nicht die Umweltabgaben finanzieren ein bge, sondern ein bge erleichtert die Durchsetzung Umweltabgaben. Beide Themen, bge und Umweltabgaben, sollte man demokratisch völlig getrennt voneinander diskutieren.

Ich würde Schachtschneiders Vorschlag begrüßen, wenn er ihn nicht ausgerechnet als Grundeinkommen betitelt hätte, sondern als „Umweltabgabe mit Ausschüttung an Alle“. So aber bleibt der fade Beigeschmack der Trittbrettfahrerei auf dem Begriff des Grundeinkommens. Solche Trittbrettfahrerei ist der Grundeinkommensdebatte nicht förderlich.

Demokratie und Grundeinkommen

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ heißt es in der deutschen Verfassung. Das gesamte Schicksal unserer Gesellschaft ist in die Hände der Bürger gelegt. Warum trauen wir dem Bürger im Arbeitsleben diese Verantwortlichkeit nicht zu?

Die Bürger bestimmen, wie wir zusammen leben, welche Gesetze erlassen werden, ob und wo der Staat investiert. Sie sind es, die über Militäreinsätze, Fördergelder und die soziale Ordnung entscheiden. Auch wenn vieles nicht unmittelbar von den Bürgern bestimmt wird: Politiker und ihre Entscheidungen sind einzig und allein dadurch legitimiert, dass Bürger sie gewählt haben. Wir haben damit dem Bürger eine große Macht in die Hand gelegt.

Wenn andererseits ein Bürger selbst entscheiden will, wie er arbeiten will, ob er arbeiten will und was er arbeiten will - dann trauen wir ihm das nicht zu? Wie kann es angehen dass der gleiche Bürger, dem wir zugestehen, verantwortlich über Krieg und Frieden zu entscheiden, nicht entscheiden darf, ob er sich bei einer Firma bewirbt oder nicht? Dass wir ihm nicht zutrauen, sich in der richtigen Weise in und für unsere Gesellschaft zu betätigen?

Wenn wir den Bürger wirklich für so unverantwortlich halten, dass er nicht zum Wohle der gesamten Gesellschaft handelt, dann müssten wir konsequenterweise ihm auch seine Gewalt nehmen, dann müssten wir die Demokratie abschaffen.

Es kann nicht angehen, dass der Bürger einmal das Objekt eines Staates ist, das ihn motiviert, anreizt, fördert und fordert dieses zu tun und jenes zu lassen, und der gleiche Bürger auf der anderen Seite der ist, der die gesamte Macht innehat.

Es gibt noch ein zweites, ähnliches, aber etwas schwächere Argument. Wenn der Bürger seine Macht verantwortlich einsetzen will, dann muss er sich auch informieren, dann bringt er sich vielleicht aktiv ein. Beides geht nur, wenn er eine gesicherte Existenz hat. Wer ständig mit der Existenzsicherung beschäftigt ist, der kann sich politisch nicht einbringen. Im Gegensatz zum Beamten, dessen Existenz gesichert ist, sogar weitestgehend unabhängig von seiner Arbeitsleistung. Oder: In Hartz IV gibt es keine Position für Fachbücher und Reisen zu Kongressen und Veranstaltungen. Der sich dem Gemeinwohl verpflichtete Bürger muss die Freiheit haben, sich in einer Art ins politische Geschehen einzubringen, die seinen Arbeitsplatz gefährden könnte. Erst mit einem bedingungslosen Grundeinkommen gibt es einen wirklich unabhängigen demokratischen Souverän.

Maßgeblich inspiriert zu diesem Artikel wurde ich durch den Aufsatz von Sascha Liebermann im Buch „Das Grundeinkommen – Würdigung, Wertungen, Werte“ und durch den Begriff „Demokratiepauschale“, den ich in Beiträgen von Katja Kipping gefunden habe.

Das Grundeinkommen ist kostenlos

Alle wollen Kosten reduzieren. Je geringer die Kosten, umso besser gehe es uns. Doch was für das einzelne Unternehmen oder die einzelne Person richtig ist, trifft volkswirtschaftlich nicht zu.

Wenn ein Bäcker Personalkosten spart, indem er eine Maschine die Brötchen formen lässt, dann kann er seinen Gewinn erhöhen oder seinen Kunden billigere Brötchen anbieten. Wenn eine Familie die Milch dort kauft, wo der Liter 20 Cent billiger ist, dann kann sie sich zusätzlichen Konsum leisten.

Für die gesamte Gesellschaft ergibt sich hingegen ein anderes Bild. Denn die Kosten des einen sind immer die Einnahmen des anderen. Es gibt keine Kosten, die keine Einnahmen wären. Egal ob Zinskosten, Mietkosten, Personalkosten, Steuern oder Rohstoffkosten. Alle Kosten bestehen alleine deshalb, weil sie Jemandens Einkommen sind. Gäbe es dieses Einkommen nicht, dann gäbe es auch die Kosten nicht.

Wenn der eine seine Kosten senkt, dann senken sich unabänderlich die Einnahmen bei einem anderen. Kostensenkungen sind also volkswirtschaftlich gesehen zunächst ein Nachteil, weil sich das Gesamteinkommen senkt. Da dieser Nachteil aber genau der Vorteil dessen ist, der seine Kosten senkt, ändern Kostensenkungen an der Summe des gesamten Wohlstandes gar nichts, sie nutzen nichts und sie schaden nichts.

Und trotzdem: Unser heutiger Wohlstand, unsere Kultur wären nicht denkbar ohne ein jahrhundertlanges Ringen um Kostenreduktion. Wenn der Bäcker aus obigem Beispiel seinen Gesellen nicht mehr braucht, so befreit er diesen aus seiner bisherigen Arbeit und gibt ihm damit die Möglichkeit etwas anderes herzustellen. Die Gesellschaft hat dann weiterhin die bisherige Brötchenmenge und etwas Zusätzliches.

Zwar wird dem einzelnen Unternehmer die Produktivitätssteigerung durch einen Kostenvorteil schmackhaft gemacht, die eigentliche Ursache für die gesellschaftliche Wohlstandsverbesserung ist aber das Ringen um die effizientere Produktion, nicht das Ringen um niedrigere Kosten!

Denn es gibt auch Kostensenkungen, die den Wohlstand der Gesellschaft nicht erhöhen. Wenn ein Schwimmbad aus Kostengründen geschlossen wird, und der Bademeister dann gelangweilt auf dem Sofa sitzt, so hat diese Kostensenkung eine Verringerung des Wohlstandes der Gesellschaft zur Folge: Das Schwimmbad ist geschlossen, ohne dass es anderswo mehr oder zumindest gleichwertige Leistungen gäbe.

Kostensenkung kann somit nur dann dem Gemeinwohl dienen, wenn es unter dem Strich mehr oder bessere Produkte und Dienstleistungen gibt als vorher.

Das ist keine idealistische Forderung, es ist ein elementarer Zusammenhang.

Weitere Beispiele für Kostensenkungen ohne Wohlstandsgewinn: Das Umgehen von Umweltschutzauflagen, die Verringerung der Produktqualität, kürzere Beratungsdauer beim Arzt. Nur dann, wenn diese Maßnahmen anderswo mehr oder bessere Produkte und Dienstleistungen auslösen, erhöht sich der Wohlstand.

Volkswirtschaftlich gesehen gibt es also gar keine Kosten, es gibt nur eine Gesamtproduktion und deren Verteilung.

Ob das bedingungslose Grundeinkommen den Wohlstand erhöht oder nicht wäre eine berechtigte Frage. Wie seine Kosten zu finanzieren wären ist eine sinnlose Frage. Denn das Grundeinkommen ist kostenlos.

Ehrenmord und bedingungsloses Grundeinkommen

In manchen Kulturen werden Menschen nur deshalb umgebracht, weil sie den gesellschaftlichen Normen und Erwartungen nicht entsprechen. Tausende von Frauen, die sich in Sachen Heirat und Selbständigkeit nicht so verhalten, wie Ihre Gemeinschaft das erwartet, müssen deshalb ihr Leben lassen. Alleine in Deutschland soll es eine zweistellige Anzahl von Fällen jedes Jahr geben.

Wer das als dekadent und unmenschlich empfindet, sollte sich erst mal unsere eigene Gesellschaft ansehen. Menschen, die nicht arbeiten oder nicht bereit sind, sich den Erniedrigungen der Sozialbürokratie zu unterziehen, werden bei uns gnadenlos verfolgt. Sie erhalten kein Einkommen, auch die Leistungen nach ALG II werden ihnen entzogen. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft bedeutet der Entzug des Einkommens die existenzielle Vernichtung. Wer die Zwangsehe mit dem Jobcenter nicht eingeht, der wird mit dem Tode bestraft.

Diejenigen, die ihren Mitbürgern kein bedingungsloses Grundeinkommen zugestehen wollen, haben keinen Grund, auf die Gesellschaften mit Ehrenmord herabzusehen.

Schafft Grundeinkommen das Streikrecht ab?

Das Streikrecht gilt als wichtige Errungenschaft der bürgerlichen Emanzipation. Ein Grundeinkommen wäre ebenfalls ein großer Schritt zur bürgerlichen Mündigkeit. Was geschieht wenn beides zusammentrifft - wenn jeder Bürger ein bedingungsloses Grundeinkommen erhält und als Arbeitnehmer ein Recht auf Streik hat?

Recht auf Streik heißt (in Deutschland), dass Arbeitnehmer die Arbeit niederlegen können, ohne gekündigt zu werden. Allerdings erhalten sie für die Dauer des Streiks kein Gehalt, was die Streikfreudigkeit stark dämpft. Mit gewerkschaftlichen Rücklagen lassen sich ein paar Tage Streik überbrücken, längere und umfangreichere Streiks hingegen sind aus finanziellen Gründen sehr schwierig zu realisieren.

Mit einem Grundeinkommen sähe das völlig anders aus. Insbesondere wenn das Grundeinkommen hoch angesetzt ist, lässt es sich relativ bequem längere Zeit streiken. Da mit einem Grundeinkommen die Kaufkraft des Arbeitslohns für viele ohnehin niedriger wäre als heute, tut es gar nicht mehr so weh, wenn man kein Arbeitseinkommen erhält. Es wären Streiks denkbar, die wochen-, monatelang oder im Extremfall gar jahrelang auf breiter Basis laufen könnten. Die Streikenden sind nicht kündbar, also haben sie nach dem Streik wieder ein Recht auf Einstellung. In Verbindung mit dem Grundeinkommen könnten egoistisch agierende Arbeitnehmer das wirtschaftliche Leben lahmlegen.

Das Streikrecht abzuschaffen wäre zudem gar kein Verlust, weil es mit einem Grundeinkommen ohnehin seine Begründung verliert. Das Streikrecht soll dem Arbeitnehmer trotz wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Arbeitgeber eine starke Verhandlungsposition geben. Diese starke Verhandlungsposition hat er aber mit dem bedingungslosen Grundeinkommen automatisch in der Hand, denn er ist nicht mehr wirtschaftlich abhängig. Wem die Arbeitsstelle oder die Entlohnung nicht passt, der muss diese erst gar nicht annehmen oder er kann ohne Existenznot kündigen.

Noch ein Aspekt, warum das Streikrecht obsolet wird. Grundeinkommen setzt mit der teilweisen Entkopplung von Arbeit und Einkommen darauf, dass der Einzelne aktiv wird, weil er etwas für die Gemeinschaft tun will. Wem das Motiv seiner Arbeit ist, etwas für andere zu tun, wie käme er darauf, die Leistungserstellung für andere bewusst zu sabotieren? Heute sehen Arbeitnehmer es als Erfolg an, wenn sie durch Streiks einen möglichst großen Schaden anrichten, wenn sie also genau das Gegenteil dessen erreichen, was der Sinn ihres Berufes ist. Hätten Menschen in einer Gesellschaft mit Grundeinkommen Verständnis für solch eine Einstellung?

Einkommen ist keine Ernte

Wie früher der Bauer im Herbst die Kartoffeln erntete als Frucht seiner Arbeit, so erntet heute der Berufstätige am Monatsende sein Einkommen. Dieses Bild prägt ausgesprochen oder unausgesprochen unsere Vorstellung von der Natur des Einkommens. Dieses archaische Bild ist eingängig. Dieses Bild geht jedoch an der Realität vorbei. Es verleitet zu falschen Rezepten in gesellschaftlich wichtigen Fragen.

Ein großer Unterschied zwischen Kartoffeln und Geld ist folgender: Das Einkommen des einen sind immer die Kosten des anderen. Im Gegensatz zur Ernte, die unabhängig vom Ertrag auf den anderen Feldern ist. Die Ernte des einen ist mitnichten der Ausfall des anderen. Beim Gehalt verhält sich dies fundamental anders. Denn was der eine einnimmt, muss der andere ausgeben. Die Kosten des einen stellen das Einkommen des anderen dar. Man wird kein Beispiel finden, wo dem nicht so ist - es geht nicht anders.

Aus dem falschen Verständnis von dem Einkommen als Ernte entstehen folgenreiche Irrtümer.

Irrtum 1: „Es ist gut für die Gesellschaft, wenn die Einkommen steigen.“ Da die Einkommen des einen immer die Ausgaben des anderen sind, ändert sich volkswirtschaftlich in der Summe rein gar nichts, wenn sich Einkommen erhöhen. Die Forderung nach höheren Einkommen für alle ist die moderne Version von Münchhausen, der sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf gezogen hat. Nur leider nicht so lustig, da sie vom Blick auf die wirklichen Verhältnisse ablenkt. Ganz anders bei der Ernte, wo es der Gesellschaft umso besser geht, je reicher die Ernten sind.

Irrtum 2: „Jeder muss von seinem eigenen Einkommen leben können“ Da das Einkommen des einen immer die Kosten des anderen sind, kann keiner davon leben. Wie auch, wenn doch die Summe des gesamten Geldes (in etwa) gleich bleibt. Deshalb kann natürlich keiner von seinem Einkommen leben so wie der Bauer von seinen Kartoffeln lebt, die jedes Jahr neu nachwachsen.

Irrtum 3: „Wir brauchen Arbeitsplätze“ Wenn das, was für den Bauer seine Scholle war für den Arbeitnehmer sein Arbeitsplatz wäre, dann bräuchten jeder Mensch einen Arbeitsplatz. Da aber keiner von seinem Einkommen lebt (Punkt 2) ist es absurd, für jeden Menschen einen Arbeitsplatz zu fordern.

Irrtum 4: „Wer sein Gehalt spart, der sorgt vor wie der kluge Bauer, der bei guter Ernte für Notzeiten einlagert“. Wenn der Bauer in Notzeiten von seinen Vorräten zehrt, dann fällt er nicht seinem Nachbarn zur Last, bei dem er betteln müsste. Genau das tut aber der moderne Sparer: In Notzeiten tritt er mit dem gesparten Geld an die Gesellschaft heran, die dann für ihn zusätzlich etwas produzieren soll.

Wer also das Gehalt als die Ernte der Arbeit betrachtet, muss sich nicht wundern wenn alle Folgerungen die er daraus zieht unfruchtbar oder gar schädlich sind.

Arbeitsplatzwahn

Alle rufen nach mehr Arbeitsplätzen. Jeder, der etwas auf sich hält, brüstet sich damit, Arbeitsplätze zu schaffen. Aber ein Arbeitsplatz ist eigentlich gar nichts wert.

Was braucht der Mensch zum Leben? Brot zum Essen ein Dach über dem Kopf, ein Bett, Möbel, Kleidung, Fahrzeuge, gute Lebensmittel, Telefon und Internet, vielleicht alles noch in guter Qualität und reichem Umfang und mancher braucht vielleicht auch noch eine Segeljacht, um glücklich zu sein.

Aber wer braucht einen Arbeitsplatz? Dass alle diese Dinge erst durch menschliche Arbeit hergestellt werden müssen, ist doch eher notwendiges Übel als anzustrebendes Ziel. Deshalb versuchen sich die Menschen schon seit Jahrhunderten immer erfolgreicher um diese Arbeit zu drücken. Sie steigern die Effizienz der Produktion immer weiter. Um einen Kühlschrank herzustellen brauchte man 1960 noch 300 Arbeitsstunden, heute nur noch 24 Stunden (a)

Wer Arbeitsplätze fordert, meint aber eigentlich das Einkommen, um die gewünschten Produkte kaufen zu können, um an dem Produzierten teilhaben zu können. Und weil man sich ein Einkommen ohne Arbeit nicht vorstellen kann, verlangt man Arbeitsplätze.

Weil aber gar nicht mehr so viel Arbeit nötig ist, um die Dinge herzustellen, müssen dann zwangsweise immer mehr Dinge hergestellt werden, egal ob es einen Bedarf dafür gibt oder nicht. Notfalls müssen die Menschen in unproduktive Beschäftigungsinitiativen gezwungen werden, Hauptsache sie haben einen „Arbeitsplatz“.

Beispiel: Eine Firma stellt Tapeten her. Teilweise fürs eigene Land, teilweise auch für den Export. Angenommen, es gibt dort 500 Arbeitsplätze. Nun hat jemand die Idee, wie man durch neue Maschinen oder neue Verfahren die gleiche Menge an Tapeten auch mit 250 Arbeitsplätzen herstellen kann. Was würde geschehen? In der Öffentlichkeit hätte die Firma ein großes Imageproblem, weil sie so viele Arbeitsplätze abbaut. Aus Angst davor macht sie es vielleicht gar nicht. Wenn doch, dann haben 250 Menschen keinen Arbeitsplatz mehr, damit kein Einkommen und somit keine Berechtigung mehr, Produkte zu kaufen. Dabei gibt es doch genau so viele Produkte wie vorher! Über den Export erhalten wir auch weiterhin andere Dinge.

Entscheidend ist nicht die Zahl der Arbeitsplätze, sondern das, was hinten herauskommt. Je weniger Arbeit dazu erforderlich ist, umso besser. Man kann ja durchaus verlangen, dass es mehr Produkte und Dienste geben soll, wenn dafür ein Bedarf ist. Meistens werden hierzu neue Arbeitsplätze erforderlich sein. Die Sache aber umzudrehen, und Arbeitsplätze zu verlangen, ohne dass es einen Bedarf an Produkten gibt, ist verrückt. Durch ständige Berieselung mit dem Arbeitsplatzargument merken wir diese Verrücktheit nur nicht mehr.

Beispiel: Im Zuge der Diskussion um den Atomausstieg brüsten sich die Anbieter erneuerbarer Energien damit, dass sie Arbeitsplätze schaffen. Dies ist aber doch kein Vorteil, es ist ein Nachteil. Vielleicht der einzige Nachteil, aber es wäre doch noch viel besser, wenn die Energie ganz ohne menschliches Zutun käme! Die betreffenden Firmen wissen das, und rationalisieren zum Glück deshalb auch immer weiter. Nach außen hin aber müssen sie die „Arbeitsplatzfahne“ hochhalten.

Ebenfalls im Zuge der Diskussion um den Atomausstieg mahnen Betriebsräte der großen Stromkonzerne: „Der Ausstieg darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen“. Also eine völlige Umdrehung der Realitäten. Die Beschäftigten sind nicht dazu da, um für uns den Strom zu produzieren den wir haben wollen. Nein, wir müssen den Strom beziehen, damit es den Beschäftigten gut geht.

Wer würde eine Putzfrau für sich zu Hause anstellen und nachher damit prahlen: „Seit diese Putzfrau für mich arbeitet, habe ich viel mehr im Haus zu tun. Vorher reichte eine Stunde am Tag, nun aber erzeugt die Putzfrau so viel Arbeit, dass ich gottseidank jeden Tag eine Stunde früher aufstehen muss, um die Hausarbeit zu schaffen.“ Wunderliche Redensarten? Nach der Öffnung von Arbeitsmarktgrenzen in Europa hieß es sinngemäß: „Ja, es kommen nun viele ausländische Arbeiter. Aber indirekt schaffen diese hier viel mehr Arbeitsplätze, als sie uns wegnehmen!“

Aber Arbeit schafft doch auch Sinn und Lebensfreude? Ganz genau. Jedoch nur dann, wenn man dort anpackt, wo etwas zu tun ist, wo eine Aufgabe ruft. Nicht dort, wo es lediglich einen „Arbeitsplatz“ gibt. Und zu tun gibt es immer etwas. Wo es nichts mehr zu tun gibt, hat das Leben wohl auch keinen Sinn mehr. Aber dieses „Tun“ muss man viel tiefer und umfassender sehen als es die Arbeitsmarktdiskussion kennt. Arbeit kann auch sein, ein schwieriges Buch zu lesen, sich zu bilden, oder nach dem Ruf des Lebens zu suchen. Oder diesen Text hier zu lesen. Oder zu sehen, wo welche Hilfe gebraucht wird und das dann umzusetzen. Und sei es zu sehen, dass es ein Bedürfnis nach Segeljachten gibt.

(a) Handelsblatt, 24.3.2008. „Kaufkraft der Lohnminute“. Vereinfachend wird

angenommen, dass die Lohnminute auch der Arbeitsminute entspricht.

Keiner lebt von seiner Arbeit

„Wir müssen die Menschen befähigen, von Ihrer eigenen Arbeit zu leben“ ist ein oft gehörter Satz. Solches Denken führt aber in eine Sackgasse, weil heute kein Mensch mehr von seiner Arbeit lebt.

„Doch, ich lebe doch von meiner Arbeit“ werden viele sagen, die einen festen Arbeitsplatz haben und mit ihrem Einkommen vermeintlich sich und ihre Familie ernähren. Aber haben sie das Getreide ihres Brotes selbst angebaut, geerntet, gedroschen, gemahlen und gebacken? Haben sie ihre Schuhe selbst gemacht? Haben sie die Fenster ihrer Wohnung selbst hergestellt, das Glas geschmolzen, geschnitten, den Rahmen hergestellt und das Fenster eingebaut? Haben sie das Radio- oder Fernsehprogramm, Zeitungen und Bücher selbst produziert? Heute lebt kein Mensch mehr von seiner Arbeit, alle leben von der Arbeit anderer!

Das ist keine Definitionsfrage, das ist eine Frage auf Leben und Tod. Denn ohne die Arbeit anderer, ohne die Teilhabe an unserer Kultur könnten wir nicht überleben.

Was hat das mit dem Grundeinkommen zu tun? Wenn wir nicht wollen, dass Menschen sterben, wenn wir möchten, dass jeder an unserer Kultur teilnehmen kann, dann braucht auch jeder ein Einkommen.

Dieses Einkommen gestehen wir auch schon heute fast jedem zu, nur dass es an bestimmte Bedingungen wie einen Arbeitsplatz oder Nachweis der Nicht-Arbeitsfähigkeit geknüpft ist. Und nun ist es die große Frage, ob man das Existenzrecht an Bedingungen knüpfen will. Selbst den schlimmsten Verbrechern entziehen wird nicht das Existenzrecht, sie haben im Gefängnis zu essen und ein Dach über dem Kopf. Wieso knüpfen wir dann das Existenzrecht an Bedingungen?

Kosten uns die Hartz-IV-Empfänger etwas?

Oft liest man, dass die Hartz-IV-Empfänger den Staat so und so viel Euro kosten. Aber kostet nicht jeder Mensch etwas? Bekommt nicht letztlich jeder ohnehin zu Essen, ein Dach über den Kopf und einiges mehr - sei er Sozialhilfeempfänger oder Millionär? Das kann man alles in Geldbeträgen ausdrücken und Geldbeträge sind Kosten.

Man wird einwenden: „Aber viele tun ja nichts dafür.“ Wenn man das meint, dann sollte man nicht von den Kosten sprechen, sondern von dem angeblich fehlenden Arbeitsbeitrag. Kosten sind es jedenfalls nicht.

Jeder bekommt Geld als Gutschein für eine gewisse Teilhabe an den produzierten Dingen und Leistungen. Die Tatsache, dass manche das Geld für Lohnarbeit bekommen und manche als Transfer, ist von den Kosten her eigentlich egal. Wo der Mensch zum Kostenfaktor wird, hört der Mensch auf, Mensch zu sein. Denn ansonsten wäre es doch am aller kostensparend, die Menschen abzuschaffen, die vom Staat Transfer bekommen! Wenn nur nicht dieses lästige Grundrecht auf Unversehrtheit solche hohen Kosten erzeugen würden. Am besten schafft man die ganze Menschheit ab, dann hat man gar keine Kosten mehr. Unser gesamtes Bruttosozialprodukt ist doch ein einziger Kostenberg der nur und ausschließlich deshalb anfällt, weil hier Menschen leben. Ohne Menschen betrüge das Bruttosozialprodukt Null Euro, es würden

gar keine Kosten anfallen.

Ist Grundeinkommen beweisbar?

Auch wenn viel und gern über die Frage diskutiert und gestritten wird, ob ein Grundeinkommen der richtige Weg sei: Im Grunde kann man nicht beweisen, dass das bedingungslose Grundeinkommen funktioniert. Man kann nicht zwingend seine Finanzierbarkeit darstellen. BGE könnte auch scheitern.

BGE ist eine Einstellung. Man kann zwar mit Zahlen zeigen, dass die Zusammenhänge realistisch sind, man kann es aber nicht zwingend und exakt beweisen. Es könnte auch sein, dass mit Einführung des BGE fast keiner mehr arbeitet und unsere Versorgung zusammenbricht. Es könnte sein, dass viel mehr gearbeitet wird, und Umweltschäden entstehen. Es könnte sein, dass die Gewerkschaften bedeutungslos werden, es könnte sein, dass sie in einer neuen Rolle erstarben. Es könnten auch ganz andere Dinge passieren. Partnerschaften auseinander gehen, Wohnformen sich ändern. Vielleicht erstarbt auch durch irgendwelche Effekte bei uns der Islam, ändert sich der Drogenkonsum oder oder. Man kann nicht in die Zukunft schauen. Gerade das BGE setzt ja auf die Freiheit der Menschen. Freiheit ist nicht planbar.

Man konnte auch nicht „beweisen“, dass die Abschaffung der Sklaverei richtig war. Man konnte nicht beweisen, dass mit Einführung freier Wahlen für jeden der Staat nicht im Chaos versinken würde. (Was zeitlich kausal in Deutschland ja auch geschah). Als Atomenergie eingeführt wurde, konnte man auch nicht beweisen, ob es eine Massenbewegung dagegen geben wird. Man konnte nicht beweisen was durch die Einführung des elektrischen Lichtes passieren und nicht passieren würde. Wer hat die Finanzkrise vorausgesagt? Wer hat den Photovoltaik- und Windenergieboom vorausgesagt?

Letztlich kann man alle diese Dinge nicht beweisen und voraussagen, man kann nur das Richtige tun. Und richtig ist das, was man für richtig hält.

Das gilt andersherum natürlich genauso. Gegner der BGE können den Beweis nicht erbringen, dass es keine Probleme gibt, wenn wir so weiter machen wie bisher. Sie können nicht beweisen, dass BGE nicht funktioniert.

In diesem Sinn kann man für das BGE werben, als einer Sichtweise, einer Werteordnung. Man kann zeigen, dass die Machbarkeit vorstellbar ist. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Wäre es eindeutig beweisbar, dann bräuhete man auch nicht lange zu diskutieren. No Risk, no fun.

Auch wir schaffen Arbeitsplätze

„Meine Damen und Herren, ich möchte heute auf einen Zweig unseres Wirtschaftssystems zu sprechen kommen, der leider völlig zu Unrecht bisher als Jobmotor ignoriert wird. Dabei nimmt kein Mitglied unseres Verbandes irgend jemand seinen Arbeitsplatz weg. Im Gegenteil: Wer ist es denn, der massenhaft Arbeitsplätze im Security-Sektor schafft? Ohne uns säßen tausende von Wach- und Schließleuten von heute auf morgen auf der Straße! Stattdessen wird der Bankräuber als unnützlich und schädlich diffamiert von denen, die es eigentlich besser wissen müssten: Jeder Banküberfall hinterlässt

traumatisierte Zeugen und Opfer, an denen ein Heer von Ärzten, Seelsorgern und Psychiatern ihr Können anbringen darf. Auch für Arbeitsplätze im gehobenen Dienst bei der Patrizier ist gesorgt. Im Idealfall gibt es sogar einige Schwerverletzte, die langjährig Arbeitsplätze von Krankenpflegern und Erzen erhalten! Ferner profitiert das Handwerk, wenn die aus dem Einschüssen entstandenen Schäden beseitigt werden, Putzfrauen müssen das Blut wegwischen und die Textilindustrie und ihre gewerkschaftlichen Vertreter können doch gegen den Einsatz von Strumpfmasken auch nichts einwenden. Wissenschaftliche Studien unseres Verbandes zeigen, dass je 1.000 erbeuteten Euro 0,15 langfristige Arbeitsplätze geschaffen werden. Dabei ist noch gar nicht eingerechnet, dass 49 % aller Bankräuber erwischt werden, und dann nicht nur das erbeutete Geld zumindest größtenteils zurückzahlen können, sondern auch langjährige, teilweise lebenslange Arbeitsplätze beim Justizvollzug und in der Justiz schaffen. Daher, meine Damen und Herren ist es mir völlig unverständlich, dass die bescheidenen Forderungen unseres Verbandes bisher noch von keinem Politiker aufgegriffen wurden: Ein von der Bundesagentur für Arbeit finanziertes Katalog aller Geldinstitute mit Kurzbeschreibung der Anfahrts- und der Fluchtwege, sowie eine Festschreibung in der Bauordnung, dass sich die Türen in Banken nach außen öffnen. Das, meine Damen und Herren wäre das Mindeste, was wir dem Jobmotor Bankräuberei schulden!“



Feldversuch für Grundeinkommen - eine gute Idee?

Immer wieder wird vorgeschlagen, doch in einem Feldversuch zu testen, ob ein Grundeinkommen funktioniert.

Man will ein paar hundert oder tausend Leute nehmen, die dann ein, zwei oder drei Jahre lang ein Grundeinkommen erhielten und dann würde man schon sehen, ob es geht oder nicht.

Halt! Bevor man soviel Geld ausgibt (für 1.000 Leute 3 Jahre lang 1.000 Euro im Monat macht 36 Millionen Euro), sollte man überlegen was man da eigentlich untersuchen will.

So ist es etwas völlig anderes zu wissen, dass man ein Grundeinkommen wirklich ein Leben lang bekommt, oder nur eine befristete Aufstockung erhält. Wer einen Arbeitsplatz hat auf dem er es einigermaßen aushält wird das Geld schlichtweg für seine Altersversorgung zurücklegen und sonst gar nichts. Es wird auch keinen kulturellen Wandel geben, nur weil ein paar hundert Menschen Geld bekommen. Und wer derart im Fokus des öffentlichen Interesses ist, wird sich auch nicht 'normal' verhalten. Außerdem kann solch ein Einkommen kaum bedingungslos sein, denn man wird zur Bedingung machen müssen, dass man sich ausführlich untersuchen lassen muss, sonst wäre das ganze ja wissenschaftlich völlig für die Katz. Und am wichtigsten: Das Grundeinkommen würde von anderen erarbeitet, man „beweist« so nur, dass

Grundeinkommen eine extrem teure Spielerei ist. Nicht aber, dass es in die Gesellschaft integriert werden kann.

Eigentlich sollte man Neues immer erst im Kleinen auszuprobieren, bevor man die ganze Welt damit beglücken will. Aber es gibt Dinge, da geht das nicht. Was wäre eine versuchsweise Abschaffung der Sklaverei (mal gucken, ob sich die Sklaven anständig verhalten), ein Wahlrecht für Frauen auf Probe (mal sehen, ob die überhaupt vernünftig wählen) oder eine befristete Abschaffung der Prügelstrafe in Schulen (um zu erforschen, ob die Kinder dann auch was lernen). Was wäre Liebe auf Probe?

Allen Beispielen ist gemeinsam, dass die eigentliche Kraft, das Motiv, nicht im Empirischen zu suchen ist.

Natürlich wird man ein Grundeinkommen nicht von heute auf morgen einführen. Die Versuche werden aber nicht in der Realität, sondern in der Phantasie, in den Köpfen und Herzen der Menschen durchzuführen sein. Und da kann jeder sofort mit einem Test des Grundeinkommens anfangen!

Die Umsetzung kann dann eher schrittweise als probeweise erfolgen: Grundeinkommen für Kinder, für Alte, Krankenversicherung für alle aus den Verbrauchssteuern und so weiter.

Jeder Mensch ist ein Sozialfall

Wer will gern ein „Sozialfall“ sein? Wer würde sich als „sozial schwach“ bezeichnen? Oder gar als „asozial“? Viele Begriffe, die das Wort „Sozial“ enthalten, haben etwas sehr Abwertendes.

Wenn „Sozial“ die Gesellschaft bedeutet, dann wäre sozial schwach so etwas wie „von geringer Bedeutung für die Gesellschaft“.

Man stelle sich einen Hartz-IV-Empfänger auf einem Fahrrad vor neben einem Geländewagen, den ein betuchterer Mensch fährt. Auf den ersten Blick wird man den Radfahrer als sozial schwach und den Autofahrer als sozial integriert bezeichnen. Aber völlig zu Unrecht. Der Geländewagenfahrer schafft sich eine Sicherheit im Verkehr, die zum Nachteil der anderen Verkehrsteilnehmer gerät. Durch die Panzerung ist sein Gefährt so groß und schwer, dass er beim Zusammenstoß andere erheblich verletzt oder gar tötet. Sich auf Kosten anderer zu schützen ist nicht sozial, das ist sozial schwach.

Mit einem hohen Benzinverbrauch belastet der Geländewagenfahrer die Umwelt und verbraucht übermäßig Rohstoffe. Wenn ein Teil des Benzins aus Palmöl gewonnen wird, verknappt er auch noch die Anbaufläche für Lebensmittel. Zudem werden Kriege geführt, um seinem Treibstoffhunger zu stillen. Lärm und Dreck runden seinen sozialen Beitrag ab.

Kurz: der Geländewagenfahrer lebt sehr stark auf Kosten anderer. Wie kommen wir dazu jemanden, der alles für sich haben will, dem die Sicherheit und das Wohlergehen anderer Menschen offenbar ziemlich egal ist, als sozial integriert zu bezeichnen, den Hartz IV - Empfänger hingegen als sozial schwach?

Vielleicht schafft der genannte Autofahrer ja beruflich Dinge, die für die Gesellschaft wichtig sind. Womit er die genannte Rücksichtslosigkeit mehr als kompensiert.

Warum hat dann aber zum Beispiel der Beruf einer Putzfrau eine so geringe Bedeutung, dass man sie fast zu den sozial Schwachen zählt? Ist die soziale Leistung eines Geldbesitzers, der von seinen Zinsen lebt nicht viel geringer?

In unserer arbeitsteiligen Gesellschaft ist jeder von den Arbeitsprodukten anderer Menschen abhängig. Insofern ist jeder ein Sozialfall. Ob ein Mensch im Saldo mehr leistet oder mehr beansprucht lässt sich kaum ermitteln. Denn nur ein Teil der Leistungen und nur ein Teil des Konsums lässt sich in Geld ausdrücken, und selbst hierbei sind die Preise für Leistungen und Konsum auch nicht zwangsläufig exakt richtig und gerecht.

Und selbst wenn sich der saldierte „Beitrag“ eines Menschen messen ließe, würde dies nichts über seine Zugehörigkeit zur Gemeinschaft sagen. Denn dazu gehört man weil man ein Bürger ist, egal was man produziert.

Natürlich gibt es Menschen, die in einer Gemeinschaft mehr anerkannt sind, und solche, die weniger anerkannt sind. Der Chefarzt genießt eine höhere Anerkennung als die Krankenschwester, der Professor mehr als der Student, der Redegewandte mehr als der Schweiger. Aber selbst über diese Beispiele könnte man diskutieren. Erst recht darüber, ob der General eine höhere Anerkennung verdient als ein Freiwilliger im Friedensdienst. Oder ob ein Steuerberater überhaupt etwas für das Gemeinwohl leistet (Steuern die der eine weniger zahlt, muss der andere mehr zahlen) und ein völlig erfolgloser Erfinder nicht doch viel geleistet hat (er hat etwas ausprobiert). Schon gar nicht sollte man

die, die weniger anerkannt sind und weniger Macht haben als sozial schwach abwerten.

Das Grundeinkommen würde der Tatsache gerecht, dass jeder Mensch ein Sozialfall ist. Und es würde den Zusammenhang zwischen Einkommen und sozialer Stellung lockern.

Vollbeschäftigung

Alle reden von Vollbeschäftigung: Politiker, Journalisten, Industrie, Gewerbe und Gewerkschaften. Vollbeschäftigung muss her, sie ist die Zielgröße allen Handelns. Vollbeschäftigung – das Wort verrät schon alles. Die Menschen sollen voll beschäftigt werden. Warum eigentlich? Aus Sorge, dass die Bürger nichts mit sich anfangen können, wenn Sie mehr Zeit haben? Dass die Leute gar beginnen nachzudenken? Dass sie eigene Ideen entwickeln könnten?

Keine Beschäftigung ist sinnlos genug, wenn das hehre Ziel Vollbeschäftigung heißt. Ob es darum geht, den Sound von zufallenden Autotüren zu verbessern, Kindern ungesunde Ernährung anzudrehen oder künstlich abgewrackte Autos wieder neu zu produzieren – Hauptsache, die Menschen sind beschäftigt!

Zur Not wird man eben in sinnlose 1 Euro Jobs gesteckt oder zumindest als Bittsteller im Behörden-Marathon beschäftigt. Aber auch nach Feierabend geht das Beschäftigungsprogramm weiter. Man muss sich den passenden Stromanbieter aussuchen, den preiswertesten Telefonanschluss und die günstigste Versicherung. Man muss sich mit Software-Updates und Virenschutz rumschlagen. Als Prosumer erledigt man auch alle seine Bankgeschäfte selber und bucht seine Fahrkarten selbst. Damit es keinem langweilig wird, ändert sich alles ständig. Wer nicht mitmacht, wird mit deftigen Mehrkosten oder gar Ausschuss bestraft. Und damit wir in der restlichen Zeit auch noch voll beschäftigt sind, ruft uns Plakatwerbung zum Fernsehen auf.

Man kann gar nicht früh genug anfangen mit der Beschäftigung. Schon Babys werden in die Betreuung gebracht, dann könnten nicht nur die Eltern wieder beschäftigt werden, sondern auch die Kinder werden vor der eigenen Kreativität geschützt. Am besten ganztags, am besten immer mit Beschäftigungsprogramm.

Ich will hier keine Verschwörungstheorie aufbauen, zumal ich keinen „Täter“ identifizieren kann. Real ist dieser Geist aber da, der uns alle beschäftigen will.

1000 Euro im Monat, bedingungslos. Können Sie das aushalten?

Testen Sie selbst, ob das bedingungslose Grundeinkommen für Sie eine Alternative sein kann. Hierzu können Sie entweder 10 Fragen [online](#) beantworten, oder Sie können den Eignungstest als [Datei](#) herunterladen

Finanzierung - kein Buch mit sieben Siegeln!

Die Frage der Finanzierung taucht in fast jedem Gespräch über das BGE auf. Sie wird meist als schwierig dargestellt, oder man glaubt oder behauptet eben, dass Fachleute das ganze als finanzierbar durchgerechnet haben. Die Sache lässt sich aber ganz einfach und ohne eine einzige Zahl darstellen.

Zunächst ist es einleuchtend, dass die gesamte Kaufkraft und damit das gesamte Einkommen der Bürger nach Einführung eines BGE nicht höher sein kann als heute. Ansonsten wäre eine höhere Produktion nötig, naheliegender ist es aber, zunächst von einer gleich hohen Produktion auszugehen. Wenn nun zusätzliches Einkommen in Form eines BGE ausgeschüttet wird, dann muss die Kaufkraft der bisherigen Einkommensarten somit zwangsläufig und in gleichem Maße geringer werden. Es muss also auf irgendeine Weise die Summe der bisherigen Einkommen verringert werden, es muss etwas abgezwickelt werden. Zu den „bisherigen Einkommen“ zählen neben dem Arbeitslohn alle Arten von Transfers, Renten usw. Und genau dieses „Abgezwickelte“ steht dann aber auch für die „Finanzierung“ des BGEs zu Verfügung! Es geht hier um die nationale Gesamtsumme an Einkommen, im Einzelfall muss das neue Gesamteinkommen inklusive BGE nicht exakt dem alten Einkommen entsprechen.

Insofern gibt es zunächst auch gar nichts zu berechnen, was die „Finanzierbarkeit“ eines BGE beweisen könnte. Es ist auf jedem Fall finanzierbar, am Geld kann es nicht scheitern.

Man wird nun einwerfen, diese Argumentation sei zu einfach. Und normalerweise funktionieren die Beweise einer Finanzierbarkeit des BGEs so, dass Zahlen zusammengetragen werden über Einkommen, Steuersätze usw. Dann wird gerechnet und es kommt heraus, dass das Grundeinkommen finanzierbar ist. Bloß, diese Rechnungen kann kaum einer aus dem Stand heraus nachvollziehen und sie bergen die Gefahr, dass man den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht, dass der an sich einfache Zusammenhang der Entkopplung von Arbeit und Einkommen unter einem Berg von Tabellen und Statistikzahlen verschüttet wird. Und im Gespräch kann man damit schon gar keinen überzeugen. Die Aussage „Die Finanzierbarkeit wurde durch Studien und Dissertationen bewiesen“ ist in der Gesprächssituation kein überzeugender Beweis, sie macht noch nicht einmal neugierig. Denn was ist nicht alles schon für ein Unsinn durch Studien „bewiesen“ worden, und wer will sich schon die Mühe machen, Studien durchzuackern.

Diese einfache Argumentation aber ist verständlich. „Wenn wir die bisherigen Einkommen aufteilen in einen bedingungslosen Anteil und einen konventionellen Anteil, dann kann kein Geld fehlen“. Zumal die Umverteilung beim BGE zwar riesige Dimensionen hat, aber weniger zwischen arm und reich erfolgt sondern vor allem innerhalb jedes Einzelnen.

Diese einfache Argumentation banalisiert nicht, sondern trifft genau den Kern der Sache. Man braucht ja auch keine Dissertation in Tieranatomie, um zu beweisen, dass bei allen Hunderrassen die Beine bis zum Boden reichen. Niemand braucht eine Expertise, um festzustellen, dass $100 = 40 + 60$ ist.

Genausowenig braucht man Wirtschaftsprofessoren um auszudrücken, dass uns kein Geld fehlt, wenn wir das bisherige Einkommen (100) aufteilen in einen Grundeinkommensanteil (40) und einen verminderten klassischen Anteil (60).

Aus dieser einfachen Argumentation, ergeben sich aber auch ganz handfeste Konsequenzen und Fragen.

A Man muss bei einem BGE für das zusätzliche Mehreinkommen länger arbeiten als bisher (Für einen Kuchen mehr (!) muss man dann möglicherweise 60 statt 30 Minuten arbeiten).

B Auf welche Art soll das Abzwacken erfolgen? Wie werden die unterschiedlichen Einkommensarten und unterschiedliche Menschen behandelt?

Bei Punkt A stellt sich die Frage, ob die Menschen bereit sind, für weniger Arbeits-Einkommen (nicht Gesamteinkommen) noch genausoviel zu arbeiten - genauer: genausoviel zu produzieren - wie heute. Hierzu ist schon viel gesagt worden, was hier nicht wiederholt werden muss. Stichworte Effizienzsteigerung, Arbeitszufriedenheit, Kreativität, soziale Anerkennung. Das darf man auch anzweifeln, dann ist man aber nicht mehr bei der Frage nach der Finanzierung. Die Aussagen „Erstens ist das BGE nicht finanzierbar und zweitens arbeitet dann keiner mehr“ sind gar nicht zwei verschiedene Aussagen, sondern nur die eine, dass dann „keiner mehr arbeitet“. Dann ist man aber nicht mehr bei der Frage der Finanzierung, sondern bei Fragen der Arbeit und der Arbeitsmotivation.

Punkt B ist die Frage, wie das bisherige Einkommen technisch verringert und als BGE verteilt wird. Das Geld fließt von der Bezahlung von Produkten an der Ladentheke durch die Betriebe durch bis zur Bezahlung der Mitarbeiter und Kapitalgeber. Irgendwo auf diesem Weg muss das Geld abgezackt werden. Das kann als Einkommensteuer sein, das können Unternehmenssteuern sein, es kann eine Umsatzsteuer sein. Bei der Umsatzsteuer bliebe das Einkommen nominell gleich, aber die Kaufkraft würde sinken, was effektiv auch eine Einkommensreduktion ist. Alle Formen haben ihre Vor- und Nachteile, mit der BGE-Diskussion hat die Wahl einer dieser Formen nicht sehr viel zu tun, denn alle Formen würden funktionieren. Ich sympathisiere sehr mit der Umsatzsteuer. Natürlich muss man die Höhe dieser Steuern ermitteln, und hierzu braucht man dann in der Tat Berechnungen, um zumindest die Größenordnung abschätzen zu können. Denn es gibt viele Schrauben zur Verringerung des klassischen Einkommens an denen gedreht werden kann: Wegfall von Sozialhilfe, Wegfall des Kindergeldes, Wegfall der Ehegattensplittings, zusätzliche Energiesteuern, Kapitalertragssteuern, unterschiedliche Umsatzsteuersätze usw. usf. Das sind aber keine typischen Fragen zum BGE. Schon heute kann man auch ohne BGE alle diese Steuerarten hinterfragen und verändern und man braucht in der Summe einen ausgeglichenen Haushalt. Es wären unendlich viele „Finanzierungsmodelle“ möglich, die alle funktionieren würden. Welches Modell man wählt, wird von der sozialen Akzeptanz, der Einfachheit usw. abhängen. Die Frage, ob man ein BGE will oder nicht ist aber eine ganz andere.

Fazit: Da es beim BGE um eine gewisse Entkoppelung von Arbeit und Einkommen geht, werden zwangsweise klassische Einkommen niedriger. Dieser Betrag steht dann zur „Finanzierung“ eines BGE zu Verfügung. Durch welche Maßnahmen die klassischen Einkommen verringert werden ist vom Grundsatz

her irrelevant.

Finanzierung - das Nadelöhr des BGE?

Meinungen wie „ein BGE wäre ja schön, aber hoffentlich können wir es auch finanzieren“ oder „das BGE taugt nichts, weil es nicht finanzierbar ist“ werden von Sympathisanten oder Gegnern eines BGE gerne geäußert.

Doch das ist grotesk. Genauso grotesk, wie wenn jemand äußern würde: „Fußball finde ich toll, ein großes Problem dabei aber ist dieser blöde Ball, der da ständig hin und her fliegt. Erst wenn das Ballproblem gelöst ist, wird Fußball eine Chance haben“.

Fußball IST das Spiel mit dem Ball und Grundeinkommen IST die teilweise Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Die Einkommen, die heute schon da sind, werden einfach nach einem anderen Schlüssel verteilt. Da gibt es nichts zu finanzieren. Das bedingungslose Grundeinkommen IST seine Finanzierung. Das, was man Grundeinkommen nennt und seine Finanzierung, das sind nicht zwei verschiedene Dinge, sondern ein und dasselbe.

Dass dies oft nicht klar ist, fußt auf einem Verständnis des Grundeinkommens als einem individuellen Geldsegen für jeden Einzelnen. Vergleichbar etwa mit dem Wunsch nach einer Weltreise. Man kann sich eine Weltreise wunderbar vorstellen, ohne einen Gedanken an deren Finanzierung zu haben. Dass ich mir solch einen Luxusurlaub nicht leisten kann, merke ich erst dann, wenn es ans Bezahlen geht. Ein Grundeinkommen für alle ist aber überhaupt nicht anders denkbar, außer, indem man gleich die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen mitdenkt und damit ist die Finanzierung überhaupt kein Thema. Alleine schon die Worte, dass man ein „Einkommen“ noch „finanzieren“ müsste muten merkwürdig an. Ausgaben muss man finanzieren, aber keine Einnahmen.

Man kann das Grundeinkommen wollen oder nicht wollen, es kann scheitern oder nicht scheitern. Dass dabei Arbeit und Einkommen teilweise entkoppelt werden, kann aber nicht das Nadelöhr eines solchen Projektes sein, es IST das Projekt!

Wie hoch soll das Grundeinkommen sein?

Wie hoch soll ein Grundeinkommen sein? 500 Euro, 700 Euro oder gar 1000 Euro im Monat? Eine einfache Überlegung zeigt zumindest die Obergrenzen auf.

Jedes Jahr konsumieren alle Deutschen zusammen eine gewisse Menge von Produkten und Dienstleistungen. Mit diesem Privatkonsum ist alles gemeint, was die Bürger selber bezahlen. Also Essen, Wohnung, Güter usw. Man muss sich klarmachen, ob man die Krankenversicherung hinzunimmt oder nicht, hier soll sie enthalten sein.

Zählt man diese gesamten Konsumausgaben zusammen, dann kommt man in Deutschland derzeit auf einen Betrag von 1.800 Milliarden Euro jährlich. Gleichmäßig umgelegt auf alle Bürger ergäbe das etwa 1.800 Euro je Monat.

(In Deutschland hilft diese einfache Eselsbrücke: Weil 12 Monate mal 82 Millionen Einwohner etwa einer Milliarde entspricht, kann man sich merken: 1 Euro je Kopf und Monat entspricht 1 Milliarde Euro je Jahr in der BRD).

Bisher erhalten die Bürger dieses Geld für den Konsum aus dem Nettogehalt, aus Kapitaleinkünften, aus Renten und aus Transferleistungen.

Das BGE kann unmöglich höher als der Pro-Kopf Konsum sein, weil wir ja sonst mehr konsumieren und damit auch mehr produzieren müssten. Die Gesamtproduktion könnte sich zwar nach nach Einführung eines BGE nach oben oder unten ändern, es soll hier aber von einem gleich hoch bleibenden Gesamtkonsum bzw. einer gleichbleibenden Gesamtproduktion ausgegangen werden.

Aus diesem Grund müssen mit Auszahlung eines zusätzlichen BGE an alle Bürger die bisherigen Einkünfte auch zwingend sinken, zumindest deren Kaufkraft.

Rein theoretisch kann das BGE also maximal dem bisherigen Konsum entsprechen, also ca. 1.800 Euro je Monat. Ein BGE in dieser Höhe hätte aber kuriose Folgen: Es gäbe überhaupt keine Einkünfte mehr aus Erwerbsarbeit, alle würden genau gleich viel verdienen, sämtliche marktwirtschaftlichen Mechanismen würden außer Kraft gesetzt.

Vernünftig wäre es aber, wenn wir im Durchschnitt unser Einkommen etwa zur Hälfte als BGE und zur anderen Hälfte als Gehalt o. ä. erhalten würden. Vielleicht darf das BGE auch etwas mehr als 50 % sein, von der 100 % Marke muss es aber ausreichend weit entfernt sein. Vielleicht ist 60 % ein guter Wert, da auch die Armut oft an dieser Marke gemessen wird. Es ergäbe sich ein BGE von etwa 840 Euro je Person. Hiervon müssen etwa 200 Euro für die Krankenversicherung abgeführt werden. Erhalten Kinder weniger BGE, dann kann sich der Betrag für Erwachsene etwas erhöhen.

Automatische Anpassung des Grundeinkommens

Wie entwickelt sich die Höhe des Grundeinkommens, wenn es einmal eingeführt wurde? Wie lässt sich vermeiden, dass es durch Inflation im Lauf der Jahre in die Bedeutungslosigkeit absackt? Sollte in jedem Wahlkampf heftig über Grundeinkommen rauf oder runter diskutiert werden?

Letzteres verbietet sich eigentlich. Wenn das Grundeinkommen durch immer neue Diskussionen systematisch immer wieder neu in Frage gestellt würde, dann ist es ein Almosen nach Kassenlage aber kein Grundrecht mehr. Gerade die, die in Erwartung eines Grundeinkommens fürs Alter wenig zurücklegen, würden dadurch sehr verunsichert werden und somit gäbe es dann faktisch doch einen Zwang zur Erwerbsarbeit, weil man sich auf das Grundeinkommen nicht verlassen kann.

Manche plädieren daher für einen Warenkorb, dessen Preis das jeweilige Grundeinkommen ergibt. Doch solch ein Modell hat mehrere Nachteile

- Man muss immer wieder neu über den Warenkorb diskutieren, denn Produkte und Bedürfnisse ändern sich.
- Solch ein Modell kann sich selbst abwürgen. Wenn zum Beispiel insgesamt weniger gearbeitet und konsumiert wird, dann müssen die Steuern steigen, um das Grundeinkommen zu finanzieren. Dadurch vergeht den Menschen noch etwas mehr die Lust an Erwerbsarbeit und Konsum, die Steuern steigen noch weiter: Das System ist labil!

Wäre es nicht viel einfacher, einen bestimmten Anteil des Privatkonsums als Grundeinkommen zu definieren? Beispielsweise so, dass 40 % des Geldwertes des landesweiten Privatkonsums gleichmäßig als Grundeinkommen ausgezahlt wird? Dies hätte zur Folge

- Wenn das Wohlstandsniveau in der Gesellschaft sinkt, dann sinkt auch das Grundeinkommen. Wenn man bedenkt, dass Armut heute vor allem eine relative Armut ist, dann ist das völlig in Ordnung. Wenn alle sich mit kleinen Appartements, einfacherem Essen und einem Fahrrad zufrieden geben sollten (warum eigentlich nicht?), dann kann auch ein Grundeinkommen klein ausfallen, Menschen ohne Erwerbsarbeit werden dabei nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt, weil sie ja immer noch einen angemessenen Anteil des allgemeinen Wohlstandsniveaus halten können,
- Wenn aber der Wohlstand insgesamt steigen sollte, fast jeder zwei Autos und einem Bungalow besitzt und sich nur noch als Feinschmecker ernährt (warum eigentlich nicht?), dann müssen auch alle einen höheren Grundsockel haben, damit niemand ausgegrenzt wird.
- Solch ein Verfahren ist stabil. Es kann sich nicht selbst abwürgen, weil die Höhe des BGEs immer mit dem allgemeinen Wohlstand mitschwimmt.
- Das Verfahren ist bodenständig weil jedem Bürger klar wird, dass sich die Höhe des BGE aus der Produktion ergibt. Nur was produziert wird, kann auch verteilt werden. Wir leben von einer funktionierenden Gesellschaft, das Geld ist nur eine Zuteilungsgröße.
- Das Charmante an dieser Vorgehensweise ist, dass der Verteilschlüssel und die Finanzierung des Grundeinkommens exakt das gleiche sind, wenn die Verbrauchssteuern zur Finanzierung herangezogen werden. Wird zum

Beispiel auf die Nettopreise eine 100 % BGE-Abgabe geschlagen, dann entspricht das Grundeinkommen für jeden Bürger genau der Hälfte des Durchschnittskonsums. (Etwas exakter gerechnet müsste man den Staatskonsum noch herausnehmen).

- Somit ist dieses Modell sehr einfach und unbürokratisch umzusetzen, man muss es „nie“ mehr nachjustieren, und es ist jedem verständlich: „Wenn ich mir für einen Euro etwas kaufe, dann tate ich mit einem Solidarbeitrag von 50 Cent dazu bei, dass sich auch alle anderen Bürger etwas kaufen können. Je mehr gesellschaftliche Güter ich in Anspruch nehme, desto mehr ermögliche ich dies auch anderen.“

Programm zur Berechnung der Finanzierung

Wie viele Modelle zur Finanzierung eines Grundeinkommens gibt es? Zwei, drei oder gar zehn? Ich habe ein [Programm](#) erstellt, mit dem sich per Mausklick jede Sekunde ein neues Finanzierungsmodell erstellen lässt.

Wenn man ein bisschen mit dem Programm spielt, so zeigt sich, dass es gar nicht auf tolle Finanzierungsmodelle ankommt. Sondern eher auf ein Verständnis des gesamten Prozesses. Man sieht: Das Grundeinkommen lässt sich nicht mit irgendwelchen Raffinessen so gestalten, dass es einerseits da ist, aber dann doch wieder keine Folgen für Preise und Steuern hat. „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“, das geht auch hier nicht.

Obendrein kann man mit dem Programm ungefähre Größenordnungen zeigen, wie sich Preise und Steuern mit verschiedenen Ansätzen entwickeln. Dies sind keine Prognosen, sondern nur Umrechnungen wie es sich verhalten würde, wenn alle genauso arbeiten und konsumieren würden wie heute. Das Programm kann also wirklich nur eine Vorstellung von den Größenordnungen liefern, um die es geht.

Kann man die wirtschaftliche Entwicklung voraussagen?

Die Versuchung liegt nahe, Modelle zu erstellen und Prognosen zu geben, was nach Einführung eines BGEs passiert: Steigt das Bruttosozialprodukt, sinkt es, gibt es mehr oder weniger Arbeitsplätze?

In gewissen Grenzen sind solche Modelle durchaus auch sinnvoll: Nämlich zu zeigen, dass es funktionieren kann, dass Größenordnungen zueinander passen und dass es kein Nonsensprojekt ist.

Aber alles was darüber hinausgeht, halte ich für unseriös oder sogar schädlich. Warum? Zum einen, weil die Wissenschaft noch nie langfristige Entwicklungen vorausgesagt hat. Welcher Wirtschaftswissenschaftler hat die Ölpreisentwicklungen vorausgesagt, welcher die Finanzkrisen? Welcher Politologe den Fall der deutschen Mauer, wer den Arabischen Frühling? Wer hat Internet und Handy mit ihren Folgen gesehen und wer hätte 1980 den Atomausstieg prognostiziert? Wer will voraussagen was in fünf, zehn oder in fünfundzwanzig Jahren nach Einführung eines BGE geschieht? Und was geschieht, wenn wir es nicht einführen?

Der andere Grund, warum ich solche Prognosen sehr skeptisch sehe: Wir sind

freie Bürger, die nicht nur einfach die Vergangenheit gesetzmäßig fortschreiben. Wer Wirtschaftsmodelle erstellt, muss die Freiheit des Menschen ausklammern.

Erzeugt das BGE eine Inflation?

Wenn das BGE zusätzlich zu den bestehenden Gehältern ausgezahlt wird, dann müsste es doch eine Inflation geben, dann müsste das BGE noch weiter erhöht werden und das Ganze hätte kein Ende?

Je nach Art der Finanzierung kann es in der Tat eine Preissteigerung geben, diese wäre aber einmalig und hätte durchaus ein Ende.

Völlig ohne Preisänderung stünde ein BGE da, das ausschließlich über Abzüge bei Gehältern und Zinsen abgewickelt würde. Praktischerweise wäre das eine Erhöhung der Einkommensteuer, weil dann sämtliche Arbeitsverträge unberührt bleiben könnten. Das Aufkommen aus der höheren Einkommensteuer wird an die Bürger als Grundeinkommen ausgezahlt. Der Summe der Einnahmen, die den Bürgern insgesamt zur Verfügung stehen, bleibt als gleich, so dass sich auch keine Preissteigerungen ergeben. (Dass die Sparquote etwas sinken könnte, also doch mehr ausgegeben wird und dadurch die Preise steigern wäre ein allenfalls sehr geringer Effekt.)

Anders sähe es aus, wenn das Grundeinkommen über eine höhere Mehrwertsteuer abgeschöpft würde. Die Bürger hätten dann das gleiche Nettoeinkommen aus Arbeit wie bisher zuzüglich dem Grundeinkommen. Da die Menge der Produkte sich aber nicht erhöht, muss der Preis der Produkte steigen.

Konsequenterweise steigt dann auch die Höhe des Grundeinkommens. Das ist aber kein Prozess ohne Ende, sondern kann exakt berechnet werden.

a sei der Anteil, der vom gesamten Bruttosozialprodukt (BSP) als Grundeinkommen (BGE) ausgeschüttet wird.

m1 steht für die bisherige Mehrwertsteuer,

m1 + m2 für die Mehrwertsteuer nach Einführung des BGEs

Dann gilt: mit BSPn = Nettobetrag des Bruttosozialproduktes

$BGE = a * BSP$ (Per Definition von a)

$BSPn * (1 + m1 + m2) * a = BSPn * m2$

umgeformt nach m2 also

$m2 = (1+m1)*a/(1-a)$

Folgende Tabelle zeigt für verschiedene Höhen eines Grundeinkommens die sich ergebende Mehrwertsteuer:

Beispiel: Das BSP beträgt derzeit ca. 2.400 Mrd Euro jährlich, entsprechend grob 2.400 Euro je Person und Monat. Soll das BGE je Person 960 Euro/Monat betragen (inklusive Gutschein für Krankenversicherung), entspräche das einem Anteil a von $960/2400 = 0,40$. Der bisherige MWSt-Satz über alle Umsätze (also auch reduzierter MwSt-Satz und MwSt-freie Umsätze) betrage 8 % , dann

ergibt sich ein zusätzlicher MwSt-Satz m_2 für das BGE in Höhe von 72 %, das BGE wird dann mit nominell 1.600 Euro ausgezahlt.

Für verschiedene BGE-Anteile a ergeben sich die zusätzliche MwSt, das nominelle BGE sowie die resultierenden Preissteigerungen wie folgt:

a	-fach	0,00	0,10	0,20	0,30	0,40	0,60
m_2	%	0	12	27	46	72	162
BGE	Euro	0	267	600	1.029	1.600	3.600
Preissteigerung	%	0	11	25	43	67	150
BGE entspräche Kaufkraft heute:	Euro	0	240	480	720	960	1.440

a = Anteil BGE am Brutto-Sozialprodukt (Bruttopreise, m_2 = Erhöhung der MwSt)

Alter MwSt-Satz im Mittel 8

Altes BSP 2.400 Euro je Kopf und Monat

Man sieht, dass ein über die Mehrwertsteuer umgelegtes BGE erhebliche Preissteigerungen zur Folge hätte.

Wie ist dies insgesamt zu werten? Eine Folge der Preissteigerung wäre, dass die Sparvermögen an Wert verlieren würden. Wenn jemand z. B. 100.000 Euro hat und sich davon vor Einführung des BGE eine Wohnung kauft, steht er wesentlich besser da als jemand, der sich erst nach Einführung eines BGE eine (dann wesentlich teurere) Wohnung kaufen wird. Allerdings wird das BGE weder heimlich noch schlagartig kommen. Es wird angekündigt und über kleinen Stufen eingeführt werden, so dass sich jeder darauf einstellen kann. Den gleichen Effekt der Entwertung von Geldvermögen gibt es auch schon heute, wenn der MwSt-Satz ohne ein BGE erhöht wird.

Insgesamt ist aber die Entwertung von Sparvermögen auch positiv zu sehen. (Siehe auch Creutz usw.).

Diese Effekte sind aber reine Übergangseffekte die bei der Umstellung auf ein BGE entstehen. Ist das BGE einmal installiert, müssen die Preise natürlich nicht weiter steigen, die Verhältnisse sind dann in sich ausgeglichen. Man müsste bei der Diskussion also klar unterscheiden zwischen den Wirkungen und Eigenschaften, die ein BGE an sich, vorgestellt als bereits installiertes System hat, und den Effekten, die in der Phase der Einführung auftreten.

Ferner ist diese Rechnung der Nachvollziehbarkeit wegen ganz einseitig nur auf die MwSt ausgelegt. In Wirklichkeit würde sich natürlich vieles überlagern:

Wegfall von Transferleistungen, wie z.B Hartz IV, Rentenanteile usw.

Höhere EKSt-Einnahmen durch Wegfall von Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag und andern bisherigen „sozialen“ Steuerermäßigungen

Überproportionale Erhöhung von Energiesteuern

Konsequenterer Verfolgung von Schwarzeinnahmen (durch einfacheres Steuersystem wird Hinterziehung auch gesellschaftlich weniger akzeptiert)

Insgesamt wird man in der Tabelle somit um eine Spalte nach links springen dürfen.

Fazit: Wird ein BGE ganz oder teilweise über Mehrwertsteuer umgelegt, dann werden die Preise einmalig steigen, die nominelle Höhe des dann erforderlichen BGEs lässt sich ganz elementar ausrechnen.

Wie hoch ist die Summe des privaten Gesamtkonsums?

Der private Gesamtkonsum ist eine wichtige Größe, um die Höhe eines Grundeinkommens zu bewerten. So kann das BGE logischerweise niemals höher sein als der Gesamtkonsum. Um noch Raum für individuelle Gestaltungen und Marktwirtschaft zu haben, muss es sogar nennenswert darunter liegen. Andererseits kann der private Gesamtkonsum auch Messlatte für die individuelle Armut sein.

Unter privatem Gesamtkonsum sei hier das verstanden, was der Bürger privat ausgibt, was er also quasi an der Ladentheke persönlich an Gütern und Leistungen erhält. Zum einen die Ladentheke ganz wörtlich genommen, also Lebensmittel, Geräte, Möbel usw. aber auch Mieten, Energiekosten, ärztliche Versorgung usw. Also alles das, was der Bürger nur bekommt, wenn er es selber auch bezahlt. Nicht hinzu zählen die Infrastruktur wie Straßen, Verwaltung, Justiz usw. Auch Investitionen im Gewerbe zählen genauso wenig hinzu wie ein Exportüberschuss.

Im Folgenden soll versucht werden, die Höhe dieses privaten Gesamtkonsums zu ermitteln. Man muss dabei sehr aufpassen, dass man nichts doppelt berechnet oder vergisst, wie z. B. Versicherungsbeiträge oder Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung.

Bei Versicherungen kann man so vorgehen, dass man die Ausgaben für die Versicherungen als Konsum ansetzt, dann darf man natürlich die Erstattungen der Versicherungen nicht noch einmal als Konsum ansehen. Oder man rechnet nur die Erstattungen, darf dann aber nicht die Einzahlungen als Konsum ansehen.

Quelle A: Die privaten Konsumausgaben betragen jährlich **1402 Mrd Euro** (Quelle: Das Statistische Jahrbuch 2010, für 2008, Kapitel 24, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Kennzahlen im Zeitvergleich). Dieser Wert scheint das so sein, was gesucht ist. Allerdings sind hier auch die Konsumausgaben privater Organisationen ohne Erwerbszweck enthalten. Ich vermute, dass hierzu Kirchen, gemeinnützige Vereine usw., gehören. Wie viel dies ausmacht, kann ich derzeit nicht ermitteln. Beim Lesen der Anmerkungen im statistischen Jahrbuch kommen dann doch Zweifel auf, ob das Gesuchte gemeint ist., wenn z. B., die Nutzung von Eigentumswohnungen als Wert umgerechnet wird, heißt das, dass der Kauf von Eigentumswohnungen nicht enthalten ist? Ist die medizinische Versorgung enthalten oder ist diese beim Staatskonsum versteckt?

Quelle B: Die privaten Konsumausgaben betragen **1337 Mrd Euro**, wenn man über die Einnahmen der Privathaushalte geht. Gemäß „statistischem Jahrbuch 2010, Tabelle 22.3.1, Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“ betragen die

„ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen" für 2008 1.401 Euro. Das sind alle Bruttoeinnahmen abzüglich Einkommensteuer, Soli und Sozialabgaben. Von diesem Wert muss man noch abziehen

* die freiwilligen Beiträge zur Sozialversicherung (gleiche Tabelle 22 Mrd Euro).

* die „Leistungen aus privaten Versicherungen" abziehen (13 Mrd Euro)

* Unklar ist mir, was die Position „Unterstützung aus privaten Haushalten" heißt. Ist damit gemeint, wenn ein Haushalt z. B. den Haushalt seiner Kinder oder seiner Eltern unterstützt? Dann müsste dieser Wert auch noch abgezogen werden, weil es sonst eine doppelt gerechnete Einnahme wäre, immerhin 52 Mrd Euro. Dazu passen würde auch die Ausgabe „Sonstige Übertragungen und Ausgaben" in der Tabelle.

* Die Ersparnisse der privaten Haushalte (148 Mrd. Euro laut gleicher Tabelle). Es wird hier unterstellt, dass das statistische Jahrbuch nur den Saldo aus Sparen und Abheben erfasst.

Insgesamt ergeben sich somit Ausgaben von 1.167 Mrd Euro

Es fehlen allerdings noch die Versorgung durch die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung. Deren Ausgaben betragen für 2008 laut statistischem Jahrbuch 170 Mrd Euro. Insgesamt ergeben sich somit der eingangs genannte Wert von **1.337 Mrd Euro**. Also eine gar nicht so schlechte Übereinstimmung mit Quelle A.

Übrigens gibt es in der gleichen Tabelle wie bei Quelle B auch einen Posten „Private Konsumausgaben“. Diese decken sich aber begrifflich nicht mit den hier gemeinten privaten Konsumausgaben. Beispiel: Die Beiträge zur KFZ-Versicherung sollen nicht dazugehören, da die KFZ-Versicherungen aber Leistungen für den Bürger erbringen (nämlich Schäden an der „Ladentheke" regulieren, die dann auftreten, wenn er ein KFZ hat) zählen diese hier durchaus zum privaten Konsum. Genauso ist es mit allen anderen Versicherungen. Auch die Tilgung und Verzinsung von Krediten wird hier zum privaten Konsum gezählt. Konsequenterweise stimmen die privaten Konsumausgaben aus dem Kapitel 24 des statistischen Jahrbuches nicht mit denen aus Tabelle 22.3.1 überein.

Ein paar Fragen bleiben bei der Tabelle 22.3.1 offen:

* Warum taucht die Tilgung von Krediten als Ausgabe auf, ohne dass es eine Position „Einnahmen" aus Krediten gibt?

* Warum ergibt die Summe aus „private Konsumausgaben" und „andere Ausgaben" nicht genau die Gesamtausgaben?

* Warum entsprechen die Gesamtausgaben nicht genau den Gesamteinnahmen?

Dabei muss man sich klar machen, dass die Tabelle 22.3.1 aus einer Stichprobe genommen wurde mit allen sich daraus ergebenden Ungenauigkeiten. Haushalte mit sehr hohem Einkommen und Personen in Gemeinschaftsunterkünften sind nicht erfasst.

Tipp: In Deutschland entspricht eine Milliarde jährlich ziemlich genau 1 Euro je Person und Monat. (82 Mio Menschen ` 12 Monate = 1 Milliarde, Fehler 2 %)

Grundeinkommen oder negative Einkommensteuer?

Um es gleich vorweg zu sagen: Grundeinkommen und negative Einkommensteuer ist dasselbe. Oder präziser formuliert: Es ist nicht dasselbe.

Grundeinkommen heißt, dass jeder Bürger bedingungslos jeden Monat ein Grundeinkommen erhält. Negative Einkommensteuer heißt, dass von der Einkommensteuer, die der einzelne zu zahlen hat, das Grundeinkommen abgezogen wird. Je nachdem, wie hoch das Einkommen ist, kann die Einkommensteuer dann auch negativ werden. Wer also gar kein Einkommen hat, bekommt schlicht und einfach das Grundeinkommen ausbezahlt. Rechnerisch laufen Grundeinkommen und Einkommensteuer exakt auf dasselbe hinaus, keiner bekäme einen Cent mehr oder weniger. Der Unterschied wäre quasi nur der, ob man das Geld vom Finanzamt oder vom Rathaus bekommt.

Und doch gibt es Unterschiede.

So würde man bei der negativen Einkommensteuer die Beträge zwar monatlich erhalten. Je nachdem, wie dann die Einkommensteuerpflicht am Jahresende aussieht, müsste man aber das Grundeinkommen wieder zurückzahlen. Und wenn man das Grundeinkommen in die Hände der Finanzbehörden und -ministerien legt, dann könnte es jederzeit aus fiskalischen Gründen wieder geändert werden. Sein Charakter als Grundrecht wird so nicht unterstrichen. Außerdem ist beim Finanzamt nicht jeder einzelne Bürger eine „Steuernummer“, sondern Ehepartner werden z. B. zusammen veranlagt. Wie ist das mit dem persönlichen Recht auf ein Grundeinkommen zu vereinbaren? Störend ist auch, das man beim Finanzamt viele Daten preisgeben müsste, um das Grundeinkommen zu erhalten (nämlich seinen Verdienst und alles was zu einer Steuererklärung gehört). Beim Grundeinkommen müsste man nur melden, dass man existiert. Beim Grundeinkommen wird der Staat nicht erfahren, wer arm ist, der Datenschutz wäre höher. Und spätestens dann, wenn eines Tages die Einkommensteuer ganz abgeschafft wird zugunsten der Verbrauchssteuer, hätte das Wort von der negativen Einkommensteuer keinen Sinn mehr. Andererseits ginge beim Grundeinkommen wesentlich mehr Geld durch die Hände des Staates, nämlich das Grundeinkommen von allen Menschen. Bei der negativen Einkommensteuer wären es nur die Beträge, die unter der Transfergrenze liegen.

Die meisten der genannten Argumente sind weich und eher symbolisch. Aber gerade deshalb favorisiere ich das Grundeinkommen, weil es das Recht auf bedingungsloses Einkommen für jeden Bürger am besten repräsentiert.

Negative Einkommensteuer BGE	
passt nicht zum Jahreszyklus der Einkommensteuer	monatliche Auszahlung
Könnte aus fiskalischen Gründen leicht geändert werden	Als Bürgerrecht verankerbar
Wird nicht als Grundrecht, sondern als Korrektursummand verstanden	

Weniger Geld fließt durch die Hände des Staates	Viel Geld fließt durch die Hände des Staates
Jeder Steuer-Fall wird einzeln geprüft	Jeder erhält es, muss nur angeben, dass er lebt
Man muss viele Daten angeben	
Staat erfährt, wer arm ist	Staat wird nicht erfahren, wer arm ist
Wird an Ehepaare gemeinsam ausgezahlt	Wird persönlich ausgezahlt

In gedruckten Texten kann man in Ruhe Argumentationen studieren, daher habe ich mich in einigen Büchern auf die Suche danach gemacht, wo es eigentlich in Sachen Grundeinkommen hakt. Bei aller Kritik habe ich aber Respekt und Dankbarkeit, dass sich die Autoren ihre Gedanken zu Papier gebracht haben, und ich konnte so auch viel von ihnen lernen.

Die Kunst, kein Egoist zu sein

Gut durchdachte Ansichten, wie dem Guten mehr Raum gegeben werden kann, verspricht die Umschlagseite des Buches „Die Kunst, kein Egoist zu sein“ von Richard David Precht. Im dreizehnten Kapitel soll es darum gehen „wie Verantwortung in die Wirtschaft kommt“.

Leider findet sich auf den dreizehn Seiten dieses Kapitels keine einzige gut durchdachte Ansicht, sondern populistisches Gerede, das bei näherer Betrachtung in sich zusammenbricht. Einige Beispiele:

- Seitenlang wettet Precht gegen die Verschuldung von Staaten, Firmen und Bürgern. Seine Lösung: Mehr sparen. Dass Sparanlagen und Schulden nur die beiden Seiten derselben Medaille sind, entgeht dem Philosophen.
- Dieses Sparen will Precht dem seiner Meinung nach unmündigen Bürger dadurch schmackhaft machen, dass Gehaltserhöhungen nicht ausgezahlt, sondern für die Altersvorsorge angespart werden. Gehaltserhöhungen kann es jedoch nur geben, wenn die Wirtschaft wächst. Das Wachstum der Wirtschaft macht P. jedoch ein paar Seiten vorher als ein zu beseitigendes Grundübel aus. Ein logischer Widerspruch. Ganz abgesehen davon, dass der große Systemkritiker Precht mit diesem Vorschlag zur kapitalbasierten Altersvorsorge der Kampagne der Versicherungslobby auf den Leim gegangen ist, die das umlagebasierte Rentensystem zu ihren Gunsten aushöhlen will.
- P. schlägt vor, dass Banker mehr spenden sollen für soziale Zwecke und verspricht den Bankern großzügig ein beglückendes Gefühl. Eine andere Finanzierung des Sozialwesens schlägt er nicht vor. Somit setzt er voraus, dass Banker viel verdienen, damit das Sozialwesen funktioniert. An andere Stelle prangert er den hohen Verdienst „der“ Banker an, den er hier zur Grundlage seiner Vorschläge macht. Wieder ein logischer Fehler.
- P. fordert eine persönliche Haftung von Managern. Das setzt voraus, dass Manager reich sind. Warum aber sollen nur reiche Menschen managen dürfen? Offenbar will P. nicht daran rütteln, dass Manager viel verdienen.

Wie kommt es, dass der Autor sich dermaßen in seiner Argumentation verheddert? P. geht von einem Dualismus von Wirtschaft und Staat aus. Aufgabe des Staates sei es, die Wirtschaft zu kontrollieren und in ihre Schranken zu weisen.

Doch dieses Modell funktioniere immer weniger. Prechts Analyse, warum das Konzept der sozialen Marktwirtschaft nicht mehr klappt (oder ob es jemals wirklich geklappt hat) ist leider sehr dürftig. Er entwickelt keine Begriffe,

sondern stellt Behauptungen auf.

Precht prangert die Macht der Wirtschaft an. Die Macht der Wirtschaft sei so groß, dass sie vom Staat nicht mehr richtig kontrolliert werden könne. Andererseits fordert er, dass der Staat die Wirtschaft kontrollieren soll. Wieder ein logischer Widerspruch.

Doch letztlich sieht P. die Gründe für das Nicht-Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft im Fehlen eines echten Verantwortungsgefühls (24).

Um dieses echte Verantwortungsgefühl herbeizuführen fällt P. nichts anderes als Vater Staat ein, kann ihm in seinem dualistischen Denken gar nichts anderes einfallen. Nur mit dem Staat sei dieses echte Verantwortungsgefühl herbeizuführen (29). Unter anderem wird vorgeschlagen:

- Der Staat soll ein Bonus und Malus-System für Manager einführen(25) . P. übersieht: Mit solch einem System würde man gezielt an den Egoismus der Manager appellieren, die dann natürlich versuchen würden, diese Punkte für sich zu sammeln. So erzeugt man sicherlich genau das Gegenteil von echtem (!) Verantwortungsgefühl.
- Das Verantwortungsgefühl will P. mit staatlichen Strafen herbeiführen bei denen, die es nicht zeigen (25)
- Lohnobergrenzen für Manager soll der Staat ebenfalls garantieren.
- Eine Anerkennungskultur (28) soll der Staat schaffen
- Der Staat soll Fairness garantieren (36)
- Der Staat soll zur Selbsterkenntnis trainieren (36)

Zur Erinnerung: Das Buch trägt nicht den Titel „Die Kunst, einen totalitären Staat zu errichten“ sondern „Die Kunst, kein Egoist zu sein“. Doch nach 409 Seiten kann sich P. dies nicht anders vorstellen als darin, dass der Staat „seine Bürger klug erzieht“. Ganz offensichtlich will P. einen Staat, der den besseren Menschen heranzüchtet.

Und erledigen soll diesen Erziehungsjob ausgerechnet ein Staat, der laut P. noch nicht einmal in der Lage ist, vernünftige Steuergesetze zu erlassen. Der Staat, der laut Precht die Kontrolle verloren haben, der ziellos hin- und her agiere dieser Staat soll nun auf einmal der Motor für ein neues Verantwortungsgefühl sein.

Schlimmer noch. Mit dem Ruf, dass der Staat die Moral retten soll gibt P. der Demokratie den Gnadestoß.

- Ein ökologischer Rat von unabhängigen Sachverständigen soll ein Vetorecht gegen Regierungsentscheidungen haben. Damit hebt Precht die Demokratie aus und bahnt einer Technokratie den Weg.
- Der Staat soll die Menschen vor sich selbst schützen (39).
- Es sei ein politisches Ziel, aus Kunden Bürgen zu machen. Somit stellt er die Demokratie auf den Kopf: Nicht die Bürger bestimmen den politischen Staat, nein, der Staat ist es, der die Bürger erst erzeugen soll!

Vor allem: Kann es in einer Demokratie Aufgabe der Politik sein, Gefühle zu erzeugen?

Dabei haben Prechts Ausführungen einen wahren Kern. Ja, es gibt Kräfte, die sehr viel Macht errungen haben und ja, diese Kräfte nutzen diese Macht

überwiegend dazu, ihre eigene Macht immer weiter zu stärken. Und ja, sie zehren dabei von etwas, was man als Moral, als Vertrauen, als Bildung usw. bezeichnen kann.

Es fehlt also eine Instanz, die diese verzehrten Ressourcen entstehen lässt und immer wieder neu aufbaut. Die Falle, in die P. ständig läuft, liegt darin, diese Instanz in der Politik zu suchen. Das kann aber nicht gehen. Der politische Staat kann so etwas wie den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellen, nie wird der Staat Werte erzeugen, die Bürger erziehen usw. Und falls ihm dieses gelänge, würde er an den Grundfesten der Demokratie nagen, die den Bürger als Träger des Staates sieht und nicht anders herum! Ebenso kann der politische Staat nicht selber wirtschaftliche Aufgaben übernehmen, wie P. an anderer Stelle fordert, ohne in einen Konflikt zu kommen bei der Kontrolle der Wirtschaft

Diese fehlende Instanz müsste etwas sein, was sowohl unabhängig von der Wirtschaft ist als auch unabhängig vom politischen Staat. Diese Instanz müsste aus ihrer eignen Freiheit heraus Impulse liefern, die die Bürger in ihrer Freiheit aufgreifen können oder eben auch nicht.

Doch P. kann sich diese Instanz nur im Staat vorstellen. Hilflös pendelt er zwischen Kommunismus „Marx und Engels sind nicht schuld“ und Kapitalismus „es gibt keine Alternative“ hin und her, zwischen der Entscheidung, ob der Mensch den Menschen unterdrücken soll oder anders herum. Immer geht es um Macht. Sämtliche Vorschläge von P. sind machtbasiert, nur eben nicht auf der Macht der Wirtschaft sondern auf der Macht des Staates. Der Staat soll mit seiner Macht die Wirtschaft kontrollieren und obendrein noch den Bürger erziehen. Damit ändert er aber überhaupt nichts an der Dynamik, dass Macht den Machtmissbrauch provoziert, aus dieser Spirale kommt P. nicht heraus.

Bei all den vielen Zitaten hat P. wichtige Positionen weggelassen, wie zum Beispiel die Idee der sozialen Dreigliederung oder den Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens. Viele Dinge, die P. bemängelt, würden sich durch ein bedingungsloses Grundeinkommen lösen: Kein Wachstumszwang mehr, die teilweise Entmachtung der Reichen, weil sie die Bürger nicht mehr zum Arbeiten zwingen können. Mehr Raum für freies bürgerschaftliches Engagement und damit wieder ein Ausgleich für das, wovon nach P. die Wirtschaft zehrt. Eine Entlassung des Staates aus vielen seiner Korrekturaufgabe und damit weniger Fehler und Widersprüche bei solchen Korrekturversuchen.

Immer wieder spricht P. die Machtverhältnisse als ein grundlegendes Problem an. Doch bietet er weder einen Ansatz, wie der Macht beizukommen sei, noch analysiert er, wie diese Macht entsteht. Warum spricht er überhaupt von einer Wirtschaftskrise und nicht von einer Staatskrise oder einer Demokratiekrise? Denn davon, dass die Wirtschaft eine ernsthafte Krise hätte, kann doch eigentlich keine Rede sein, wenn wir uns den von P. selbst konstatierten Überfluss an Produkten ansehen.

Precht trennt zwischen Wirtschaft und Gemeinwohl. Dass das Gemeinwohl eben genau darin liegt, dass die Wirtschaft Produkte erzeugt, dass der Banker Bankgeschäfte koordiniert, dieser Gedanke ist P. völlig fremd. Soziales Wirken einer Bank kann er sich nur darin vorstellen, dass diese einen Teil (!) ihrer Überschüsse in sogenannte soziale Aktivitäten steckt. P. sieht das Gemeinwohl als Zusatz, als Almosen, nicht als Kern und Sinn des Wirtschaftens.

Ist die Lektüre wenigstens unterhaltsam? P. sammelt Zitate, wie andere Leute

Briefmarken. Im Gegensatz zu jenen ordnet P. diese Zitate leider nicht, es ist kaum ein roter Faden zu erkennen. Zusammengekittet wird dieses Textbrocken-Trümmerfeld mit populistischen Worthülsen wie „gespenstische Verhältnisse“, „dramatisch“, „erschreckend“, „leichtfertig“, „bankrotttes System“ (41), „horrende Preissteigerungen“, „Wut der Kritiker“ (30), „Machenschaften“ und „Gier“. Ständig ist die Rede von Managern und Bankern, also ob die Wirtschaft nur aus diesen bestehe. Das Leichte an der Lektüre liegt darin, dass der Leser selber gar nichts ändern muss, der Staat soll „den“ Managern und „den“ Banken und auch uns Bürgern ein echtes Verantwortungsgefühl antrainieren, der Leser selber muss nichts tun, schon gar nicht sich klare und tragfähige Gedanken über unsere Gesellschaft machen.

Wohlstand und Armut

Obwohl in diesem Buch von Gero Jenner das Thema „Grundsicherung als ideale Lösung“ im Abschnitt „Irrwege und Sackgassen“ behandelt wird, ist es ein sehr lesenswertes und gutes Buch. Ausführlich beschreibt Jenner, dass marktwirtschaftliche Systeme kein Pendeln um einen stabilen Zustand sind, sondern dass sie eine eigene innere Entwicklung haben. Es gibt junge und alte Marktwirtschaften. Er wird nicht müde, die enorme Kraft und Vitalität von jungen Marktwirtschaften zu beschreiben und zu erklären. Die Alterung geschehe vor allem in der Form, dass sich das Kapital zunehmend in den Händen von immer weniger Eigentümern konzentriert. Den entstehenden Problemen begegnen wir aber mit weiter Verschuldung: Auf Pump gemachte Konjunkturspritzen, Steuersenkungen usw. Jede Verschuldung ist aber nur eine Bereicherung der Besitzenden, weil diese ja das geliehene Geld und den Zins zurückerhalten. Die Schwierigkeiten würden nun immer größer, da die Besitzenden immer klarer erkennen müssen, dass sie das geliehene Geld vielleicht nie wieder zurück bekommen. Solch ein Prozess hätte in der Vergangenheit dann immer in einem Krieg oder einer Währungsreform geendet, wonach das Spiel dann wieder mit einer neuen, jungen Marktwirtschaft von vorne begonnen hätte.

So weit die Analyse, die Jenner noch viel scharfsinniger und fundierter darstellt, als ich das hier kann. Was aber schlägt er zu Lösung vor?

Jenner denkt an eine Umstellung auf eine reine Umsatzsteuer. Weil das aber unsozial ist, will er die Umsatzsteuer progressiv gestalten. Wer ganz wenig kauft, zahlt keine Umsatzsteuer, wer viel verbraucht, zahlt einen höheren Steuersatz, wer ganz viel verbraucht, dessen Käufe werden mit einem ganz hohen Umsatzsteueranteil belastet. Wer jetzt denkt, man müsse dann an der Ladenkasse bei jedem Kauf seine persönliche Steuererklärung erfassen liegt nicht ganz falsch. Jenner setzt hier auf persönliche Chipkarten, über die jeder alle seine Käufe tätigt.

An dieser Stelle kann ich, bei aller Begeisterung für die gute Analyse, nur noch mit dem Kopf schütteln. Der technische Aufwand wäre riesengroß, ich sehe einen illegalen Handel mit verliehenen Chipkarten oder einen Schwarzmarkt jenseits der mit Lesegeräten ausgerüsteten Ladenkassen. Braucht dann wirklich jeder Musiklehrer und jede Tagesmutter ein Lesegerät? Kann man ohne Chipkarte nicht mal mehr einen Kaugummi kaufen? Wo bleibt der Datenschutz, und wie ist die Nachvollziehbarkeit bei Abrechnungsfehlern im System?

Vor allem: Es ginge doch viel, viel einfacher! Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde in idealer Weise die soziale Gerechtigkeit bei einer reinen Umsatzsteuer herstellen. Und zwar ohne ein kompliziertes Chipkartensystem. Wer wenig verbraucht, dem wird die Umsatzsteuer durch das Grundeinkommen quasi erstattet. Wer viel verbraucht, zahlt effektiv mehr Umsatzsteuer.

Dieser Effekt wird von Jenner zwar auch erkannt, er spricht sich aber aus mir nicht nachvollziehbaren Gründen gegen ein Grundeinkommen aus.

Der Hauptpunkt seiner Kritik ist, dass das Grundeinkommen dem oben genannten Problem der Kapitalakkumulation in wenigen Händen nichts entgegensetzt. Das mag sein, aber das Grundeinkommen muss ja nicht alle Probleme lösen. Die Behauptung, dass es sie sogar verschlimmere ist diffus und m. E. haltlos, wenn das BGE aus den laufenden Umsatzsteuererträgen finanziert wird.

Eine weitere Kritik von Jenner ist, dass man damit nur eine Klasse von freiwilligen oder gezwungenen Nichtstuern ruhig halte. Ob man aber etwas tut für die Gemeinschaft oder nicht, das ist doch die Entscheidung jedes Einzelnen, ich sehe nicht, warum ein Grundeinkommen zum Nichtstun zwingen sollte.

Geben und Nehmen sei für den Menschen wichtig und Geben und Nehmen sei für allem durch Arbeit bedingt. Das erste ist sicher richtig, weil er aber beim zweiten nur an klassische Erwerbsarbeit denkt, macht sich Jenner die Sache unnötig schwer.

Trotzdem ist dieses Buch mit dem Untertitel „Eine allgemeine Theorie über Eigentum, Geld, Güter und Staat“ durchaus lesenswert.

Deutschland schafft sich ab

Mehr als acht Seiten widmet Thilo Sarrazin dem bedingungslosen Grundeinkommen. Er nennt es lieber leistungsloses Grundeinkommen. Dabei ist der Begriff „leistungsloses Grundeinkommen“ eines seiner vielen, fast absichtlich wirkenden Missverständnisse. Als ob es mit einem Grundeinkommen keine Leistungen mehr gäbe! Ich will nicht weiter auf Polemiken und falsche Aussagen eingehen, nur noch zwei Beispiele: Sarrazin schreibt, das Grundeinkommen werde kompliziert, weil das Lohnabstandsgebot eingehalten werden muss. Genau das Gegenteil trifft zu. Das Grundeinkommen ist einfach, weil es dann so etwas wie ein Lohnabstandsgebot nicht mehr geben muss und auch gar nicht mehr geben kann. Denn wenn jeder ein Grundeinkommen bezieht, dann gibt es auch keinen Abstand mehr. Merkwürdig ist auch, dass er behauptet, dass uns keineswegs die Erwerbsarbeit ausgehe, dann aber anhand von Zahlen nachweist, dass die bezahlten Arbeitsstunden in Deutschland seit langem und kontinuierlich zurückgehen.

All das trifft aber noch nicht den Kern. Sarrazin ist überzeugt, dass die Pflicht zur Arbeit den Menschen formt und bildet. „Je weniger aber man darauf besteht, dass jeder Mensch nach seinen Kräften einen Beitrag leistet umso mehr befördert man den Verzicht auf Quellen berechtigten Stolzes.“ Mit anderen Worten: Der Mensch muss zu seinem Glück gezwungen werden: Und nur der Staat weiß, was das Glück ist.

Das ist keineswegs rechtsaußen. So denkt die große Mehrheit. Insofern kann man dem Autor dankbar sein, dass er dies klar formuliert. Man kann ihm vor allem dankbar sein, weil er auch darlegt, wohin dieses Denken führt wenn man es konsequent anwendet. Er will nämlich Menschen zwingen zu arbeiten, völlig unabhängig davon, ob dies einen Sinn hat oder nicht: Zitat: „Es kann nicht ungerecht sein, alle erwerbsfähigen Empfänger von Grundsicherung zu einer Gegenleistung zu verpflichten. Dabei kann zunächst dahingestellt sein, wie produktiv diese Gegenleistung ist und ob sie überhaupt produktiv ist“. So ehrlich hat das noch keiner gesagt.

Insofern ist dieses Buch ein Paradebeispiel für das alte Denken. Aus pädagogischen Gründen ist Erwerbsarbeit unersetzlich, deshalb darf uns die Erwerbsarbeit nicht ausgehen, notfalls muss man die Menschen zwingen, Sinnloses zu tun.

Wobei ich die Sorgen und Fragen von Sarrazin teilweise nachvollziehen kann. Perspektivlose Transferempfänger, übermäßiger Medien-, Alkohol- und Zigarettenkonsum (übrigens nicht nur bei Hartz IV Haushalten ein Problem, Herr Sarrazin!), vielleicht auch die Geburtenrate. Ich will auch nicht behaupten, dass mit einem BGE automatisch alles besser würde. Ich wünsche mir aber eine offene Diskussion, die auch die Freiheit des einzelnen sieht, und nicht aus dem Blick des starken Staates alle diese Symptome lösen will.

Mehr Kapitalismus wagen

Ein Buch mit tiefgründigem Anspruch, trotzdem bleibt Friedrich Merz aber dann doch meist in den Niederungen der Tagespolitik stecken. Eine Fundgrube an nicht zu Ende gedachten Analysen, die manchmal knapp an einem Grundeinkommen vorbeischrappen.

So heißt es im Taschenbuch auf Seite 29: „Er (der Staat) muss ermöglichen, dass den Bürgern diejenigen Güter bereitgestellt werden, die ein eigenverantwortliches Leben ermöglichen - aber auch nicht mehr. Die grundlegende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes und sozial integriertes Leben ist der Arbeitsplatz. Gerechtigkeit, richtig verstanden orientiert sich daher primär an der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie an effizienten Anreizen für die Menschen, bestehende Arbeitsangebote wahrzunehmen.“

Dem ersten Satz wäre nichts entgegenzusetzen. Gerade die Idee des Grundeinkommens erkennt ja an, dass jedem die Voraussetzungen für ein eigenverantwortliches Leben gegeben werden sollten - und auch nicht mehr.

Aber warum ist die grundlegende (!) Voraussetzung für ein selbstbestimmtes und sozial integriertes Leben der Arbeitsplatz? Leben Rentner nicht selbstbestimmt? Sind Kinder nicht sozial integriert? Haben Generationen von Frauen, die sich um Heim und Kind kümmern, umsonst gelebt? Es wäre schön, wenn Merz diesen fundamentalen Satz in seiner Philosophie begründet hätte.

Stattdessen stolpert er nun in das nächste Dogma, nämlich dass Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Er stellt die Sache somit auf den Kopf. Nicht Arbeit schafft Produkte und Leistungen für ein erfülltes Leben sondern Arbeitsplätze müssen erzeugt werden, damit wir eben Arbeit haben.

Die Krönung ist dann die Forderung Anreize zu schaffen, um Arbeitsangebote aufzunehmen. Wenn es also so ist, dass Arbeit nur deshalb nötig ist, um selbstbestimmt Leben zu können, dann heißt das nichts anderes, dass hier die Menschen gezwungen werden sollen, selbstbestimmt zu leben. Doch Zwang zur Selbstbestimmung - was soll das sein? Zwang zur Freiheit?

Gerade Merz, der in diesem Buch immer wieder an die Freiheit appelliert, kann sich diese anscheinend nur mit einem Zwang vorstellen!

Das ist kein Ausrutscher, denn auf der nächsten Seite heißt es wörtlich, dass wir den Menschen auf Freiheit verpflichten müssen.

März spricht dann im Buch viel von Zwang und Pflichten, natürlich alles im Namen der Freiheit. Nur ein Begriff fehlt, der Begriff des Vertrauens. Vertrauen, dass Menschen von sich aus das richtige und sinnvolle tun, ist ihm fremd. Erst im Kapitel zur Finanzmarktkrise beklagt er das fehlende Vertrauen. Fehlendes Vertrauen in die Liquidität und Seriosität der Banken macht er hier als Übel aus, Vertrauen zu Menschen spielt für ihn keine Rolle.

Eigentlich schade. Gute Absichten und etwas Querdenkertum lassen mich das Lesen des Buches nicht bereuen. Philosophisch ist Merz dem Grundeinkommen sehr nahe, wenn er eingangs feststellt, dass keiner von seiner Arbeit lebt sondern von der Arbeit der andern. Was ihn aber nicht daran hindert, im weiteren unermüdlich daran zu appellieren, dass jeder erst mal für sich selber sorgen sollte. Und so erwähnt er dann auch (Seite 173) zwar namentlich das Grundeinkommen, das er sich aber nur als eine Idee der Linken und der SPD

vorstellen kann.

Aus der richtigen Erkenntnis, dass wir nicht von den Früchten unserer eigenen Arbeit leben, leitet Merz flugs ab, jeder sei „verpflichtet, den Beitrag für die Gesellschaft zu leisten, zu dem er in der Lage ist“ (Seite 24). Also ein Arbeitszwang, schlimmer als in totalitären Systemen, wo man sich mit Mittelmaß durchschlagen kann und die wenigsten leisten, wozu sie in der Lage sind. Wäre dann ein intelligenter Autor nicht auch in der Pflicht, sein Manuskript so lange durchzuackern, bis es schlüssig ist? Würde Merz die Pflicht meinen, die jeder an sich selbst stellt, ich könnte ihm zustimmen. Das meint er aber ganz offensichtlich nicht, wie das restliche Buch zeigt.

Da es diesem Buch mit dem Untertitel „Wege zu einer gerechten Gesellschaft“ einfach an Tiefgang fehlt, kommt so manche Platttheit aufs Papier, dass man fast froh sein muss, sie hier einmal so nackt zu sehen.

Zum Beispiel wenn er davon spricht, dass die Sozialversicherungen ein Drittel unserer volkswirtschaftlichen Leistung „verbrauchen“, dass sie das Sozialprodukt „absorbieren“ und am Wohlstand des Landes zehren (Seite 138). Was wird denn hier absorbiert? Wird Geld verbrannt oder werden Produkte ins Meer gekippt? Die Ausgaben der Sozialversicherungen sind Gelder, die an uns Bürger ausgeschüttet werden. Sie zehren doch nicht am Wohlstand des Landes, sondern es ist ein Zeichen unseres Wohlstandes, wenn wir ärztlich versorgt werden um im Alter nicht verhungern.

Ansonsten könnte man auch die Löhne und Gehälter als Absorption unseres Wohlstandes darstellen! Denn wozu ist unsere wirtschaftliche Leistung eigentlich da, als um verbraucht zu werden?

Katholiken in Politik und Verwaltung zum BGE

Zwar kein Buch, aber immerhin ein Faltblatt mit Argumenten gegen das Grundeinkommen drückte mir ein Mitglied des Verbandes „KKV - Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung“ in die Hand. Dreh- und Angelpunkt der Argumentation ist das Subsidiaritätsprinzip. Das Subsidiaritätsprinzip meint, dass die nächsthöhere Einheit immer erst dann eingreifen darf, wenn es die kleinere nicht schafft, also Stadtteil vor Gemeinde, Gemeinde vor Land, Land vor Staat, Staat vor Staatenbund. Nach meinen Recherchen ist das auch wohl tatsächlich eine katholische „Erfindung“.

Dieses Subsidiaritätsprinzip beziehen die Autoren des Faltblattes auf den einzelnen Menschen. Jeder solle zunächst einmal für sich selbst sorgen, nur wenn das nicht gehe, solle die Familie oder der Staat einspringen. Wörtlich heißt es: „Sozialpolitik bedeutet, jedem die Chance auf selbst geschaffenen Wohlstand zu geben“.

Aber was wäre das - selbst geschaffener Wohlstand? Man müsste jemanden in ein abgeschottetes Alpental bringen, ihm aus christlicher Nächstenliebe vielleicht noch eine Ziege, eine Schaufel und eine Säge schenken, und dann soll er sich seinen Wohlstand selbst schaffen. Vielleicht gelingt es ihm ja, zu überleben mit selbst gemolkener Milch, einer eigenhändig gezimmerten Hütte und geschnitzten Pantoffeln. Das wäre selbst geschaffener Wohlstand. Aber das meinen sicher die Autoren nicht. Deshalb sollten sie auch nicht von selbst geschaffenen Wohlstand reden. Kein Mensch schafft heute den Wohlstand selbst, in dem er lebt. Jeder lebt ausschließlich von Produkten und Dienstleistungen, die andere erzeugen.

Gerade aus dem Subsidiaritätsprinzip - jeder soll so weit für sich selbst sorgen, wie möglich - folgt das Grundeinkommen, denn bei den heutigen Verhältnissen ist es ja überhaupt nicht möglich, seinen Wohlstand selbst zu schaffen. Die Autoren hingegen behaupten in völliger Verkennung der Realität, dass das Grundeinkommen unser soziales Gefüge auf den Kopf stellen würde. Ganz im Gegenteil: Ein Grundeinkommen würde endlich anerkennen, auf welchen Füßen unser heutiges System steht. Denn unser Bild von der sozialen Realität steht auf dem Kopf, wenn wir in diesem falschen Sinn fordern, jeder solle für sich selbst sorgen.

Natürlich muss heute jeder für sich selbst sorgen. Das betrifft aber eben nicht die materielle Absicherung und Dienstleistungen. Das betrifft das eigene, kritische Denken. Das betrifft das eigene Seelenheil. Das betrifft die Wahl eines Partners, einer sozialen Umgebung. Das betrifft aber vor allem auch, selbst einen sinnvollen Platz in der Gesellschaft zu finden. Einen Platz, an dem man etwas beitragen kann. Das war früher viel einfacher, als die Menschen innerhalb starrer Gefüge in ihre Berufe und ihr soziales Umfeld hineinwachsen. Heute ist die Welt bunter, nichts mehr ist selbstverständlich und es ist viel mehr Eigenverantwortung und Eigeninitiative erforderlich. Und so stimme ich den Autoren voll zu, dass der Staat nicht sagen soll „Ich kann das schon, ich mach das besser“. Warum will der Staat bestimmen, wer Kinder bekommt, indem er gut verdienenden Müttern ein wesentlich höheres Kindergeld zugesteht als gering verdienenden Müttern? Warum mischt sich die Stadtverwaltung ein, wenn es darum geht, ob ein „Hartz IV Kind“ Trompete üben oder besser Judo lernen soll? Woher will der Staat wissen, wie sich ein Mensch sinnvoll einbringen kann (1-Euro Jobs)? Das sind alles Eingriffe in die

Eigenaktivität, die der Subsidiarität - ich würde es Freiheit nennen - widersprechen.

So gelesen, könnte ich sogar vielen Passagen in der KKV-Erklärung voll zustimmen: „Sozial ist, was den Einzelnen zu Eigeninitiative ermutigt und zur Eigenständigkeit befähigt“ Genau! Und weil jeder Mensch nur dann zur Eigenaktivität befähigt ist, wenn er ein Dach über dem Kopf hat, brauchen wir ein Grundeinkommen.

„Soziale Gerechtigkeit kann also bestenfalls Gleichheit der Ausgangschancen bedeuten ... unter denen der einzelne die Möglichkeit erhält, durch eigene Leistung im Leben voranzukommen“. Richtig! Und weil jeder ohnehin etwas zu Essen braucht, um sich einzubringen, deshalb bringt ein Grundeinkommen genau diese Gerechtigkeit der gleichen Ausgangschancen.

Warum druckt der KKV so ein Faltblatt? Ich nehme nicht an, dass es hier um bezahlte Lobbyarbeit geht, sondern dass der KKV sich in die Entwicklung unsere Gesellschaft konstruktiv einbringen will. Dazu braucht er die Hilfe anderer (Papier, Druckerschwärze, Drucker, ein regendichtes Dach usw.). Keiner hat dem KKV reingeredet oder Bedingungen gemacht. Soll nicht jeder Mensch die Möglichkeit haben, sich einbringen zu können?

Ehrliche Arbeit

In dem ganzen Buch von Norbert Blüm habe ich keine Definition gefunden, was „ehrlche“ Arbeit eigentlich sein soll. Ob es gar unehrlche Arbeit gibt, und was das wäre.

Wohl schreibt Blüm ein leidenschaftliches Plädoyer für die Arbeit. Dass uns Arbeit von der Langeweile befreit (Seite 144), dass Arbeit eine Teilhabe an der Gesellschaft ist (Seite 142), dass die Arbeit nie ausgehen werde, denn: „In der Sache aber sind uns die Möglichkeiten, als Menschen für andere Menschen Lebensnotwendiges, Nützlichs oder Angenehmes zu tun, beinahe unbegrenzt“. Er schildert die Begegnung mit einem von seinem Beruf ergriffenen Kellermeister bei dem er lernte, dass die Achtung der Arbeit nicht mit Geld zu bezahlen ist. (Seite 778 ff.).

Alles richtig, alles zutreffend und teilweise noch philosophisch untermauert mit Zitaten von Hannah Arendt und geschichtlich von der Bibel bis zu Marx diskutiert: Arbeit ist für den Menschen lebenswichtig.

Wodurch aber sieht Blüm die ehrliche Arbeit gefährdet? Blüm spricht es nicht direkt aus, aber es ist offensichtlich: Er kann sich Arbeit nur und ausschließlich als bezahlte Erwerbsarbeit vorstellen. Und wo dann das Bezahlen nicht funktioniert, dort sieht er die Arbeit gefährdet. Schnell ist dann auch der Schuldige gefunden: Das internationale Kapital.

Dabei wäre es doch von der Erkenntnis, „dass die Achtung der Arbeit nicht mit Geld zu bezahlen ist“ nur ein kleiner Sprung, ein bedingungsloses Grundeinkommen zumindest mal wohlwollend anzusprechen.

Aber an diesen Punkt kommt der Autor nicht. Wortreich beklagt er Änderungen in der heutigen Arbeitswelt: Dass es viel Werbung und Schaumschlägerei gibt, dass es viel konzeptionelle Arbeit gibt, deren Ergebnisse meistens gar nicht umgesetzt werden, dass Jobnomaden um ihr Überleben kämpfen. Man könnte meinen, für Blüm sei nur das Arbeit, wo morgens um sieben Uhr die Sirenen heulen und alle sich ans Fließband stellen und dass alle Veränderungen in der Arbeitswelt von Übel seien. Im gleichen Abschnitt kommt er zwar zur Erkenntnis, dass „die Reduzierung der Kreativität auf das ökonomisch Verwertbare zugleich ihr Tot ist“, was ihn aber nicht daran hindert, auf bezahlter Erwerbsarbeit als Allheilmittel zu pochen

Irritiert liest man dann an paar Seiten weiter die weisen Worte „Die Erwerbsarbeit nach heutigen Lebensmustern gibt es nicht seit eh und je und sie sich wird auch nicht ewig so bleiben“ (Seite 242) und „neben der materiellen Entlohnung werden andere Formen der Bestätigung treten“. (Seite 243). Und fast meint man, nun käme ein Loblied auf das Grundeinkommen wenn man den Satz liest: „Sinn-Arbeit ... besteht (auch) aus der Befriedigung, ... wertvolle Arbeit zu leisten, weil sie anderen Menschen hilft.“

Allerdings sieht Blüm solche Arten von Arbeiten, die Spaß machen und Sinn stiften im Gegensatz zu einer Art von Arbeit, die sich „nicht der Notwendigkeit der Selbstüberwindung und der Anstrengung entledigen kann“ (Seite 246). Und so ist für Blüm ein funktionierendes Grundeinkommen unvorstellbar, weil es von denen erwirtschaftet werden muss, die in der „alten Arbeit“ verblieben sind, und also brav ihre Steuern und Sozialabgaben zahlen. Weil sonst keiner die „Maloche eines Kanalreinigers“ übernehmen würde. Anstatt an dieser Stelle zu fragen, wie sich Lohnarbeit zu Zwangsarbeit eigentlich verhält, greift er zu

dem Bild von „Biene und Blüte“ für das Verhältnis von Lohnarbeit zu Freiwilligenarbeit.

Dem Leser werden akrobatische Gedankengänge zugemutet wenn ein Kapitel über die „Entpuppung der neuen Arbeit“ mit kreativen Ideen und dem Aufzeigen neuer Wege eingeleitet wird dann unkritisch behauptet wird, dass alles nur klappen kann, wenn weiterhin „alte Arbeit“ geleistet wird, wenn das alte System von Einkommenssteuern und Sozialabgaben weiter bestünde.

Fazit: Ein verworrenes Buch, man hat den Eindruck, der Autor weiß auch nicht so richtig wohin er will. Was auch völlig legitim wäre, wenn er Missstände und Widersprüche in unserer Welt aufzeigen würde. Das macht Norbert Blüm zwar, teilweise sogar witzig und originell. Er kommt aber nie auf die offenen Fragen, weil er ständig die undefinierte „ehrliche Arbeit“ als Schein-Lösung präsentiert und damit alles zuleistert.

Lesenswert sind die kurzen biografischen Einschübe über seine Zeit bei Opel, seine Arbeit im Weinkeller und die Arbeitsbiografie seines Vaters.

Bedingungsloses Grundeinkommen oder Reduzierung der Kapitaleinkünfte?

Helmut Creutz ist bekannt als streitbarer Ankläger unseres derzeitigen Wirtschaftssystems, das immer mehr Geld zu denen leitet, die ohnehin schon reich sind. In einem Aufsatz hat Creutz sich zum Grundeinkommen geäußert. Die folgende Kritik bezieht sich unmittelbar auf den Aufsatz

www.humane-wirtschaft.de/03-2009/creutz_grundeinkommen-oder-kapitaleinkuenfte.pdf von Helmut Creutz, der in der Ausgabe 3/2009 von „Humane Wirtschaft“ veröffentlicht wurde. Ohne diesen Artikel gelesen zu haben, dürften meine nachfolgenden Ausführungen kaum verständlich sein.

Zunächst teilt Creutz die deutschen Haushalte in drei Gruppen auf mit geringem (A), mittlerem (B) und hohem (C) Haushaltseinkommen. Dann führt er rechnerisch ein Grundeinkommen von 800 Euro je Person ein. Dieses Grundeinkommen finanziert sich durch Verbrauchsteuern in Höhe von 57 % auf die Bruttopreise aller Produkte. (Der Kaufpreis der Produkte bleibt aber gleich hoch, also sinken die Nettopreise entsprechend, dies entspräche dann einem nettobezogenen Steuersatz von über 100 % auf alle Produkte.)

Aus diesen Zahlen rechnet er, wer „die Lasten“ eines Grundeinkommens trägt, und kommt zu dem Schluss, dass hier ein Transfer in Richtung der Haushalte mit niedrigem Einkommen von den beiden anderen Gruppen erfolgt.

Bei näherer Betrachtung der Zahlen fällt aber auf, dass Creutz stillschweigend davon ausgeht, dass sich die Gesamteinkommen der jeweiligen Haushalte durch ein Grundeinkommen um keinen Euro ändern. Er geht quasi davon aus, dass die Gesamteinkommen der Haushaltsgruppen gottgegeben sind und sich lediglich die „klassischen“ Einkommen um das Grundeinkommen reduzieren. Für die Summe aller Haushalte ist dies natürlich völlig richtig. Von einem gleichbleibenden Einkommen der einzelnen Haushalte auszugehen ist aber unzulässig. Dieser Fehler resultiert unter anderem daher, dass Creutz in keiner Weise erläutert, mit welchen Maßnahmen die erforderliche Reduktion der klassischen Einkommen erfolgen soll. Geht er davon aus, dass jedem Haushalt genau der Betrag, den er als Grundeinkommen bekommt von seinen klassischen Einkommen abgezogen wird? Dann könnte man das BGE gleich ganz bleiben lassen! Viel sinnvoller wäre es, die Einkommen proportional zu verringern, also z. B. alle Einkommen auf hier 49 % zu verringern. Oder die klassischen Einkommen zwar nominal beizubehalten, aber die Preise in etwa zu verdoppeln. Die Kaufkraft der Gesamteinkommen bliebe dann unverändert, aber gerade das Kapital würde in seinem Wert halbiert, was Helmut Creutz eigentlich nicht traurig stimmen dürfte, auch wenn dies nur ein einmaliger Effekt wäre.

Wie auch immer man die Einkommensverringering primär durch Gesetze usw. löst. Durch ein Grundeinkommen dürften sich auch sekundär sämtliche Einkommen untereinander verschieben. Ganz platt gesagt: Die Reichen könnten die von der Existenzangst befreiten Armen nicht mehr dazu erpressen, zu den ihnen genehmen Konditionen für sie zu arbeiten. Ob und in welchem Maße es wirklich so kommt, kann man nicht vorausberechnen, aber

man darf auch keineswegs stillschweigend einfach davon ausgehen, dass es nicht so kommt.

Aus diesem ersten Fehler ergibt sich auch der zweite Fehler in dem Aufsatz. Nach Creutz's Modell verdienen alle Haushalte genau so viel wie vorher und konsumieren auch genau so viel wie vorher. Wie kann man da von Lasten sprechen, die verteilt werden? Wenn sich die Haushalte ihre Einkommen „nach“ Grundeinkommen ansehen, also das was sie tatsächlich erhalten, ändert sich überhaupt nichts. Wenn aber alle genauso viel bekommen wie vorher und genauso viel konsumieren wie vorher, darf man auch nicht von einer Verteilung der Lasten sprechen. Diese Lastenverteilung ist nicht real, sondern ergibt sich allenfalls aus theoretischen Kennzahlen des Modells.

Setzt man anstatt 800 Euro ein Grundeinkommen von 1.000 Euro an, dann sieht man die beiden Fehler noch offensichtlicher. Denn die Haushalte mit geringem Einkommen bekommen dann überhaupt kein klassisches Einkommen mehr. Das heißt, man erwartet, dass sie arbeiten, kann diese Arbeit also solche in diesem Modell aber überhaupt nicht bezahlen.

Dieser Effekt zeigt sich auch schon bei 800 Euro Grundeinkommen: In der Gruppe A sinken die klassischen Einkommen auf 20 % des derzeitigen Wertes in der Gruppe C aber nur auf 77 %. Gerade wenn man mit Helmut Creutz davon ausgeht, dass in der oberen Gruppe die Einkommen überwiegend Zinseinkünfte sind muss es natürlich besonders schmerzen, dass die Arbeitseinkünfte viel mehr gestutzt werden als die Zinseinkünfte.

Creutz schreibt im vorletzten Satz, dass es eine kritische Grenze als Anreiz zu Erbringung von Arbeit gibt. Das ist aber kein Problem, sondern der Schlüssel zur Lösung! Salopp gesagt: Die reichen Bonzen der Haushaltsgruppe C werden es schon merken, wenn ihnen niemand mehr den Dreck wegräumt und niemand mehr zu ihrer Bereicherung schuftet. Mir ist es völlig unverständlich, dass ausgerechnet Creutz davon ausgeht, dass sich die Einkünfte der Haushalte mit hohem Kapitaleinkommen nicht ändern dürfen.

Im Weiteren will der Autor dann zeigen, dass die Umverteilung durch Zinsen höher ist als die Umverteilung durch Grundeinkommen.

Hier muss ich aber schon bei Tabelle 3 aussteigen, nach der die Einkünfte aus Zinsen in der Gruppe C mit 417 Mrd Euro höher wären als deren Gesamteinkommen von 339 Mrd Euro nach Tabelle 1. Dass das nicht sein kann, ist klar. Vielleicht wurde hier unzulässig Brutto mit Nettoeinkommen vermischt (bis zu dieser Stelle wird im Aufsatz richtigerweise immer von den verfügbaren Einkommen, also den Nettoeinkommen ausgegangen), vielleicht liegt ein anderer Rechenfehler vor.

Leider kann ich daher nicht weiter diesen Teil der Argumentation nachvollziehen. Bei plausiblen Zahlen hätte ich untersucht, ob wenigstens hier das Argument der Umverteilung und des Lastentragens trifft. Dazu hätte ich wie beim BGE zum Vergleich noch ein fiktives Modell mit „abgeschafften“ Zinsen hinzuziehen müssen und dargestellt, wie paradox es wäre, von gleichbleibenden Einkommen der Gruppen auszugehen.

Nicht nachvollziehbar ist auch die Behauptung, dass „die sozial positiven Wirkungen eines BGEs ... durch kapitalbedingte Einkommensströme ins Gegenteil verkehrt“ werden sollen. Grundeinkommen macht alles noch schlimmer? Diese Aussage widerspricht auch dem Resümee des Aufsatzes, wonach durch ein BGE „die Situation zwischen den Haushaltsgruppen“ entspannt wird.

Fazit: Creutz argumentiert im Kreis, wenn er stillschweigend davon ausgeht, dass nach Einführung eines Grundeinkommens die Höhe der Gesamteinkommen der einzelnen Haushaltsgruppen eingefroren ist um danach eben dies zu beklagen. Creutz hat sich sicher sehr verdient gemacht, indem er auf das wachsende Problem der Einkommensverteilung von arm nach reich hinweist. Er hat sicher recht, wenn er davon ausgeht, dass dieses Problem allein durch ein Grundeinkommen nicht zu lösen ist. Er unterschätzt aber das revolutionäre Potential das darin liegt, wenn die reichen Haushalte nicht mehr die armen über Existenzsorgen erpressen können. Er unterschätzt auch, dass gerade ein Grundeinkommen der Frage nach den Zinseinkommen ganz neuen Schwung geben kann, dass es die Lunte sein kann die auch das Zinssystem in seiner heutigen Form zum Einstürzen bringen könnte.

Hurra, wir dürfen zahlen

Wer beim Titel „Hurra wird dürfen zahlen – der Selbstbetrug der Mittelschicht“ eine Abrechnung mit dem Staat erwartet, der die arme Mittelschicht ausplündert, hat die Autorin Ulrike Herman falsch eingeschätzt.

Stattdessen bügelt Ulrike Herman mit viel Sachverstand, Sprachgewandtheit und Klarheit der Gedanken eben diese Opferhaltung völlig gegen den Strich.

Die Mittelschicht, so ihre These, ist nicht Opfer, sondern Täter. Eine These, die schon alleine wegen des demokratischen Stimmenanteils der Mittelschicht kaum widerlegt werden kann.

Ausführlich erläutert Hermann, dass der Selbstbetrug der Mittelschicht darin liegt, dass sie sich gegen die Menschen der Unterschicht wendet. Diese seien nur faul und lägen der Mittelschicht auf der Tasche. Aufgrund dieser Falscheinschätzung winkt die Mittelschicht alles durch, was in Wirklichkeit nur der Oberschicht dient. Weil die Mittelschicht die Armen verachtet, nimmt sie mit Freude Steuerreformen an, die in Wirklichkeit nur Geld von der Mittelschicht zur Oberschicht fließen lassen. So merken die Menschen der Mittelschicht auch nicht, dass sie als Zwangsmitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung alle Solidaritätsbeiträge tragen, während sich die Oberschicht aus dieser Verantwortung herauszieht und dafür eine erstklassige medizinische Privatversorgung erhält. Ausgerechnet die Gewerkschaften seien es gewesen, die in den Gründungsjahren der Bundesrepublik dieses Modell der Krankenversicherung durchsetzen, schon damals in völliger Verkenntnis der Verhältnisse.

So kommt Hermann zu dem Schluss: „Die Spitzenverdiener werden begünstigt, weil die Mittelschicht ihrer Aversion gegen den Staat blind nachgibt.“

Was hat das mit Grundeinkommen zu tun? Auch die Grundeinkommensdiskussion wird oft beherrscht von der Aversion gegen die Unterschicht: „Wird dort noch genug gearbeitet? Wir Mittelständler wollen nicht die Einkommen der Armen bezahlen!“ Würde die Mittelschicht den Staat als ganzen Organismus sehen und nicht nur auf ihre scheinbaren (!) Vorteile pochen, dann sähe das Thema Grundeinkommen für die Mittelschicht ganz anders aus.

Eine Milliarde für Süderlenau

Eigentlich eine reizvolle Idee, neben den vielen Sachbüchern das Thema „Grundeinkommen“ einmal literarisch aufzugreifen. Doch dieser Roman von Astrid Wenke ist leider enttäuschend. Schon in der Einleitung wird die an sich originelle Idee, dass es sich eine Millionärin leisten kann, per Notbremse aus ihrem Dorf einen Intercity-Halt zu machen, fade zerredet. Der ganze Roman streift in endlosen fantasielosen Dialogen oberflächlich das, was auf sachlicher Ebene schon viel intensiver und schillernder behandelt worden ist. Dies wird nicht besser, wenn in den Strang der Dialoge zusätzliche Themen wie

Frauenliebe, Kunst, vegane Ernährung, Demonstrationen, Regenwald und weitere Modetrends eingeflochten werden.

Den schwachen Roman könnte man mit dem Sachthema entschuldigen, die oberflächliche Behandlung des Sachthemas mit dem romanhaften Ansatz erklären.

Trotzdem: Wer sich noch gar nicht mit dem Thema beschäftigt hat und keine allzu hohen literarischen Erwartungen hat, der wird sicher den einen oder anderen Aspekt mitnehmen und vielleicht sogar etwas Neugierde für die Einkommensfrage entwickeln.

Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen wäre das nicht passiert

...

Nachfolgend einige Beispiele, wie aktuelle Fragestellungen im Licht eines Grundeinkommens anders aussehen würden.

Arbeitgeber fordern Ende des 8 Stunden-Tages

Im Sommerloch 2015 flammt eine Diskussion auf, ob der 8-Stunden Tag noch zeitgemäß sei. Die Positionen sind wie immer polar: Arbeitgeber wollen die Regelungen der Arbeitszeit flexibilisieren, die Arbeitnehmerseite hält dagegen. Dass in dieser Diskussion das bedingungslose Grundeinkommen noch nicht auftaucht, zeigt, dass es noch nicht in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Dabei wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen, wie so oft, auch hier der Schlüssel zur Lösung. Selbst bei der flexibelsten gesetzlichen Arbeitszeitregelung wäre keiner mehr gezwungen, länger zu arbeiten, als er will oder kann. Denn mit einem Grundeinkommen wird überhaupt niemand mehr gezwungen, zu arbeiten. So gesehen, könnten gesetzliche Arbeitszeitregelungen sogar komplett wegfallen. Wobei solch ein extremer Ansatz sicher nicht in allen Fällen vernünftig ist. Ich wäre schon ganz froh, wenn ich weiß, dass der Busfahrer, der meine Kinder fährt, nicht schon seit 20 Stunden hinterm Steuer sitzt und dass der Arzt, der mich operiert, nicht vor Müdigkeit mit dem Skalpell ausrutscht. Für solche Fälle müssten Regeln verbleiben. Doch sind das keine arbeitsrechtlichen Regeln, sondern branchenspezifische Sicherheitsstandards, genau so wie die TÜV-Kontrolle des Busses oder Hygienevorschriften im Krankenhaus. Ansonsten soll ruhig der kreative EDVler 14 Stunden am Stück arbeiten. Ob das, was dabei rauskommt, in Relation zu seinem Gehalt steht, ob er solch einen Job überhaupt annimmt, das sollen er, seine Firma und seine Kunden entscheiden, nicht aber der Gesetzgeber. Vielleicht leisten auch manche mit 4 Stunden Arbeitszeit mehr als heute mit 8, wer weiß, das ist sicher in jeder Branche und bei jedem Menschen anders. Mit einem Grundeinkommen könnten weder die Arbeitgeber über mangelnde Flexibilisierung klagen (falls sie nicht in Wirklichkeit Zwang zur Mehrarbeit meinen). Noch könnten sich die Arbeitnehmervertreter über Ausbeutung und Überforderungen beschweren (falls sie dabei nicht in Wahrheit die Entmündigung ihres Klientels im Auge haben).

Arbeitgeber und Arbeitnehmer streiten sich publikumswirksam über Stunden und Minuten, halten aber in der wirklich wichtigen Frage, ob Einkommen bedingungslos sein sollte, wie Pech und Schwefel zusammen.

Stress am Arbeitsplatz macht die Menschen krank

Anfang 2013: In allen Medien wird der Frage nachgegangen, ob der Stress am Arbeitsplatz noch erträglich ist, wie die wachsenden psychischen Belastungen

erträglicher gemacht werden könnten und was es mit den rapide zunehmenden Fällen von Depression und Burnout auf sich habe. Patentrezepte schießen aus dem Boden. Der eine empfiehlt mehr spazieren gehen, für den anderen liegt es am fehlenden Mindestlohn und viele rufen nach zusätzlichen Gesundheitsverordnungen und Kontrollen.

Ist es aber mit dem Stress nicht wie mit dem Lärm? Schlimm ist nicht der, den man selbst erzeugt, sondern der, dem man hilflos ausgeliefert ist. Wer gezwungen ist zu arbeiten, weil sonst seine Existenz nicht gesichert ist, für den ist der Stress nicht freiwillig. Er kann nicht nein sagen, wenn es ihm zu viel wird, kann nicht aussteigen oder kürzer treten. Er ist gezwungen, weiterzumachen und seine Gesundheit zu ruinieren.

Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen können Berufstätige aussteigen, ohne dass ihre Existenz gefährdet ist. Schon das Wissen, aufhören zu können, wird Belastungen ertragbarer machen. Das Wissen, dass jemand aussteigen könnte, wird aber auch Kollegen, Vorgesetzte und Firmeninhaber etwas behutsamer mit ihren Mitarbeitern umgehen lassen. Alles in Freiheit, ganz ohne Verordnungen und Gesetze.

Natürlich: Stress, Burn-Out und Depressionen wird ein Grundeinkommen nicht ausrotten. Immer werden Menschen schlecht mit ihrer eigenen Gesundheit umgehen. Aber wer will sich ein Urteil darüber erlauben, was andere mit Ihrem Leben machen? Hauptsache, wir zwingen niemanden mehr zu seinem Unglück.

Bundesfreiwilligendienst: Alle Plätze sind voll!

Der Bundesfreiwilligendienst ermöglicht es, freiwillig in sozialen Bereichen zu arbeiten. Die Bezahlung gleicht mehr einem besseren Taschengeld als einem Gehalt. Trotzdem gibt es inzwischen mehr Bewerber als Plätze. „Ansturm der Engagierten“ titelt die Frankfurter Rundschau am 29.6.2012, demnach gibt es doppelt so viele Bewerber wie Plätze, aber alle Bundestagsfraktionen sind gegen eine Aufstockung.

Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen gäbe es keine solche Situation. Es gäbe erst gar keinen Bundesfreiwilligendienst. Denn jeder, der sich für ein Taschengeld sozial engagieren will, könnte das einfach tun. Und keine Behörde würde bestimmen, wie viele Menschen hier was zu welchen Bedingungen tun. Kein Politiker hätte über irgendeine Aufstockung zu befinden.

Altersarmut - ein Beispiel für Realitätsverweigerung

Mit einem Grundeinkommen gäbe es keine Altersarmut. In der im Sommer 2012 entbrannten öffentlichen Debatte über Armut im Alter werden aber andere Vorschläge gemacht. Vorschläge, deren Ziel es offensichtlich nicht ist, Armut zu verhindern, sondern den eigenen Irrglauben zu retten.

Nämlich den Irrglauben, dass der einzelne Mensch von seiner Erwerbsarbeit lebe. Weil das aber nun ganz offensichtlich nicht funktioniert, wird passend gemacht, was nicht passt: Nur wer eine lebenslange Erwerbsarbeit nachweisen kann, soll eine gewisse Mindestsicherung erhalten.

Zu der heiligen Kuh Erwerbsarbeit kommt der Glaube finanzieller Rücklagen. Dabei lebt kein Mensch im Alter von seinen Rücklagen, sondern von der Produktivität der Gesellschaft. Auch hier wird passend gemacht, was nicht passt, wenn das Rücklagen-machen Voraussetzung für Mindestsicherung ist.

Das wäre etwa so, als würde man hungernden Menschen in der Sahara sagen, „nur wer sät und seinen Acker pflügt kann ernten“, also geben wir nur denen etwas zu essen, die nachweisen, dass sie Weizenkörner in den unfruchtbaren Sand legten und einen Pflug durch die Wüste zogen. Hauptsache wir können an unseren realitätsverweigernden Begriffen festhalten.

Selbständige sollen kein Hartz IV erhalten?

Juni 2011: Es flammt eine Diskussion darüber auf, dass so viele Hartz-IV-Empfänger selbständig sind. Heinrich Alt sagt als Vorstand der Bundesagentur für Arbeit dazu:

„Irgendwann muss man schwarze Zahlen schreiben oder - so weh es tut - die Selbständigkeit aufgeben. Der Steuerzahler kann nicht auf Dauer eine nicht tragfähige Geschäftsidee mit finanzieren.“ (Süddeutsche Zeitung, 16.6.2011).

Aha, dann sitzt der Unternehmer zu Hause auf dem Sofa, tut nichts mehr für die Allgemeinheit, aber das wäre dann eine Sache, die der Steuerzahler nicht nur mit- sondern sogar komplett finanzieren soll? Als besonders perfide sieht es die Bundesagentur für Arbeit dann auch noch an, wenn so ein Selbstständiger auch noch reguläre Arbeitsplätze geschaffen hat. So ein Laden muss stillgelegt werden, Chef und Angestellte sollen gar nichts mehr tun und die Welt ist wieder in Ordnung.

Hier zeigt sich schon fast karikaturhaft die Sackgasse, in der das heutige Denken steckt. Gäbe es ein Grundeinkommen, man würde überhaupt nicht verstehen, wo genau bei solchen Selbständigkeiten ein Problem sein soll. Wo es kein Hartz IV gibt, kann man es auch nicht kürzen.

Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen hätte es so ein Statement also gar nicht gegeben.

Energieabgabe bringt Grundeinkommen und Energiewende

Die Bundesregierung will - aus guten Gründen - eine Energiewende. Dazu müssten aber Millionen von Wohnhäusern energiesparend saniert werden. Das kostet Geld, und keiner will bezahlen.

Also wird wieder laut nach Förderprogrammen gerufen. Aber auch dafür ist kein Geld da. Und so heißt es im August 2011: „Gebäudesanierungen kommen nicht voran, Sanierungen rückläufig“ (Handelsblatt, 23.8.2011)

Wie wäre es mit folgendem Vorschlag: Ein drastischer Aufschlag auf die Preise für Gas, Öl und Strom. Diese Einnahmen fließen nicht in Förderprogramme, sondern werden gleichmäßig an alle Bürger wieder ausgezahlt.

Wer durchschnittlich viel Energie verbraucht, kommt dabei plus minus Null aus.

Die Energieabgaben, die er bezahlt, sind genau so hoch, wie die Auszahlung, die jeder erhält. Wer weniger Energie verbraucht freut sich. Wer aber überdurchschnittlich viel Energie verbraucht, zahlt drauf. Für alle gibt es einen hohen Anreiz, Energie zu sparen. Viele Investitionen in Energiesparmaßnahmen würden sich lohnen, die bei den heutigen Bedingungen kein kühl rechnender Hausbesitzer tätigen würde.

Warum aber kein Förderprogramm, sondern eine bedingungslose Ausschüttung an jeden? Förderprogramme schneiden die Freiheit des einzelnen ein, weil der Staat bestimmt, was gefördert wird und was nicht. Bestimmte Solaranlagen werden gefördert, andere nicht, die Dämmung eines unbeheizten Ferienhauses wird bezahlt aber der Umzug in einer energiesparendere Wohnung nicht. Förderprogramme verschärfen die sozialen Unterschiede, weil nur die Geld bekommen, die etwas besitzen (die Abgaben werden aber von allen bezahlt). Förderprogramme bremsen die technische Entwicklung, weil planwirtschaftlich festgelegt wird, was gemacht wird und was nicht, weil die Intelligenz und Zeit der Architekten und Ingenieure vergeudet wird, wenn sie als Lotsen im Förderdschungel beansprucht werden.

Vielleicht würde die Energieabgabe ein Feuerwerk an Ideen und Umsetzungen entzünden, wie man es sich gar nicht vorstellen kann? Dann würde die Marktwirtschaft mit ihrem Wettbewerb der Ideen für einen Energieumschwung sorgen. Alleine schon die Ankündigung eines solchen Programms, das natürlich mit kleinen Beträgen beginnend schrittweise umgesetzt würde, könnte Wunder wirken.

Tausende von Bürokraten, die sich derzeit Förderprogramme ausdenken und überwachen würden ihre planwirtschaftliche Arbeit verlieren und könnten sich z. B. auf den Baustellen nützlich machen. Hauseigentümer würden nicht mehr überlegen, was gefördert wird, sondern was Energie spart.

Es gäbe einige Schwierigkeiten, die zu lösen wären. Wer einen hohen Energieverbrauch hat und nun auch noch hohe Abgaben zahlen muss, verfügt über wenig Geld für Investitionen. Hier können Banken helfen, wo z. B. unterdurchschnittlich Verbrauchende ihr Geld anlegen könnten. Oder falls doch jemand unbedingt ein Förderprogramm auflegen will, könnte man staatliche Bürgschaften für Kredite vergeben.

Eine harte Nuss wären Gewerbe und Industrie, die im Wettbewerb mit dem Ausland stehen, wo es noch keine Energieabgaben gibt. Man könnte die Unternehmen notfalls von den Abgaben ganz oder teilweise befreien. Oder man macht Ausgleichszahlungen für die erzeugte Wertschöpfung, vielleicht mit je nach Branche (Aluminiumwerk mehr als Anwaltskanzlei) unterschiedlichen Sätzen. Was im Nebeneffekt auch noch die Steuerhinterziehung etwas dämpfen würde.

Was hat das alles mit dem Grundeinkommen zu tun? Jeder bekäme bedingungslos einen Beitrag ausgezahlt. Dessen Höhe wäre zwar, wenn die Abgaben realistisch bleiben sollen weitaus geringer als ein Grundeinkommen und er würde beim Durchschnittsbürger von den Energieabgaben wieder aufgefressen werden. Aber es wäre ein Schritt, der zahlungstechnisch schon mal das Grundeinkommen vorwegnimmt und weg vom alles kontrollierenden und lenkenden Staat hin zum mündigen Bürger geht.

Energieabgaben können ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht ersetzen: Wenn die Zeit der fossilen und atomaren Energie zu Ende gegangen sein wird,

und unsere Energieversorgung zu 100% aus regenerativen Energien besteht, dann wird kein einziger Euro mehr in die Kasse der Energieabgaben fließen.

Die Höhe der Beträge würde sich etwa in folgendem Rahmen bewegen: Beträgt die Abgabe 10 Cent je Kilowattstunde (das wäre eine gute Verdopplung der Heizenergiepreise), so beträgt das Aufkommen einer Person in einer Wohnung mit durchschnittlichem Heizenergieverbrauch 630 Euro je Jahr (42 m² Wohnfläche laut Statistischem Bundesamt, Heizenergieverbrauch 150 kWh je m²). Genau soviel bekommt jeder ausgeschüttet. Beispiel: Eine Mutter wohnt mit einem Kind in einer 60 m² Wohnung im Mehrfamilienhaus mit wenig saniertem Altbau typischen Heizenergieverbrauch von 180 kWh je m². Sie zahlt dann eine Energieabgabe von 1080 Euro je Jahr, bekommt aber für zwei Personen 1280 Euro erstattet, macht also noch ein kleines Plus und wird obendrein ein großes Interesse zeigen, eine energiesparendere Wohnung zu bekommen.

Einen ähnlichen Ansatz gibt es übrigens in der Schweiz unter dem Namen „Lenkungsabgabe“.

Urheberrechtsschutz und ACTA

Angeblich soll das ACTA-Abkommen zum Urheberrechtsschutz arme Künstler absichern, die sonst mangels Einkommen nicht kreativ sein könnten.

Sicher: Wer kein Einkommen hat, kann auch keine Lieder komponieren, keine Musik machen und keine Bücher schreiben. Die richtige Lösung wäre aber keine Kontrolle und kein Dirigismus, sondern ein Grundeinkommen. Zumal gerade im künstlerischen Bereich ja immer zuerst das Einkommen da sein muss, damit hinterher die Kreativität kommen kann.

Mit einem Grundeinkommen wäre das Problem zwar nicht ganz gelöst, aber zumindest zur Hälfte, der Druck wäre aus dem Kessel. Jeder hätte so viel Einkommen, dass er davon leben kann und kreativ sein kann. Und da kaum alle Ergebnisse der künstlerischen Arbeit unbezahlt in dunklen Kanälen vertrieben werden, hätten fleißige und anerkannte Künstler sicher auch ohne staatlichen Kontrollapparat noch ein Zusatzeinkommen.

Wer also wirklich für die Freiheit der Kunstschaffenden eintreten will, täte besser mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen einen Schritt in Richtung Freiheit anstatt mit ACTA einen Schritt in Richtung Zensur.

Die drei schlechtesten Argumente gegen das Grundeinkommen

Über vieles kann man diskutieren und verschiedener Meinung sein. Aber einige immer wieder genannte Argumente gegen das Grundeinkommen zeigen nur, dass nicht verstanden wurde worum es geht. Es sind objektiv unzutreffende Scheinargumente.

Argument 1: Das Grundeinkommen ist eine Stilllegungsprämie

„... dadurch hätte das bedingungslose Grundeinkommen die Wirkung einer Stilllegungsprämie für Menschen ohne Arbeit.“ Christian Lindner, 23.4.2012 in Abgeordnetenwatch.

Eine Stilllegungsprämie bekommt man, wenn man etwas stilllegt. Bedingungsloses Grundeinkommen ist aber in keiner Weise an die Bedingung einer Stilllegung gekoppelt. Jeder bekommt es, egal ob und was er tut. Insofern ist der Begriff der Stilllegungsprämie völlig unzutreffend. Heute allerdings, wo nur Menschen Sozialleistungen erhalten, wenn sie ausdrücklich nachweisen, nichts für die Gesellschaft tut, heute habe wie eine Stilllegungsprämie!

Argument 2: Arbeit wird entwertet

„Dagegen hilft ... kein Bürgergeld, das Arbeit und Leistung völlig entwertet“. Heidemarie Wieczorek-Zeul, Abgeordnetenwatch vom 17.6.2010

Was ist der Wert der Arbeit? Wenn er sich in der Höhe des Lohns ausdrückt, dann würde Grundeinkommen tatsächlich Arbeit entwerten, weil logischerweise weniger Geld für Netto-Arbeitseinkommen zur Verfügung steht, wenn ein Grundeinkommen ausgezahlt wird.

Ist der Wert der Arbeit aber das gleiche wie das Geld, das man dafür bekommt? Dann wäre Kindererziehung eine völlig wertlose Arbeit. Ehrenamtliche Arbeit wäre nichts wert. Man müsste so gesehen aber auch keine Angst haben, dass mit einem Grundeinkommen keiner mehr die Toiletten putzt und den Dreck wegmacht, denn wenn es nach der derzeitigen Bezahlung geht, ist diese Arbeit ja ohnehin fast nichts Wert.

Einen hohen Wert hätte allerdings die Tätigkeit des auf-dem-Sofa-Liegens, sofern man Millionär ist und alleine mit seinen Zinseinkünften ein sehr gutes Leben haben kann.

Der Wert der Arbeit liegt in ihr selbst. In dem Nutzen den sie anderen Menschen bringt. Insofern sind die heutigen staatlich verordneten Zwangsarbeiten bei Hartz-IV-Empfängern tatsächlich eine Entwertung der Arbeit, weil sie oft völlig nutzlos sind. Aber echte Arbeit kann man eigentlich gar nicht entwerten.

Argument 3: Staatliche Hilfe soll die Ausnahme sein für die, die sich nicht selbst

versorgen können.

Unser Staat bzw. die Solidargemeinschaft hilft Menschen, die etwa durch Arbeitslosigkeit in Notlagen geraten sind, um ihnen die Existenz zu sichern. Und das ist auch gut so. Wer mehr von der Solidargemeinschaft erwartet, hegt ein Staatsverständnis das ich nicht teile.

Ilse Aigner in Abgeordnetenwatch, 24.3.2010

Wer so argumentiert, der hat die Kulturgeschichte der letzten Jahrhunderte verschlafen. Der Staat, das sind wir alle. Und wir leben heute alle ausschließlich von der Arbeit anderer. Keiner stellt seine Kleidung selbst her, keiner baut sein Gemüse selbst an. Unterstützung von anderen ist nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Nur dadurch, dass die Gemeinschaft uns versorgt, ist Arbeitsteilung überhaupt möglich. Staatliche Hilfe, das ist das Erfolgsmodell, mit dem wir es aus dem kargen Dasein auf dem Selbstversorgungshof in den enormen heutigen Wohlstand geschafft haben.

Wer fordert, dass staatliche Hilfe die Ausnahme sein soll, der muss auch sagen: „Willkommen im wilden Westen. Sei dein eigener Cowboy, bau dir deine eigene Ranch. Versorge Dich selber. Knall alle ab, die sich Deiner Farm zu nahe kommen. Und spende sonntags ein paar Reste aus der Küche für die Armen.“

Viel verständlicher wäre es zu fordern, die Abhängigkeit von staatlicher Verwaltung zu minimieren. Wer wirklich nicht will, dass Behördenwillkür darüber entscheidet, wer etwas bekommt und wer nichts bekommt, wer nicht will, dass Kultur nur mit Zuschussanträgen an die Behörden leben kann, wer die Menschen wirklich unabhängig von staatlicher Gängelei machen will, gerade der wird sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen begeistern können!

Die drei ernsthaftesten Argumente gegen das Grundeinkommen

Es gibt ernsthafte Einwände gegen das Grundeinkommen, mit denen sich auch die Befürworter auseinandersetzen sollten.

Argument 1 „Dann wollen alle nach Deutschland einreisen“

In der Tat nicht so einfach. Dieses Argument ließe sich zwar auf alles anwenden, was das Leben besser macht. Umweltschutz? Je dreckiger es hier ist, desto weniger wollen kommen! Friedliches Leben? Dann ziehen wir ja alle Feiglinge an! Wohlstand? Bloß nicht, dann wollen ja alle kommen.

Andererseits: Natürlich leben wir davon, dass hier etwas gemacht wird. Zehn, zwanzig oder gar fünfzig Prozent (scheinbare) „Nichtsteuer“ dürften bei der heutigen Produktivität kein Anlass zur Sorge sein, wenn man aber wie ein Magnet die „Faulpelze“ aus der ganzen Welt anzieht, dann hat man ein Problem.

Man muss also klären, wer dazu gehört und wer nicht, was ja auch schon heute sehr restriktiv gehandhabt wird. Ein Grundeinkommen dürfte an der Art und Höhe unserer Zäune nicht viel ändern. Andererseits könnte ein Grundeinkommen auch das Leben in anderen Ländern wieder attraktiver machen, wenn es dort auch eingeführt wird. Und ganz langfristig könnte man

auch in Richtung eines Grundeinkommens als weltweites Menschenrecht denken. Mit dem Zwischenschritt eines europaweiten Grundeinkommens.

Argument 2 „Dann arbeitet keiner mehr“

Lange habe ich überlegt, ob dieses Argument zu den besten oder zu den schlechtesten Argumenten gegen das Grundeinkommen zählt. Für „schlecht“ spricht, dass es auch bei einem Grundeinkommen noch Gehälter und somit materielle Anreize gibt, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Für „schlecht“ spricht die Lebenserfahrung, dass heute die meisten nicht nur so viel arbeiten, bis sie gerade ihre 800 oder 1.000 Euro verdient haben. Für „schlecht“ spricht auch, dass wir alle wissen, dass der Mensch nicht nur arbeitet, um Geld zu verdienen, sondern auch wegen der sozialen Anerkennung oder einfach des Arbeitsinhalts wegen. Trotzdem ist dieses Argument zu den ernsthaften zu zählen. Weil nämlich die Frage „Arbeitet dann noch jemand?“ durchaus konstruktiv ist. Warum arbeiten wir eigentlich? Wieviel arbeiten wir? Was arbeiten wir? Wer bestimmt, wie wir arbeiten? Wie organisieren wir die gemeinsame Arbeitsteilung? Dürfen wir andere Menschen zwingen für uns zu arbeiten, oder ist es Zwangsarbeit, wenn ansonsten die Grundlagen der Existenz entzogen werden? Das sind alle Fragen, die zu den Grundlagen des Grundeinkommens führen, die zu einem Verständnis führen.

Auch wenn viele Befürworter eines BGEs meinen, hier mit harten Beweisen auffahren zu können. Es ist unmöglich vorzuberechnen, wie der Mensch sich mit einem Grundeinkommen verhalten wird. Es sei denn, man geht davon aus, dass der Mensch kein freies Wesen ist.

Argument 3 „Arbeit als Pädagogik“

Heute ist es so, dass der Zwang zu einem Arbeitseinkommen erzieherisch wirkt. Arbeit hält uns davon ab, die Zeit sinnlos zu verplemben, sie motiviert uns aufzustehen, etwas zu lernen, für andere etwas zu tun. Wenn Müßiggang aller Laster Anfang ist, dann kann es nur gut sein, wenn wir davon abgehalten werden.

Ganze Generationen sind so erzogen worden, und auch heute noch leben wir so. Man kann nicht abstreiten, dass auf diesem Boden enorme wirtschaftliche Leistungen hervorgebracht wurden und sich die Menschen in der Tat dadurch auch entwickelt haben.

Aber alles hat ein Ende, auch diese Phase. Denn nur ganz bestimmte persönliche Entwicklungen und Leistungen können aufgrund dieses Druckes entstehen. Künstlerisches, Soziales, Meditatives und Geisteswissenschaftliches wird so nicht gefördert. Hierzu ist viel mehr innere Motivation erforderlich.

Will der Mensch sich heute weiter entwickeln, so muss er dies immer mehr aus eigenem Antrieb heraus tun. Ohne, dass er es muss. Das ist schwer. Es ist viel einfacher, sich aufzuraffen den Acker zu bestellen, weil man sonst mit Sicherheit im Winter verhungert, als sich aufzuraffen, ein wirklich anspruchsvolles Buch zu lesen oder für jemand anderen etwas zu tun, ohne eine Gegenleistung einzurechnen.

Da wir aber eine immer höhere Produktivität haben, entfällt ohnehin der Druck des sonst-verhungern-müssens. Deshalb wird er heute künstlich aufgebaut.

Heute verhungert nicht der, der seinen Acker vernachlässigt, sondern der, der nicht bereit ist, an der neuesten 3D-Soundtechnik mitzuarbeiten oder wenigstens Abos für Fernsehzeitungen zu verkaufen.

Dieses Gegenargument der „Arbeit als Erziehung“ ist insofern berechtigt, als es die Frage aufwirft, wie wir motiviert werden, an uns und der Gesellschaft zu arbeiten. Es mag sein, dass das Grundeinkommen alleine noch keine ganze Antwort ist. Vielleicht muss sich die ganze Kultur ändern. Es müsste eine Kultur entstehen, in der sich die Menschen ohne äußeren Zwang entwickeln. Vielleicht ist das Grundeinkommen der Geburtshelfer einer solchen Kultur. Und wer die Augen aufmacht, sieht, dass diese Kultur schon heute zu sprießen beginnt.

Die drei schlechtesten Argumente für das Grundeinkommen

Nicht alles ist Gold was glänzt. Manche Argumente pro Grundeinkommen sollte man lieber nicht benutzen, auch wenn sie sich spontan verlockend anhören.

Argument 1. „Ein bedingungsloses Grundeinkommen lässt sich schon aus den bisherigen Sozialsystemen finanzieren, wenn das Geld gleichmäßig auf alle verteilt wird.“

Eine kleine Kopfrechnung überzeugt sofort vom Gegenteil. Das ALG 2 Geld wird schon heute von vielen als zu gering angesehen. Es wird aber nur von 5 Millionen Menschen bezogen. Verteilt man es auf alle 80 Millionen Einwohner macht das etwa 24 Euro im Monat für jeden. Ein lächerlicher Betrag, selbst wenn man noch großzügig Verwaltungskosten hinzurechnet.

Die Renten auf alle umzuverteilen ergäbe zwar immerhin ca. 250 Euro je Person, wäre aber ein sehr heikles Unterfangen, weil die Rentner ja in gutem Vertrauen Beiträge einbezahlt haben. Zwar könnte man, weil jeder Rentner auch ein Grundeinkommen erhielte, vielleicht die Hälfte der Rentenkasse umlegen. Ergäbe zusätzliche 125 Euro im Monat für jeden, von Finanzierung eines Grundeinkommens kann immer noch keine Rede sein.

Viel mehr bleibt dann zum Umverteilen gar nicht übrig. Bei den Gesundheitskosten kann man nichts abknapsen. Diese würden auch in einem System mit BGE in gleicher Höhe anfallen (Es sei denn, mit BGE wären plötzlich alle kerngesund). BAFÖG wird zurückgezahlt. Man könnte noch einige weitere Sozialleistungen umlegen, aber nicht jede Sozialleistung kann komplett abgeschafft werden, wie z. B. Hilfe bei schweren Krankheiten und Behinderungen oder beratende Sozialarbeit. Allenfalls Kindergeld und Elterngeld könnten noch entfallen, aber so viele Kinder gibt es bei uns ja auch nicht, als dass das noch viel ausmacht.

Das, was für wenige kaum reicht, kann für alle schon gar nicht reichen: Eine Umverteilung der bestehenden Sozialgelder kann ein Grundeinkommen nur zu einem kleinen Anteil finanzieren.

1) Etwa fünf Millionen Personen erhalten heute ALG2 (Statistisches Jahrbuch 2010 für das Jahr 2009, Abschnitt 8.9.1). Auf alle 80 Millionen Einwohner verteilt bekäme jeder 6 % des heutigen Betrages. Die derzeitige Höhe des ALG2-Geldes von größenordnungsmäßig 400 Euro wird von vielen als zu gering angesehen. 6 % davon macht 24 Euro im Monat für jeden, und läge damit um Welten unter dem Wert, der als ernsthaftes Grundeinkommen gesehen werden könnte, selbst wenn man noch Verwaltungskosten hinzurechnet.

Argument 2. „Grundeinkommen schafft Arbeitsplätze“

Wer die Allzweckwaffe „wir schaffen Arbeitsplätze“ auf das Grundeinkommen anwendet, widerspricht sich selbst. Der Beweggrund für ein Grundeinkommen ist es ja eben nicht, Menschen in die Abhängigkeit von Arbeitsplätzen zu bringen und ihnen dann gnadenvoll „Arbeitsplatzgeschenke“ anzubieten. Sondern es geht darum, dass das Einkommen der Menschen eine Sache ist und die Arbeit eine andere. Mit „wir schaffen Arbeitsplätze“ kann man eben nur dann punkten, wenn es kein bedingungsloses Grundeinkommen gibt und die Bürger auf Arbeitsplätze angewiesen sind..

Natürlich müssen erforderliche und gewünschte Produkte und Dienstleistungen auch bereitgestellt werden. Wie viele Arbeitsplätze dazu erforderlich sind, ist

zweitrangig. Letztlich wäre es sogar besser, die Produkte mit möglichst wenig Arbeitsaufwand herzustellen. Dann wäre Zeit für anderes gewonnen. Nennt man das auch Arbeit, könnte man sogar sagen „Einkommen schafft Arbeit“. Aber nicht mit dem Fokus auf dem ArbeitsPLATZ, sondern mit den Fokus, dass nur der sich einbringen kann, der satt ist und ein Dach über dem Kopf hat.

Außerdem ist es keineswegs eine ausgemachte Sache, ob die Zahl der Erwerbsarbeitsplätze mit einem Grundeinkommen steigen oder sinken würde. Vielleicht ja, wenn mehr in Teilzeit gearbeitet wird, die Menschen noch mehr Freude an der dann mehr freiwilligen Arbeit haben und weil mehr konsumiert wird, vielleicht nein, weil keiner mehr gezwungen ist, Produkte anzubieten, hinter denen er nicht steht und die dann womöglich ohnehin keiner mehr haben will. Wie zum Beispiel der ganze Zirkus rund um das Thema „Management der Arbeitslosigkeit“ .

Aber wer käme in einer Gesellschaft mit Grundeinkommen noch auf die Idee, die Arbeitsplätze zu zählen?

Argument 3. „Es ist wissenschaftlich bewiesen, dass Grundeinkommen funktioniert“

Bedingungsloses Grundeinkommen wäre ein Menschenrecht. Menschenrechte kann man nicht beweisen. Gesellschaftsmodelle kann man auch nicht beweisen. Genauso wenig wie man beweisen kann, dass unser heutiges System noch lange überlebensfähig sein wird. Wie will man beweisen, dass das Frauenwahlrecht richtig ist? Soll man es wieder abschaffen, wenn der Beweis nicht gelingt? Wer will beweisen, dass man Kinder nicht schlagen soll? Soll man die Prügelstrafe wieder einführen, wenn sich herausstellt, dass geschlagenen Kinder schneller lernen?

Beweise beziehen sich immer auf die Vergangenheit. Aus Beweisen ist noch nie etwas Neues entstanden. Auch der Marxismus prahlte immer damit, dass er wissenschaftlich bewiesen sei.

Wer sich auf Beweise von Wissenschaftlern beruft, hat das Grundeinkommen vielleicht selber nicht richtig verstanden. Wer es verstanden hat, kann es aus sich selbst heraus erklären. Die Entscheidung für oder gegen ein Grundeinkommen ist zu wichtig, um sie an Wissenschaftler zu delegieren.

Die drei besten Argumente für das Grundeinkommen

Diese Argumente für ein Grundeinkommen erschien mir wirklich gut.

1. „Freiheit“

Mit einem Grundeinkommen können die Menschen das tun, was sie als richtig und sinnvoll erkennen. Sie müssen nicht mehr das tun, wozu sie von mächtigeren Menschen gezwungen werden. So können sich Künstler der Kunst zuwenden, ohne um Versorgung betteln zu müssen, Wissenschaftler können forschen, ohne sich den Bedingungen von Staat und Wirtschaft unterwerfen zu müssen, Journalisten können ohne Existenzangst schreiben, was sie als wahr erachten. Wer erschöpft ist, hat die Freiheit sich auszuruhen, und wer seinen

Beruf wechseln will, hat ein Netz, das ihm die Angst vor dem freien Fall nimmt. Mit einem Grundeinkommen werden die Menschen nicht mehr von den Behörden gegängelt. Sie werden davor befreit Nachweise zu erbringen, was sie getan und was sie nicht getan haben.

Ein Grundeinkommen befreit von dem Diktat des Zwangs zu wirtschaftlichem Wachstum. Ein Wachstum das immer weniger zum Zweck hat, Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, sondern immer mehr zum Wachstum als Selbstzweck wird. Wenn dieses sinnlose Wachstum weiter wuchert, dann wird ihm die Umwelt, die Gesundheit und die Freiheit der Menschen geopfert werden müssen. Ein Grundeinkommen zwingt keinen mehr dazu, sich am sinnlosen Wachstum zu beteiligen.

Ein Grundeinkommen wäre Ausdruck für Freiheit, die wir uns und unseren Mitbürgern zugestehen.

2. „Gleichheit“

Vor dem Gesetz sind alle gleich. Was nützt aber diese Gleichheit, wenn man nichts zu essen hat? Wir sind insofern alle gleich, als wir alle tatsächlich ein Grundeinkommen brauchen. Ohne dieses könnten wir nicht existieren. Dass man dieses Grundeinkommen heute meist in Form von Gehalt oder Rente bekommt, ändert nichts an der Tatsache, dass man es braucht. Wenn man es jedem Bürger von Anfang an zugesteht, ganz unabhängig von seinem Status, seinen Fähigkeiten und seinen Anstrengungen, so wäre dies der Ausdruck von Gleichheit in unserer Gesellschaft. Eine Gleichheit die nicht gleich macht, sondern Basis für die Individualität ist.

3. „Brüderlichkeit“

Brüderlichkeit heißt, dass ich meinem Mitmenschen grundsätzlich eine einigermaßen akzeptable Existenz gönne. Und zwar unabhängig von Bedingungen! Wer nur dann helfen will, wenn der andere unverschuldet in Not geraten ist, wer nur dann unterstützen will, wenn der andere sich anstrengt, der handelt nicht brüderlich. Sondern er will sich selber nur als Gutmensch erleben, der einem Opfer hilft. Wer selbstlos sein will, der muss andern ihre Teilhabe an den Früchten unserer Gesellschaft auch dann zugestehen, wenn er keine „Gegenleistung“ erkennen kann. Alles andere wäre nur Berechnung. Insofern kann mit einem Grundeinkommen die Brüderlichkeit in einer Gesellschaft Ausdruck finden.

Und weitere schlechte Argumente gegen Grundeinkommen

I "Das Grundeinkommen erzeugt Working Poor"

Working Poor bezeichnet Menschen, die trotz Arbeit kein ausreichendes Einkommen erzielen, um aus der Armut herauszukommen. Wenn aber bei einem Grundeinkommen jeder per Definition schon so viel erhält, um

einigermaßen anständig leben zu können, dann kann es keine Armut mehr geben. Schon gar nicht bei denen (Working) , die noch etwas dazuverdienen.

II "Auch Millionäre bekommen es"

Natürlich brauchen Millionäre auch ein Grundeinkommen. Denn auch sie können ohne Einkommen nicht existieren. Nur erhalten sie dieses Einkommen derzeit schon auf anderen Wegen. Anders formuliert: Es sind nicht der ersten 800 Euro, die sie nicht brauchten, sondern die letzten 800 Euro brauchen sie nicht.

Es ist einfacher ein Grundeinkommen, das alle brauchen, auch an alle auszuzahlen anstatt auf komplizierten Wegen nach Bedürftigen zu sortieren. Natürlich würde bei den Wohlhabenderen dieses Mehreinkommen durch Steuern wieder abgegriffen. Solch ein Vorgehen wäre viel einfacher und transparenter als das derzeitige.

III "Ein Grundeinkommen ist nicht finanzierbar"

Man muss sich nur mit offenen Augen umsehen um festzustellen, dass genug da ist, um allen eine ausreichende Existenzgrundlage zu geben. Da Geld die Berechtigung ist, Dinge zu kaufen, geht es nur darum, ob wir allen Bürgern das Recht auf Grundeinkommen geben wollen oder nicht.

Da heute das Recht, Dinge zu kaufen, überwiegend aus Erwerbsarbeit abgeleitet wird, muss dann logischerweise die auf Erwerbsarbeit begründete Kaufkraft sinken.

IV "Höhere Steuern führen zu einer Schwächung des Wirtschaftsstandorts Deutschland"

Es käme auf die Art der Steuer an. Bei einer Umsatzbesteuerung wären unsere Produkte im Ausland sogar noch günstiger, weil das Ausland nicht unsere Sozialkosten tragen müsste.

Bei einer Einkommensteuer wären unsere Produkte im Ausland so teuer wie heute, weil um genau den gleichen Betrag, den uns ein Grundeinkommen kostet, die Einkommen sinken würden denn die Menge der Güter würde sich ja nicht ändern, also auch nicht die Kaufkraft der Bürger.

V „Man sollte das Grundeinkommen mit einer Arbeitspflicht koppeln“

Immer wieder melden sich Schlaumeier, die das bedingungslose Grundeinkommen angeblich ganz gut finden, es aber doch mit einer Forderung nach z. B. gemeinnütziger Arbeit koppeln wollen.

Ein mit Bedingungen „aufgewertetes“ bedingungsloses Grundeinkommen wäre so etwas wie freie Wahlen bei denen man belegen muss, richtig gewählt zu haben.

VI „Die Sozialsysteme werden geschwächt“

Es geht nicht darum ob „die Sozialsysteme“ gestärkt oder geschwächt werden,

sondern ob die Menschen gestärkt oder geschwächt sind. Was wäre schlecht daran, wenn ein Grundeinkommen die bisherigen Sozialsysteme überflüssig macht?

Zudem werden immer noch Felder bleiben, wo über das Grundeinkommen hinaus Sozialsysteme erforderlich sein werden, wenn auch in weitaus geringerem Maß als heute.

VII “Grundeinkommen wäre Sozialismus“

Sozialismus? War das nicht das System, das sich über die „Werkstätigen“ definiert hat? Wo es hieß „Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen“. War das nicht das System mit Arbeitslagern? Wo Mütter kleiner Kinder gezwungen wurden zu arbeiten? Wo die Freiheit des Menschen gar nichts zählte?

Was in aller Welt hat so ein System mit der Idee des Grundeinkommens zu tun, wo jeder völlig unabhängig von Werkstätigkeit eine Existenz als Grundlage seiner freien Entfaltung erhält?

Erinnert nicht gerade unser gegenwärtige System mit seiner Schnüffelei, dem unter Druck setzen und Kontrollieren von Menschen viel mehr an Sozialismus?

Gemeinwohlökonomie

Die sogenannte Gemeinwohlökonomie verspricht Impulse zur Lösung der aktuellen ökologischen, sozialen und ökonomische Krisen. Bei näherer Betrachtung stellt sie sich allerdings dar als ein Bündel unstrukturierter und nicht durchdachter Maßnahmen. Die Vertreter der Gemeinwohlökonomie versuchen aus dem Affekt heraus Symptome zu kurieren mit Maßnahmen die unlogisch, kompliziert, ineffektiv und entmündigend sind. Zudem gibt es zu allen Maßnahmen bessere Konzepte, die durchdachter sind und grundlegender ansetzen. Dies wird im folgenden an einigen Beispielen gezeigt. Dabei beziehe ich mich im Wesentlichen auf die Darstellungen der Internetseite des „Vereins zur Förderung der Gemeinwohlökonomie“ .

Ein Anliegen der Gemeinwohlökonomie ist es, den Anreizrahmen für die Wirtschaft umzupolen von dem Gewinnstreben auf das Gemeinwohlstreben. Hierzu sollen Unternehmen für gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit belohnt werden.

Falsch, weil es ein Widerspruch in sich ist: Belohnung ist nur für den attraktiv, der nach Gewinn strebt. Wer keinen Gewinn und keinen Vorteil anstrebt, der ist auch mit einer Belohnung nicht zu ködern. Wer für nicht-egoistisches Verhalten eine Belohnung verspricht, fördert damit den Egoismus. Das ist unlogisch. Die Sache ist also nicht richtig durchdacht.

Bessere Lösung: Mit einem Grundeinkommen wird zumindest teilweise Arbeit und persönlicher Gewinn entkoppelt. Da dadurch weniger Einkommen im Erwerbsebereich zu Verfügung steht, werden auch die Gewinnmöglichkeiten verringert. Teilweise, aber ohne logische Widersprüche.

Des weiteren fordert die Gemeinwohl-Ökonomie sogenannte „Gemeinwohlbilanzen“. Diese sollen ausdrücken, wie sehr ein Unternehmen den Zielen des Gemeinwohls dient. Dies ist ein sehr kompliziertes Verfahren mit über zwanzig Kriterien, die alle durch externe Prüfer kontrolliert werden sollen.

Viel zu kompliziert, viel zu fehleranfällig. Solange solch eine Gemeinwohlbilanz rein informativ für den interessierten Kunden gedacht ist, ist dagegen ja gar nichts zu sagen, sie sorgt für eine gewisse Transparenz und bewusstere Kaufentscheidungen. Sobald eine derartige Bilanz aber gesetzlich verbindlich ist und zur Grundlage der Besteuerung wird, fördert das die Korruption und die Misswirtschaft.

Da die meisten Ziele sehr weich sind, bildet sich ein Eldorado für zwielichtige Berater und Gutachter. Ähnlich wie heute Steuerberater Firmen bei deren Steuergestaltung helfen (ohne dabei auch nur ein Körnchen gesellschaftlichen Wohlstand zu erzeugen), wird man drehen und verschleiern in noch einem viel schlimmeren Ausmaß. Und selbst wenn alle nach bestem Wissen und Gewissen diese Bilanzen erstellen würden, würden dadurch erhebliche menschliche Ressourcen gebunden. Man stelle sich nur mal vor, der Schreiner um die Ecke müsste eine Gemeinwohlbilanz erstellen. Dann muss er mit einem Gutachter diskutieren, ob Park-Sitzbänke mehr zum Gemeinwohl beitragen als Jägersitze,

warum er eine Gesellin entlassen hat und ob er auch immer nett zu seinem Werkzeuglieferanten war? Eine wahre Horrorvorstellung.

Die Gemeinwohlökonomie will Firmen unterstützen, deren Produkte der Entwicklung der Menschen dienen

Völlig unklarer Punkt. Von der Fernsehshow bis zum Naturkundebuch, vom Modeschmuck bis zum Wanderschuh, bei jedem Punkt könnte man endlos diskutieren, ob es der Entwicklung der Menschen dient oder nicht. Selbst Panzer dienen der Entwicklung der Menschen, denn sie sichern unsere freie Existenz. Das ist nicht meine persönliche Meinung, sondern die Mehrheitsmeinung in Deutschland (sonst würden wir als Demokratie keine Panzer bauen, einsetzen und verkaufen).

Bessere Alternative: Wenige wirklich entwicklungsschädigende Dinge werden verboten oder mit hohen Abgaben belegt. Grundsätzlich aber soll jeder Mensch selbst entscheiden, was für ihn entwicklungsfördernd ist und was nicht. Über den Einsatz öffentlicher Ausgaben wird demokratisch entschieden.

Ein weiteres Anliegen der Gemeinwohlökonomie ist es, Einkommensunterschiede zwischen den Mitarbeitern eines Unternehmens zu begrenzen

Schwierig umzusetzen und leicht auszuhebeln. Man muss nur die Topverdiener in einem Unternehmen als Beratungsfirma outsourcen und schon kann man wieder beliebige Einkommensverhältnisse realisieren.

Bessere Lösung: Ein bedingungsloses Grundeinkommen schafft realistischere Weise nicht den Reichtum ab, sondern die Armut. Als Nebeneffekt wird ganz automatisch auch die Schere zwischen arm und reich verringert. (Siehe Artikel: „Warum Grundeinkommen die Ungleichheit der Einkommen verringert“)

Die Gemeinwohlökonomie will Firmen unterstützen, die sich sozial engagieren

Unsinn, weil das nicht die Aufgabe der Firmen ist. Eine Chemiefirma stellt Farben und Lacke her und muss keine Kindergärten unterstützen oder Fahrradwege sponsern. Wenn die Gesellschaft will, dass mehr Kindergärten betrieben werden oder mehr Fahrradwege gebaut werden dann soll sie das selbst organisieren und finanzieren und sich nicht von Firmen abhängig machen.

Bessere Lösung: Der Staat erhebt entsprechende Steuern auf die Produkte der Firmen und organisiert die sozialen Wohltaten selbst. In vielen Fällen ist es noch demokratischer, wenn der Staat diese Gelder den Bürgern direkt bedingungslos auszahlt und diese dann selbst entscheiden, was sie damit machen. Wenn eine Firma freiwillig Kindergärten unterstützt oder Fahrradwege sponsert, ist dagegen natürlich nichts einzuwenden.

Die Gemeinwohlökonomie will die Firmen dazu verpflichten, dass sie jedem Mitarbeiter ein freies Sabbatjahr geben

Entmündigend, weil nicht jeder Bürger für sich selbst entscheiden darf, ob und wie viele Sabbatjahre er nehmen will.

Bessere Lösung: Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen könnte jeder Bürger für sich selbst entscheiden, ob und wie viele Sabbatjahre er nehmen will.

Die Gemeinwohlökonomie will den Arbeitsmarkt entlasten, indem sie die Arbeitszeit gesetzlich beschränkt.

Unsinn: Wer arbeiten will, ist keine Last für die Gesellschaft.

Bessere Lösung: Erst mal nachdenken, bevor man ausgeleierte Phrasen der nicht-gemeinwohlorientierten Denkweise von sich gibt.

Die Gemeinwohlökonomie will Unternehmen bevorzugen, die nichts mit Atomstrom zu tun haben.

Viel zu kompliziert, und das hat mit den Unternehmen nichts zu tun. Wenn die Gesellschaft Atomstrom als nicht gemeinnützig ansieht, dann kann sie diesen direkt verbieten oder erschweren. Das ist wesentlich einfacher, als bei jedem Unternehmen zu prüfen welchen Strom es bezieht.

Bessere Lösung: Versicherungspflicht für Atomkraftwerke fordern, dann würde sich deren Betrieb nicht mehr rentieren.

Die Gemeinwohlökonomie will das Bildungssystem gemeinwohlorientiert machen.

Thema verfehlt: Überhaupt auf die Idee zu kommen, das Bildungssystem in einem Atemzug mit der Ökonomie zu nennen ist zumindest nicht am Kindeswohl orientiert. Obendrein wird die Freiheit der Schule weiter eingeschränkt, wenn immer mehr Inhalte von politischer Seite in die Schüler gedrückt werden. Ein Wirtschaftssystem das die dazu passenden Menschen erst noch erzeugen muss weckt zudem unangenehme historische Erinnerungen.

Bessere Lösung: Befreiung der Schulen. Selbstverantwortliches Lernen und Lehren jenseits von staatlicher Gängelei.

Die Gemeinwohlökonomie will, dass bei Großunternehmen Stimmrechte und das Eigentum teilweise an die Beschäftigten und die Allgemeinheit übergeht

Diffuser Ansatz. Denn was heißt das genau? Der Übergang der Eigentumsrechte kann doch nur heißen, dass man Stimmrechte hat (das ist aber schon im zweiten Punkt genannt) und dass man am Gewinn beteiligt ist.

Es fragt sich, warum die Beteiligung der Allgemeinheit am Gewinn nur bei Großunternehmen der Fall sein soll? Die Allgemeinheit am Gewinn zu beteiligen kann man zudem viel einfacher durch Steuern als durch Übertagung der Eigentumsrechte.

Doch warum nur bei Großunternehmen? Warum sollen die Beschäftigten bei einem Großunternehmen mehr am Gewinn beteiligt sein als bei einem kleinen Unternehmen?

Warum gehen die Stimmrechte an die Allgemeinheit? Kann die Allgemeinheit besser entscheiden?

Bessere Lösung: Keine, solange nicht klar ist, worum es hier überhaupt gehen soll. Falls es darum gehen sollte, Machtkonzentrationen zu verringern, so wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen wesentlich effektiver und einfacher. Denn dann wird jedem Menschen zumindest die Macht zugestanden, über sich selber zu bestimmen.

Die Gemeinwohlökonomie will Arbeitsabbau bestrafen

Unlogisch: Es dient nicht dem Gemeinwohl, wenn man die Lebenszeit der Menschen mit Arbeiten bindet, die wegen der Effizienzsteigerung gar nicht mehr erforderlich sind. Im Gegenteil: Gemeinwohlorientiert wäre es, den Abbau von unnötigen „Arbeitsplätzen“ zu fördern, damit die Menschen mehr Zeit für das Gemeinwohl und für sich selbst haben.

Bessere Lösung: Ein bedingungsloses Grundeinkommen ermöglicht Arbeitsplatzabbau ohne (allzu starken) Einkommensabbau und erleichtert den Übergang zu andern sinnvolleren Arbeiten.

Die Gemeinwohlökonomie will mehr direkte Demokratie

In der Tat, das Gemeinwohl wird sicher verbessert, wenn die Macht der Staatsbürger gestärkt wird. Ganz unabhängig davon, ob sich die ökonomische Versorgung durch mehr direkte Demokratie verbessern oder verschlechtern würde. Sondern einfach dadurch, dass sich jeder mehr mit dem Gemeinsamen verbinden kann.

Noch bessere Lösung: Wenn man den Menschen schon zugesteht, dass sie über die Gesellschaft mitentscheiden, dann sollte man ihnen auch zugestehen, selber zu entscheiden, wann, wo und zu welchen Bedingungen sie arbeiten wollen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde das möglich machen.

Es gibt noch viele weitere Vorschläge der Gemeinwohlökonomie, die man fast durchweg als unreflektiert entlarven kann. Positiv ist zu vermerken, dass sie die Gemeinwohlökonomie nur als Anstoß zu einem Denkprozess versteht. Ich wünsche ihr, dass das gelingt!

Dieser Text bezieht sich auf www.gemeinwohl-oekonomie.org/de/content/ein-wirtschaftsmodell-mit-zukunft

Kinderlose sollten mehr in die Rentenkasse einzahlen?

Auf den ersten Blick hört es sich logisch an: Wer Kinder hat, sorgt dafür, dass es später Beitragszahler gibt, die unsere Rente bezahlen. Kinderlose drücken sich darum, daher sollten Eltern als Ausgleich später mehr Rente erhalten. Doch auf den zweiten Blick ist diese Argumentation ein ziemlicher Blödsinn.

Es stimmt schon: Wir brauchen die Kinder von heute, damit sie morgen für uns sorgen. Der springende Punkt dabei ist übrigens nicht, dass die Kinder morgen in die Rentenkasse einzahlen, sondern dass sie mit ihrer Arbeit die Älteren versorgen. Dass sie als Landwirt, als Taxifahrer, als Arzt oder Fabrikarbeiter dafür sorgen, dass auch die Alten etwas zu Essen haben, mobil sind, behandelt werden und Produkte nutzen können. Ob man das mit einer Rentenkasse, mit Rücklagen oder sonst wie verteilt ist zweitrangig. Entscheidend ist, dass produziert wird.

Trägt der Kinderlose wirklich nicht dazu bei, dass morgen produziert wird? Was ist zum Beispiel mit dem Lehrer? Wenn die Kinder heute nichts lernen würden, dann könnten sie morgen auch nichts produzieren. Was ist mit der Busfahrerin? Wenn die Kinder heute nicht zur Schule kommen, dann können sie auch nichts lernen. Was ist mit der Verkäuferin? Wenn die Kinder heute nichts zum Essen haben, können sie morgen nicht für die Alten arbeiten. Was ist mit dem ehrenamtlichen Fußballtrainer? Vom Bauarbeiter über den Künstler bis zum Fabrikdirektor, alle tragen dazu bei, dass unsere Gesellschaft fortbesteht und sich weiterentwickelt. Wenn die Gesellschaft fortbesteht, dann können die Alten morgen darin leben. Viele tragen ihren Teil dazu bei. Letztlich alle. Menschen, die „nur“ Kinder in die Welt setzen vielleicht am wenigsten.

Es ist also überhaupt nicht nachvollziehbar, wenn Kinderlosen eine geringere gesellschaftliche Verantwortung als Eltern zugestanden wird. Noch bizarrer sind die Konsequenzen. Während man den Berufstätigen einen Gehalt zugesteht, sollen nach derzeitigen Vorschlägen Mütter mit mehr Punkten für eine Rente abgespeist werden. Man stelle sich vor, der Arzt oder der Lokführer arbeiten umsonst, bekommen aber Aussicht auf eine etwas höhere Rente in 30 Jahren.

Wenn man wirklich die Familien unterstützen will, dann müsste man das heute tun. Zunächst könnte ein Grundeinkommen für Kinder dafür sorgen, dass zumindest die Kosten, die durch die Kinder selbst entstehen von der Gemeinschaft getragen werden und nicht nur von deren Eltern.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht nur für Kinder sondern, auch für Erwachsene wäre sicher nicht als Bezahlung der Erziehungsarbeit zu sehen (es ist ja bedingungslos), aber es würde diese Arbeit ermöglichen. Es würde auch ehrenamtliche Arbeit ermöglichen, die unsere Gesellschaft in die Zukunft trägt. Niemand wäre arm, also käme auch niemand wegen Kindern in Armut.

Ob man zusätzlich die Elternarbeit noch explizit bezahlen will, ist eine heikle Frage. Denn dann hätte der Staat auch das Recht, Bedingungen für diese Bezahlung zu machen, also Vorschriften und womöglich Kontrollen für gute Erziehung. Vielleicht sogar Tests für den Leistungsstand der Kinder?

Geld ist nichts wert

Aus der Vogelperspektive betrachtet sieht man in einer Gesellschaft eine ganze

Reihe von Werten: Häuser, Straßen, Fahrzeuge, Fabriken, Schulen, Lebensmittel. Zu den in der Gesellschaft vorhandenen Werten könnte man auch noch das Wissen und die Fähigkeiten der Menschen zählen, die vereinbarten Regeln und Gesetze. Auch die Landfläche, die Pflanzen und die Rohstoffe könnte man als Werte ansehen. Werte wären so gesehen alles, was den Menschen irgendwie nutzt.

Darf man das Geld auch zu diesen Werten hinzuzählen? Angenommen das Geld ist durch Goldreserven gedeckt. Wenn man nun aus der Vogelperspektive das Gold und das Geld zusammenzählt, dann hätte man doppelt so viel Werte gezählt wie tatsächlich da sind. Das gilt erst recht, wenn das Geld nicht gedeckt ist. Egal ob man Geld regnen lässt oder Geldscheine verbrennt, die Werte ändern sich nicht! Der Wert von Geld ist also gleich null.

Oder etwas anders formuliert: Man kann den Wert von Gütern und Dienstleistungen in Geld messen, man kann aber nicht den Wert des Geldes in Geld messen, das wäre ein Zirkelschluss. Allenfalls könnte man der Institution Geld einen Wert beimessen, der natürlich gar nichts mit dem aufgedruckten Geldwert etwas zu tun hat,

Es ist ein Paradoxon: Obwohl Geld volkswirtschaftlich überhaupt nichts wert ist, so scheint es auf der Perspektive des Einzelnen durchaus Wert zu haben.

Was ist schlimm an vergeudeten Lebensmitteln?

In letzter Zeit begegnen mir immer wieder Kampagnen gegen die Vergeudung von Lebensmitteln. Auf den ersten Blick wirken solche Initiativen sehr vernünftig. Auch auf dem zweiten Blick?

Was ist schlimm, wenn Lebensmittel in den Müll geworfen werden? Der Wurst, dem Brot oder dem Käse tut es sicher nicht weh, wenn sie weggeworfen werden. Und ich lebe viel lieber in einem Land, das 50 % zu viel Lebensmittel hat, als in einem Land in dem es 50 % zu wenig Lebensmittel gibt.

Trotzdem sträubt sich das Gefühl gegen solch eine These. Lebensmittel sind doch etwas Wertvolles, das darf man doch nicht wegwerfen, nicht einmal zur Wärmeerzeugung verbrennen.

Ein Argument könnte lauten, dass andere Menschen verhungern, weil ihnen diese Lebensmittel fehlen. Abgesehen davon, dass diese Argumentation im wörtlichen Sinne ziemlich krude ist (wie soll mein altes Schinkenbrötchen nach Afrika kommen, und falls das klappt, was macht das mit den afrikanischen Bauern?) wundert es doch sehr, dass diese Diskussion in einem anderen Fall gar nicht zu hören ist. Dann nämlich, wenn ein Weizenfeld durch eine Autobahn ersetzt wird. Oder durch einen Golfplatz. Kein Mensch regt sich darüber auf. Ob ich aber Getreide wegwerfe oder erst gar nicht wachsen lasse kommt hinsichtlich der Hungerdiskussion gleich. Wo wäre der Unterschied, ob ich auf einem Hektar Land Holz anbaue zum verbrennen oder Getreide zum verbrennen?

Eine andere Argumentation wäre die Missachtung der Arbeit der Menschen, die das Brot, den Kuchen oder das Gemüse produziert haben. An diesem Argument ist was dran. Aber solange wird in einer Kultur leben, die „Arbeitsplätze“ schaffen will, ist es doch nur gut, wenn ich die Lebensmittel vernichte, so erzeuge ich Arbeitsplätze. Kein Mensch regt sich darüber auf, wenn Möbel nach

zwei Jahren weggeworfen werden. Für das Abwracken von Autos gibt es sogar Prämien.

Ein noch ernsthafterer Aspekt wäre der Ressourcenschutz. Warum erst Energie, und Düngemittel einsetzen, um die Produkte dann zu vernichten. Doch dieses Argument gilt mindestens genau so für vielen tausend anderen nicht essbaren Produkte, vom Verpackungskarton bis zur Kleidung.

In einer idealen Landschaft könnte man sogar davon ausgehen, dass sie Land und Luft nur verbessert, je mehr Landwirtschaft betreiben wird, auch wenn die Erzeugnisse wieder kompostiert werden. Die Natur macht es jeden Herbst vor, wenn tausende von Tonnen von Laub und Kräutern „vernichtet“ werden.

Das einzig bleibende Argument gegen die Vernichtung von Lebensmitteln wären für mich die Tiere. Kühe zu schlachten, und das Fleisch dann wegzuwerfen ist sicher eine Missachtung des Tieres.

Ansonsten gilt: Funktionsfähige Handys wegzuwerfen ist nicht mehr oder weniger gut als überschüssige Tomaten wegzuwerfen.

Und der Bezug zum Grundeinkommen? Wenn wir es uns leisten können, so viel wegzuwerfen, dann können wir es uns auch leisten, dass nicht alle verfügbaren Lebensstunden in die Produktion gesteckt werden.

Wirtschaftsgeschichten

Einige kurze Szenen zum Nachdenken

Der Vielsteuerzahler

Franz zahlt sehr viel Steuern. Tut er damit mehr als andere für die Gemeinschaft? Es gibt ja solche Zahlen, dass 10 % der Bürger 90 % der Steuern bezahlen – tun diese wirklich so viel mehr für die Gesellschaft?

Der erste Einwand wäre, dass Franz je erst mal viel verdienen muss, um viel Steuern zu zahlen. Viel verdienen kann er eigentlich nur als Gegenleistung, dafür, dass er viel für die Gemeinschaft tut. Wenn er z. B. Arzt ist und 1 Mio verdient, dann hat er ja schon für 1 Mio etwas gutes getan? Wie würde man denken, wenn die Steuer nicht als Einkommensteuer sondern als Konsumsteuer anfällt, wenn Franz sich also erst eine Jacht kaufen muss, damit die Steuern fließen? Nach den Gesetzen der Preisregulierung durch Angebot und Nachfrage müsste sein Nettoeinkommen genau seiner Arbeitsleistung entsprechen.

Gerechter Marktpreis

Die Bauern in den Bergen müssen doppelt so viel arbeiten um ein kg Getreide zu erzeugen wie die Bauern im Tal. Das Land braucht auf jeden Fall das Getreide von Berg und Tal. Wie entsteht nun ein gerechter Preis für das Getreide wie ein gerechtes Einkommen für die Bauern?

Die Transportkosten seien so gering, dass ein einheitlicher Marktpreis entstehen muss. Ist dieser für die Bergbauern auskömmlich, dann verdienen die Talbauern doppelt so viel. Bei progressiven Einkommensteuern ist dieser Effekt nur abgedämpft und es werden auch die fleißigen Vielarbeiter bestraft. Wenn man die Sache mit der Pachthöhe ausgleichen will, kommt man zu der Frage warum überhaupt Pächter Einnahmen haben ...

Soziale Arbeit

Arbeit als Erzieherin gilt als sozial. Leistet der Elektriker keine soziale Arbeit, wenn er im Kindergarten die Lampen anschließt? Und wenn er in einem Wohnhaus die Lampen anschließt? Welche Arbeit ist nicht sozial?

Der Gärtner des Baron

Ein Gärtner arbeitet im für die Öffentlichkeit abgeschlossenen Garten eines reichen Mannes. Tut der Gärtner etwas für das Gemeinwohl der Gesellschaft?

Geringere Mehrwertsteuer für Hotels

Als die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen gesenkt wurde hieß es „Ein Geschenk an die Hotelbesitzer“. Der geringe Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel wird hingegen begrüßt als ein Vorteil für die Verbraucher. Was denn nun?

Ehrenamt

Für gesellschaftlich besonders wertvolle Arbeit wird oft eine ehrenamtliche Tätigkeit erwartet. Davon, dass das Betreiben eines Atomkraftwerks ehrenamtlich sein sollte, war noch die Rede. Läuft das darauf hinaus, dass alle gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten unbezahlt erfolgen sollen und alle gesellschaftlich unerwünschten Arbeiten bezahlt werden?

Quiz zum Grundeinkommen

Hier eine [Quiz](#), das ich zum bedingungslosen Grundeinkommen erstellt habe. Nicht mehr so ganz aktuell, aber vielleicht trotzdem noch ganz nett.

Eignungstext

Hier ein nicht ganz so ernst gemeinter [Eignungstest](#), ob Sie bedingungslose tausend Euro im Monat aushalten.

Diesen Eignungstest gibt es auch als [pdf](#).

Programm zur Berechnung der Finanzierung

Wie viele Modelle zur Finanzierung eines Grundeinkommens gibt es? Zwei, drei oder gar zehn? Ich habe ein [Programm](#) erstellt, mit dem sich per Mausklick jede Sekunde ein neues Finanzierungsmodell erstellen lässt.

Links und Bücher zum weiterlesen

Links und Bücher zum weiterlesen

Hier eine Liste mit Links und Büchern, die ich persönlich für empfehlenswert halte. Natürlich kann ich keinerlei Haftung für die jeweils aktuellen Inhalte der Links übernehmen.

Freiheit statt Vollbeschäftigung

In meinen Augen einer der besten Seiten zum bedingungslosen Grundeinkommen. Sascha Liebermann arbeitet immer wieder tiefgründig und scharfsinnig die wesentlichen Punkte aktueller Diskussionsthemen heraus.

<http://blog.freiheitstattvollbeschaeftigung.de>

Interviews mit Enno Schmidt

Da könnten sich viele Moderatoren etwas anschauen. Auf sehr wohlwollende Art diskutiert Enno Schmidt mit Persönlichkeiten, die Interessantes zum Grundeinkommen zu sagen haben. Zum Beispiel im Gespräch mit

Sascha Liebermann <http://vimeo.com/48695303>

Marina Weisband <http://vimeo.com/39139661>

Anton Gunziger <http://vimeo.com/19708242>

Archiv Grundeinkommen

Auf der Seite <http://aktuelles.archiv-grundeinkommen.de> findet man eine Art Nachrichtenticker zum Grundeinkommen, ohne ideologische Vorauswahl aus einem breiten Spektrum.

Zudem auf der Seite <http://www.archiv-grundeinkommen.de> umfangreiche Hintergrundinformationen.

Mein Platz

Privat betriebene Seite von Nanna Hucke, eher philosophische Betrachtungen (nicht nur) über das Grundeinkommen und dessen menschliche Begründung.

www.nanna-hucke.de

Hamburger Netzwerk Grundeinkommen

Hier finden sich unter den Rubriken „Perspektiven“ und „Impulse“ immer mal wieder interessante Diskussionsbeiträge von überregionaler Bedeutung.

www.grundeinkommen-hamburg.de

Tafelforum

Die Tafeln werden oft als großartige soziale Errungenschaft dargestellt. Stefan

Selke sieht das anders und weist bei Gelegenheit auch auf die Alternative eines Grundeinkommens hin.

www.tafelforum.de

Ralph Boes

Ralph Boes ist Vorkämpfer für eine Welt, in der Bürger wirklich frei sind und nicht vom Staat sanktioniert und schikaniert werden. Beeindruckend ist, dass er das nicht nur theoretisch erörtert, sondern mit seiner eigenen Existenz bis hin zum Hungern den bevormundenden Sozialstaat immer wieder vorführt und die Öffentlichkeit wachrüttelt.

<http://grundrechte-brandbrief.de>

Einkommen für alle

Für mich war dieses Buch der Einstieg in das Thema Grundeinkommen und ist nach wie vor das Beste und Zeitloseste was Götz Werner dazu geschrieben hat. Man kann es durchaus zweimal lesen.

Autor

Stefan Bürk, Wuppertal
info@bgebge.de

Mitglied in der Initiative [Bedingungsloses Grundeinkommen Wuppertal](#)

Vorträge und Veranstaltungen:

- 19. Sept 2013, 26. Sept und 10. Okt. Gespräche über Grundeinkommen mit der BGE Initiative Wuppertal in der Volkshochschule Wuppertal
- 11. Juli 2013. SPD Ortsverein Barmen: Bedingungslose Grundeinkommen
- 8. Mai 2013: Freie Waldorfschule Köln, Vortrag zur Projektwoche
- 24. Januar 2013, VHS Wuppertal. Finanzierung eines Grundeinkommens
- 23. August 2012 Diskussionsveranstaltung in Wuppertal im Café PEGAH
- 18. März 2012 Kreativhaus Wuppertal: Vortrag „Finanzierung eines Grundeinkommens“
- 15. November 2011, VHS Wuppertal: Vortrag Grundeinkommen
- 6. Oktober 2011, VHS Monheim Vortrag Grundeinkommen
- 11. Mai 2011, VHS Wuppertal: Vortrag Grundeinkommen

Downloads

[Der gesamte Inhalt dieser bgebge-Seite als pdf](#)

[Vortrag: Jedes bedingungslose Grundeinkommen finanziert sich durch die Senkung der bedingten Einkommen](#)

[1000 Euro im Monat - halten Sie das aus?](#)

Impressum

Impressum

Stefan Bürk, Wuppertal, info@bgebge.de